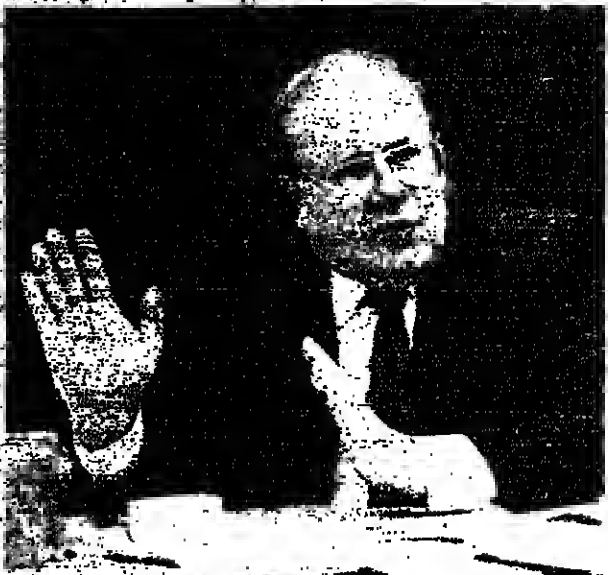


Donnerstag, 13. November 1986 - D * * *

Angewandte Verlag AG, Postl. 10 88 84, 4200 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Waldhof, Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 341-17
Abteilungsredaktion Berlin (03 0 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 343-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Heute in der WELT



Bangemann Gast der WELT-Redaktion

Durch die jüngsten Wahlen sieht sich der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann in seiner Zwei-Lager-Theorie von CDU/CSU und FDP sowie SPD und Grünen bestätigt. Das sagte Bangemann bei einem Gespräch mit der WELT-Redaktion. Die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Grünen seien bereits viel größer, als es durch den SPD-Kandidaten Johannes Rau nach außen hin erscheine. Seite 4

POLITIK

Fernsehen: „DDR“-Fernseherprogramme dürfen nach Auffassung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht in der Bundesrepublik nicht mehr über Kabelnetze verbreitet werden. Ausgewogenheit und Gegendarstellung seien nicht durchzusetzen.

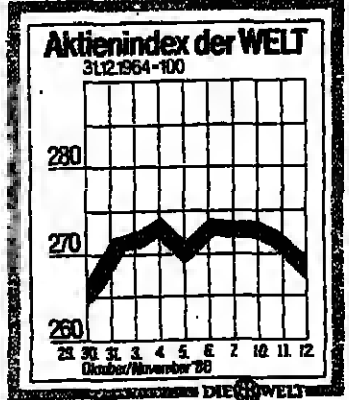
Berlin: Königin Elizabeth II. hat in ihrer Thronrede bestätigt, daß sie Ende Mai 1987 nach Berlin zur Teilnahme an der 750-Jahr-Feier kommen wird. Sie will eine Parade der dort stationierten britischen Soldaten abnehmen.

Tarife: Die Arbeitgeber in der Metallindustrie wollen nach den Worten von Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner „einen Arbeitskampf vermeiden“. Er bot den Gewerkschaften ein Spitzengespräch vor der „heißen Phase“ der Tarifverhandlungen an.

WIRTSCHAFT

Pfund Sterling: Für eine baldige Beteiligung Großbritanniens am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems hat sich Bundesbank-Präsident Pöhl erneut stark gemacht. Das EWS sei inzwischen zu einem entscheidenden Element in der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes geworden. (S. 13)

Börse: Erneut schwächer tendierende Aktienmärkte. Am Rentenmarkt kam es bei öffentlichen Anleihen zu Veränderungen zwischen plus 0,20 und 0,40 DM. WELT-Aktienindex: 269,50 (272,40). BHF-Rentenindex: 105,953 (105,992). BHF-Performance-Index: 106,954 (106,963). Dollar:



KULTUR

„Mazaroni“: Dieser Streifen ist ein sehr menschlicher Film, mitten aus allem neapolitanischem Leben gegriffen. Ein köstliches Gespinnst im Mittelpunkt: Robert (Jack Lemmon) und Antonio (Marcello Mastroianni). (S. 24)

Mary Wigman: Sie wurde anfangs verböhnt, verlacht, verschrien. Sie stiftete eine neue Ästhetik. Und in Amerika erkannte man sie zur „Hohepriesterin“ einer neuen Tanzbewegung, „German dance“. Der 100. Geburtstag. (S. 25)

SPORT

Tennis: Bettina Bunge siegte in der ersten Runde des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers von Chicago mit 6:3, 6:2 über Terry Phelps (USA). Nächste Gegnerin ist Martina Navratilova. (S. 11)

Radsport: Der Frankfurter Dietrich Thurau und sein australischer Partner Danny Clark gewannen das 23. Münchner Sechstagerrennen vor Urs Freuler und René Pijnen (Schweiz/Holland). (S. 11)

AUS ALLER WELT

Denkmäler: Die St. Bartholomäus-Kirche in Manhattan (Foto) soll überbaut werden. - Nur noch Schmuckstück im Foyer eines Wolkenkratzers? Der Einfall pflüger Immobilien-Makler, die nicht abreißen dürfen, um neu zu bauen. Es gibt etliches, was da klein und fein, aber auch wenig profitabel zwischen East River und Hudson herumsteht. (S. 26)

Vermiße: Mehr als 40 Jahre nach dem Kriegsende werden noch immer Vermissten-Schicksale geklärt. Doch die Identifizierung geborgener Gefallener wird immer schwieriger. In diesem Jahr wurden 757 Funde registriert. (S. 26)

Umwelt - Forschung - Technik Seite 8
Leserbriefe und Personalien Seite 10
Fernsehen Seite 24
Wetter: Sehr mild Seite 26

Rau hält an seinem Wahlziel fest

Gegensatz zu Brandt und Glotz / Der Kandidat stützt seine Hoffnung auf Nordrhein-Westfalen

PETER PHILIPPS, Bonn
Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat gestern in Bonn deutlich gemacht, daß für ihn trotz der Niederlagen in Bayern und Hamburg unverändert „das Wahlziel ist, einen anderen Bundeskanzler zu kriegen“, bei der Bundestagswahl am 25. Januar die absolute Mehrheit zu erreichen. Er sei jedenfalls „nicht entnützt“, sondern gehe „mit großer Zuversicht“ in die Wahlausscheidung.

Während der Parteivorsitzende Brandt und Bundesgeschäftsführer Glotz noch in der Wahlnacht von Hamburg öffentlich die Losung ausgegeben hatten, jetzt könne es nur noch darum gehen, eine „absolute Mehrheit der Konservativen“ zu verhindern, sagte Rau jetzt: „Ich will gewinnen. Das ist offen. Wir können das packen“, auch wenn zur Zeit „das Ziel der absoluten Mehrheit noch weiter entfernt ist“.

Fast beschwörend formulierte er die Sätze: „Wer nicht kämpft, hat sich verloren. Ich kämpfe darum, Willy Brandt kämpft mit mir darum, Jochen Vogel und Peter Glotz tun das genauso, daß wir am 25. Januar die Bundestagswahl gewinnen.“ Allerdings sei es „nach Bayern und nach Hamburg noch schwerer geworden. Wir müssen mehr arbeiten“.

Rau bemühte sich darum, die Diskussion in den Spitzen-Gremien seiner Partei vom Montag, den Rücktritt seines Vertrauten Wolfgang Clement und die Reibereien in der Wahlkampfleitung herunterzuspielen. Wie das nach einer solchen Niederlage sei, habe er im Präsidium am Morgen gefragt: „Freunde, glaubt ihr, daß es richtig ist, daß ich das mache, daß ich das so mache“, welche Arbeitstellung könnte es geben, „um zu optimieren“, und „ist die Bezeichnung Kanzlerkandidat so richtig, die wir seit 1961

haben“. Aber er habe „nicht darüber gesprochen“, die Kandidatur aufzugeben.

Für die SPD gebe es nach den letzten Niederlagen jetzt darum: „weniger Sitzungen und mehr Versammlungen, weniger Gremienarbeit, mehr Gespräche mit den Bürgern, mehr Zuwendung zu den einzelnen Gruppen und Zielgruppen“, mit einem Wort, mehr um die Menschen zu werben. „Ich bin unersättlich, was Stimmen angeht, und mein Hunger und Durst nach Stimmen ist durch die Wahlergebnisse in Bayern und Hamburg größer geworden.“ Und unverändert: „Ich glaube, daß das, was wir politisch vertreten, im Interesse der Mehrheit der Menschen ist.“

„Die Meßlatte ist hoch“, räumte der Kandidat ein, und die Sozialdemokraten müßten nun die Zielgruppenarbeit „inhaltlich straffen und sprachlich zuspitzen“. Insofern nahm Rau die Forderungen von Parteivorsitzendem Brandt und Präsidium positiv auf. Aber er grenzte zugleich auch ab: Es dürfe nicht darum gehen, „einen Wahlkampf zu führen, der Verbalinjurien mit Argumenten verwechselt.“ Auch die Forderungen danach, daß er selbst schärfer mit dem politischen Gegner ins Gericht gehen müsse, drängte er zurück: Er werde „sehr deutlich und sehr artikuliert“ sagen, „um welche Alternative es geht“. Aber er lasse sich auch weiterhin nicht „verbiegen“.

Die „Phase der konzeptionellen Vorarbeiten“ in der SPD sei nun vorbei, „es geht jetzt um die Umsetzung“. Auf vier Feldern will Rau in den kommenden Wochen bis zur Wahl die Unterschiede zur Regierungskoalition besonders herausstellen: „Wir wollen eine zweite Phase der Entspannungspolitik. Wir wollen soziale Gerechtigkeit zu einem zen-

tralen Thema der politischen Auseinandersetzung machen. Wir wollen keine ausgebeutete und vergiftete Umwelt hinnehmen und darum unsere Umweltpolitik verdeutlichen. Und wir wollen schließlich auch die persönliche Alternative zwischen dem gegenwärtigen Amtsinhaber und dem Herausforderer deutlich machen. Themen straffen, personelle Alternativen verdeutlichen - darum wird es jetzt gehen.“

Und noch etwas stellte der Kanzlerkandidat der SPD heraus: In seinem „Stammland“, in Nordrhein-Westfalen, sollen flankierend besonders Wahlkampfstrategien unter Leitung seines Geschäftsführers Bodo Hombach unternommen werden, um das dortige Wählerpotential möglichst weitgehend auszuschöpfen.

„Denn wir müssen in Nordrhein-Westfalen kräftig zulegen, wie Bayern und Hamburg gezeigt haben.“ Der stellvertretende Bundesgeschäftsführer und Parteisprecher zurückgetretene, „mein persönlicher Freund Wolfgang Clement“ habe zugesagt, ihm in den kommenden Wochen „persönlich weiter zur Verfügung zu stehen“.

Um seinen Anspruch zu untermauern, die absolute Mehrheit im Bund zu erreichen, verwies Rau auch noch einmal auf sein in Offenburg beschlossenes „Regierungsprogramm“, das „realistisch“ sei und dessen „Elemente jetzt den Bürgern zu verdeutlichen“ seien. Auch an seiner Absage an die Grünen ließ er keinen Zweifel, die Partei habe diese Haltung im übrigen von seiner Nominierung geknarrt.



„Wer nicht kämpft, hat schon verloren“: Johannes Rau auf dem Weg zur Pressekonferenz. FOTO: POLY PRESS

BGAG gibt Schiesser kein „Schmerzensgeld“

Konzertierte Aktion bei der Bildung einer Aufgangsgesellschaft?

DW, Frankfurt/Bonn
Der Berliner Brotfabrikant Horst Schiesser und die Gewerkschaftsholding BGAG haben sich über die Modalitäten des Rückkaufs der Neuen Heimat für eine Mark geeinigt. Wie die BGAG gestern in Frankfurt mitteilte, liegt hierüber ein „notariell beurkundetes, unwiderrufliches Angebot“ vor. Schiesser habe auch „das Amt des Vorsitzenden des Aufsichtsrats bei der Neuen Heimat Gemeinnützig niedergelegt“. Mit sofortiger Wirkung sei auch Jürgen Havenstein aus der Geschäftsführung ausgeschieden.

Differenzen gibt es aber offensichtlich über die Höhe der Entschädigung für Schiesser. BGAG-Sprecher Stanzick sagte in einem Interview des WDR, es gebe kein „Schmerzensgeld“ für den Berliner Unternehmer. Dessen Rückkauf-Angebot beinhaltet im Falle wirtschaftlicher Schäden lediglich eine Kreditlinie von höchstens 25 Millionen Mark, die ihm die BGAG zu marktüblichen Konditionen bereitstelle. Darüber hinaus sollen Schiesser die Kosten nach Vorlage von Belegen erstattet werden, die kaum über die Millionen-Grenze hinausgehen dürften.

Schiesser macht dagegen Ansprüche von weit mehr als 30 Millionen Mark gegen die Gewerkschaftsholding geltend. Wie aus Gewerkschaftskreisen zu erfahren war, soll es sich dabei ausschließlich um Kosten handeln, die dem Brotfabrikanten

durch sein schwächliches Engagement bei der NH entstanden seien. Bis gestern nachmittag war immer noch unklar, wer außer der BGAG in die neuzugrundende Aufgangsgesellschaft für die Neue Heimat einsteigt und die noch offenen 49 Prozent des maroden Konzerns übernehmen soll. Der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Schroeder-Hohenwarter, erklärte dazu, die Bildung einer Aufgangsgesellschaft bedeute einen Zeitgewinn und die Möglichkeit einer „konzertierten Aktion“ von Gläubigerbanken der BGAG und vielleicht der öffentlichen Hand.

Der als möglicher Treuhänder ins Spiel gebrachte Bankier Heinz Sippel war bis gestern nachmittag nach eigener Auskunft noch nicht angesprochen worden. Der ehemalige Chef der Hessischen Landesbank erklärte aber dazu: „Ich würde zu einem Gespräch nicht nein sagen.“

Vor der heutigen Aufsichtsratssitzung bei der BGAG ist das weitere Schicksal des Vorstandsvorsitzenden Alfons Lappas unstritten. Während die IG Bau, Steine, Erden ihre Forderung nach einer Entlassung bekräftigte, sehen andere Gewerkschafter keinen triftigen Grund für eine Kündigung. Über eine Pensionierung bei vollen Bezügen von 735 000 Mark pro Jahr werde die Mitgliedschaft aber auch nicht begeistert sein, hieß es.

Der Gewerkschaftsmanager wird heute auch vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages aussagen.

Fall Sandoz: Wallmann richtet Fragen an Bern

Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Chemiekonzerns

ULRICH REITZ, Zürich
Die Bundesregierung konzentriert ihre Kritik im Zusammenhang mit der Rheinverschmutzung nach dem Großbrand bei Sandoz offenbar nicht mehr nur auf das Schweizer Unternehmen selbst, sondern auch auf die Regierung des Nachbarstaates. Unmittelbar vor Beginn einer Konferenz der Rhein-Anliegerstaaten in Zürich sagte Bundesumweltminister Wallmann, es müsse geprüft werden, ob die Sicherheitsauflagen für die chemische Industrie in der Schweiz ausreichen. Wallmann: „Es kann nicht angehen, daß von der Schweiz den Unternehmen geringere Auflagen, die mit weniger Kosten verbunden sind, gemacht werden, als wir sie machen.“

Während der Konferenz erklärte er dann: „Ich bitte um Verständnis, wenn ich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger meines Landes die Frage stellen muß, ob generell die Unfallvorrichtungen von chemischen Werken in der Schweiz den dringend nötigen Anforderungen noch entsprechen.“ Bei dem Treffen der Umweltminister Frankreichs, der Bundesrepublik, der Niederlande und Luxemburg sowie von EG-Umwelt-Kommissar Clinton Davis spielte auch eine Rolle, ob sich die Sicherheitsstandards in Europa vereinheitlichen lassen. Darauf will Wallmann dringen und regte deshalb an:
• Anwendung der Grundsätze und Forderungen der Seveso-Richtlinie

der EG oder vergleichbarer Regelungen in allen Rhein-Anliegerstaaten.
• Sofortige Überprüfung aller größeren und mittleren Lager chemischer Roh-, Halb- und Fertigprodukte - im Einzugsbereich des Rheins mit dem Ziel der Feststellung und Verringerung von Risiken, die bei Brand und Brandbekämpfung entstehen können.
• Einrichtung von Rückhaltebecken für Störfälle mit wasserführende Stoffen und für Löschwasser.
• Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Rhein-Anliegerstaaten.
• Überprüfung und erforderlichenfalls Verbesserung des internationalen Warn- und Alarmplans Rhein.

Die Schweizer Behörden führen die Kritik an ihrer Informationspolitik auf ein Mißverständnis zurück. Gleichzeitig haben sie jedoch zugegeben, daß der „Warn- und Alarmplan Rhein anfänglich nicht in der vorgesehenen Art funktioniert“.

Im Zusammenhang mit dem Großbrand bei Sandoz haben das Linkshündnis progressive Organisationen Basel (POB) und die Grünen des Kantons Basel-Land Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen des Chemiekonzerns gestellt. In der Begründung nehmen die Kläger Bezug auf den gestern von den Grünen in Bonn veröffentlichten Bericht der Zürich-Versicherung nach dem schon 1981 gravierende Sicherheitsmängel bei Sandoz festgestellt worden waren.

Bonn bietet Ländern Mitsprache bei Europa-Fragen an

Co. Bonn

Die Bundesregierung hat sich auf Vorschlag des Bundesrates bereit erklärt, die Beteiligung der Bundesländer an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft gesetzlich zu regeln. Eine entsprechende Vorlage zum Ratifizierungsgesetz über die „Einheitliche Europäische Akte“ ist dem Bundestag zugegangen.

Danach erklärt sich die Regierung bereit, „in die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften Landesbeamte aufzunehmen, um die Unterrichtung der Länder weiter zu verbessern“. Vor EG-Beschlüssen, die ganz oder teilweise Gesetzgebungsmaterien der Länder betreffen oder deren wesentliche Interessen betreffen, soll dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Auf Verlangen sollen Vertreter der Länder zu den Verhandlungen in den Beratungsgremien der EG-Kommission und des Rates hinzugezogen werden, „soweit der Bundesregierung dies möglich ist“. Einzelheiten soll eine Vereinbarung mit den Ländern regeln.

DW, Belgrad

Jugoslawien wird möglicherweise dem Vorbild anderer kommunistischer regierter Länder folgen und den Zwangsumtausch einführen. Besucher wären dann gezwungen, bei der Einreise für jeden Aufenthaltstag einen bestimmten Mindestbetrag ausländischer Währung in jugoslawische Dinare einzutauschen.

Nach Informationen der Zeitung „Politika“ ist dem Parlament in Belgrad ein entsprechender Gesetzesentwurf zugeleitet worden. Ziel sei, eine bessere Kontrolle über Devisentransaktionen zu erreichen, den Schwarzumsatz einzudämmen und die Deviseneinnahmen des Staates zu erhöhen.

Die jugoslawische Zeitung „Veremje Novosti“ hat gestern die Pläne der Regierung, den Zwangsumtausch einzuführen, kritisiert. Solch eine gesetzliche Regelung würde „viel mehr Schaden als Nutzen mit sich bringen“, da die Touristen solch eine Umtauschpflicht als „bürokratische Mißhandlung“ auffassen würden und lieber in andere Urlaubsländer fahren.

SPD in Düsseldorf verhindert Debatte über Ibbenbüren

ihru, Düsseldorf

Mit ihrer absoluten Mehrheit hat die Landtagsfraktion der nordrhein-westfälischen SPD gestern eine Debatte über das umstrittene Kraftwerk Ibbenbüren in der Sitzung des Umweltschutzausschusses des Landtags verhindert. Umweltminister Klaus Matthies (SPD) hatte vorher seine Bereitschaft erklärt, Fragen der FDP zu diesem Thema in der Ausschusssitzung zu beantworten.

Die FDP wollte die Frage geklärt wissen, warum die Regierung Rau keine rechtlichen Vorkehrungen für den Fall getroffen habe, daß die Entstickung des Kraftwerks nicht, wie von Rau angekündigt, bereits Ende 1987 möglich sei. Statt der von den Umweltschützern vereinbarten Jahres-Höchstmenge von 1700 Tonnen Stickoxid in Ibbenbüren werden bis mindestens Ende 1988 pro Jahr 16 880 Tonnen der giftigen Stickoxide emittiert. Die FDP erklärte, sie verstehe, daß der SPD das Thema Ibbenbüren unangenehm sei. Doch könne eine weitere öffentliche Debatte auf diese Weise nicht verhindert werden.

Fischsterben in der Oder nach Verschmutzung durch Heizöl

Prag warnt Warschau und Ost-Berlin vor Katastrophe

DW, Prag/Berlin

Nach dem Rhein droht jetzt der Oder eine ökologische Katastrophe. Wie die tschechoslowakische Partei-zeitung „Rude Pravo“ gestern berichtet, fließt bereits seit Sonntag tonnenweise Heizöl über einen Nebenfluß in die Oder, ohne daß der Ursprung der Verschmutzung bisher ausgemacht werden konnte. Das Heizöl sei für Fische und Wasservögel tödlich, hieß es.

Der Ölfilm war von einem Polizisten in der Nähe von Mährisch-Ostau an der Grenze zwischen Nordmähren und Schlesien auf dem Oder-Nebenfluß Ostrawitz entdeckt worden. Die Herkunft des stark schwefelhaltigen Heizöls sei noch unbekannt, schrieb das Parteiblatt. In der Zeitung „Mlada Fronta“ hieß es, es werde versucht, das Heizöl abzufangen. Ein Fischsterben habe bereits begonnen.

Die Prager Regierung habe die Behörden Polens und der „DDR“ über die „erste Situation“ informiert, teilte „Rude Pravo“ weiter mit. Die Menge des ausgeflossenen Heizöls wurde

DER KOMMENTAR

Wieder im Ring

PETER PHILIPPS

Wie ein angeschlagener Boxer, den ein gnädiger Runden-Gong vor dem Auszählen gerettet hat, ist Johannes Rau gestern in Bonn wieder in den Ring geklettert. Er hat die Handschuhe angezogen, will weiter um den Titel kämpfen und nicht aufgeben. Er will außerdem auch nicht auf diejenigen hören, die sich von (verbalen) Schlägen unter die Gürtellinie mehr Erfolg erhoffen.

Doch das Problem des Fighters, der sich da mit scheinbar neuen Kräften präsentiert, ist das Drumherum: Seine Anhänger geben ihm nicht als Kampfrichter ihre Stimmen, sondern haben es sich auf den Zuschauerreihen bequem gemacht, betrachten alles als ein großartiges Spektakel. Und in seiner eigenen Ecke haben seine Betreuer Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz schon ihre Lösung verkündet, daß ihr Champion eigentlich nur heil über die Runden zu kommen braucht. Der Titel sei ohnehin nicht mehr zu erringen.

Wie will die SPD eigentlich auf diese Weise überhaupt noch jemanden mobilisieren? Wenn es Rau nicht schnellstens gelingt, seine Parteispitze geschlossen hinter sich zu versammeln und mit einer Sprache zu sprechen, dann wird die rechte Gerade am 25. Januar noch schmerzhafter als in Hamburg einschlagen. Einfach, weil die Anhänger zuhause bleiben.

Olympiasieger sind entrüstet

DW, Bonn

Heftigen Widerspruch hat Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimmverbandes, mit seiner Alternative „Olympiasieger oder leibentstüchter Mensch“ ausgelöst, in der er seine Gedanken zu einem möglichen Verzicht auf den Leistungssport zusammenfaßt. In einer Umfrage der WELT unter Olympiasiegern aus der Bundesrepublik Deutschland wurde diese Formulierung als Unverschämtheit bezeichnet. Rolf Mittermaier, 1976 Doppel-Olympiasieger im alpinen Skisport: „Solch einen Blödsinn habe ich noch nie gehört“. Im Streit zwischen Harm Beyer und der Deutschen Sporthilfe zeichnet sich eine Entspannung der Lage ab. Für kommenden Dienstag haben Beyer und Vertreter der Stiftung ein „sachliches Gespräch“ vereinbart. Den deutschen Schwimmern soll ab 1. Dezember die Unterstützung gestrichen werden. Seite 11: „Sind Sie lebensunfähig?“

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Frankreich wird erpreßbar

Von Peter Ruge

Die Pariser Presse jubelt: Zwei französische Geiseln sind frei, jetzt bestehe Hoffnung für die anderen sechs verschleppten Landsleute im Nahen Osten.

Bravo, Monsieur Chirac, klingt es zwischen manchen Zeilen. Ihre dubiose Orient-Politik, für die Ihnen die Europäer bereits am Zeuge flickten, ist gerechtfertigt. Sie gaben sich blind gegenüber den von den Briten vorgelegten Beweisen für eine Verstrickung Syriens in Terrorakte. Sie hörten weg, als der mit Ihnen verbündete Irak aufbegehrt, daß Sie insgeheim Waffen an den Iran um den Preis der Normalität lieferten. Sie tönten groß von Vergeltung, als nahöstliche Bombenleger im September die französische Hauptstadt erschütterten, doch insgeheim sandten Sie Emissäre aus, um zu verhandeln. Und was schließlich in der Politik zählt, sind Resultate.

Noch vor drei Monaten, als Unschuldige durch den Bombenterror in Paris starben, da lag Frankreichs Stolz am Boden. Da war sich die ansonsten auf ihre Unabhängigkeit bedachte V. Republik nicht zu schade, nach europäischer Hilfe, nach Solidarität zu rufen: Gemeinsam nur könne diese „internationale Pest“ abgewehrt werden. Doch vor drei Tagen, in London, war davon nichts mehr zu spüren. Hahlerzig folgte Außenminister Raimond den Sanktionsbeschlüssen gegen Syrien, denn Damaskus avisierte termingerecht die mögliche Geiselnbefreiung.

Davor ist Chirac in die Knie gegangen. Was ist davon übrig geblieben, daß er dem Terror den Krieg erklärte? Die Verbeugung vor Syrien, der Dank an Präsident Assad.

Da er jetzt den Beweis liefert, daß der französischen Regierung das Leben der Geiseln mehr Wert ist als das möglicherweise zu erbringende nationale Opfer eines Verschleppten, ist Frankreich erpreßbar geworden. Nun ist der Bann gebrochen: Für die „Krieger Gottes“ und mit ihnen für alle Gruppen im Orient, ihren Zielen mit weiteren Geiseln ein günstiges Klima zu verschaffen. Die Preise in Nahost dürften steigen, solange Frankreich seine Präsenz im Nahen Osten wichtiger nimmt als eine europäische Solidarität gegenüber dem internationalen Terrorismus.

General „gewürdigt“

Von Rüdiger Moniac

In den Annalen der Bundeswehrgeschichte ist ein Vorgang i wie der um den General Sommerhoff wohl beispiellos. Dieser Drei-Sterne-General hat es hinnehmen müssen, daß sein direkter Disziplinarvorgesetzter, der Inspekteur der Luftwaffe, sein Verhalten gegenüber einem Fahnenjunker der Feldjägertruppe im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens dienstrechtlich aufklärte und „würdigte“. Was das konkret heißt, wird der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Das verbietet die Wehrdisziplinarordnung ausdrücklich.

Gemunkelt wird, Eimler habe Sommerhoff einen Verweis erteilt. Wäre es so, hätte der Amtseifer der Luftwaffe zu einem Mittel im Katalog der „einfachen Disziplinarmaßnahmen“ gegriffen. Ein Verweis ist, „der förmliche Tadel eines bestimmten pflichtwidrigen Verhaltens des Soldaten“.

Was war geschehen? Sommerhoff führte in seinem Aktenkoffer eine Handfeuerwaffe zum persönlichen Schutz bei sich, als ihn ein Wachposten beim Passieren der Hauptwache des Bundesverteidigungsministeriums im Dienstwagen zur Seite winkle und einer routinemäßigen Sicherheitskontrolle unterzog. Dazu war der Posten berechtigt. Was sich dabei abspielte, ist der Öffentlichkeit nicht genau bekannt. Man weiß nur, daß Sommerhoff der Aufforderung, auch den Aktenkoffer zu öffnen, so nachkam, daß sich der Posten durch das Vorweisen der Waffe bedroht fühlte und daraufhin Meldung erstattete.

Ob der Posten sich in jeder Phase korrekt verhielt, ist ebenfalls nicht bekannt. Jedenfalls hat der General offensichtlich seinem Vorgesetzten Anlaß gegeben, sein Verhalten „dienstrechtlich zu würdigen“. Der Fall ist deshalb so gravierend, weil einer der höchsten Vorgesetzten in der Bundeswehr offenbar glaubte, wegen seines Dienstgrades Sonderrechte zu genießen. Tatsächlich aber hat jeder Vorgesetzte laut Soldatengesetz „in seiner Haltung und Pflichterfüllung ein Beispiel zu geben“. Die Vorgesetzten müssen wissen, wie schwer heute unter der terroristischen Bedrohung für die Soldaten der Wachdienst ist. Deren Pflichterfüllung verdient Lob und verlangt von allen, durch Kontrollen bedingte Erschwernisse geduldig hinzunehmen.

Skurriles in Belgrad

Carl Gustaf Ströhm

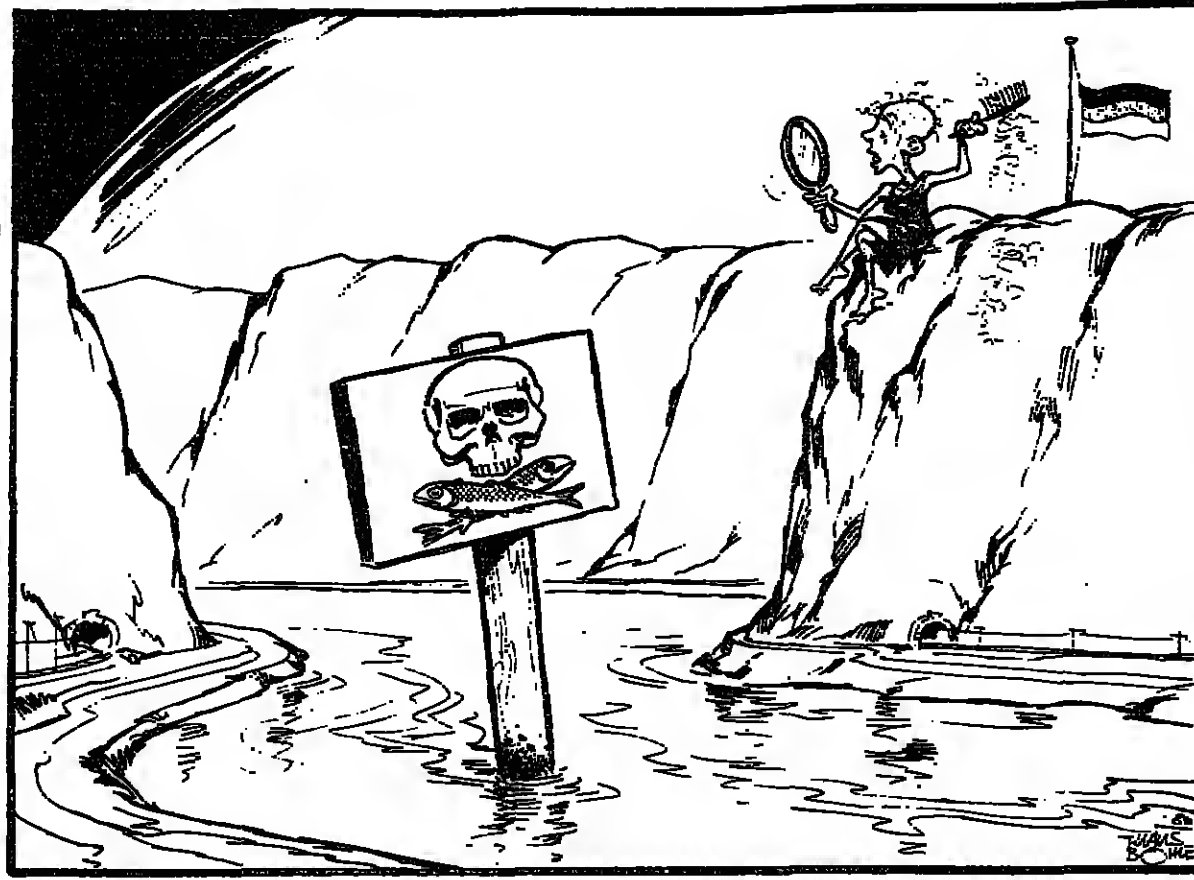
Aus Jugoslawien kommen in letzter Zeit wenig gute Nachrichten. Da gibt es nach wie vor schwere Konflikte zwischen Serben und Albanern im Kosovo. Die Belgrader Akademie warnt vor der politischen Desintegration des Gesamtstaates. Die Partei wiederum spricht von Konterrevolution und Nationalismus. Doch die schlimmste Nachricht, die uns jetzt aus Belgrad erreicht, hat unmittelbar nichts mit Politik und Ideologie zu tun. Oder doch?

Dem Belgrader Parlament liegt ein Gesetzentwurf über die Einführung eines Zwangsumtausches für alle Ausländer vor, welche die jugoslawische Grenze überschreiten.

Was das in der Praxis bedeutet, liegt auf der Hand, wenn man an jene Regime denkt, die der Belgrader Regierung als Vorbild gedient haben mögen: etwa die Tschechoslowakei und die „DDR“. Ebenso wie diese will nun auch Jugoslawien den „schwarzen“ Devisenumtausch und den sogenannten Privat-Clearing stoppen. Bisher ist, nach Meinung Belgrader Regierungskreise, zu viel harte Valuta in die privaten Taschen jugoslawischer Zimmervermieter oder Händler geflossen – und nicht, wie es sein sollte, in die Kassen der Nationalbank.

Diese Funktionäre vergessen dabei zunächst, daß Jugoslawien – mag es auch kommunistisch regiert werden – nicht zum Ostblock gehört. Zwangsumtausch an den Grenzen müßte angesichts des dichten Verkehrs zu noch chaotischeren Verhältnissen führen, als sie ohnedies bereits in den Sommermonaten – etwa an der Gastarbeiterroute – anzutreffen sind. Eine gewaltige zusätzliche Bürokratie wäre notwendig. Die Zeiten, in denen sich eine Familie einfach ans Auto setzte, um Urlaub an der jugoslawischen Adria zu verbringen, wären vorbei. Wer länger oder kürzer bliebe als vorausgeplant, müßte komplizierte bürokratische Prozeduren in Kauf nehmen. Kurzum: Jugoslawien würde schwerer zugänglich und gegenüber Europa würde eine Barriere aufgerichtet.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen: Auch dieser skurrile Versuch, die Inflation und Wirtschaftskrise durch mehr Bürokratie statt durch Marktwirtschaft zu bekämpfen, wird Jugoslawien mehr schaden als nützen.



Ich weiß nicht, was soll es bedeuten...

KLAUS BÖHLE

Profit in Rhein-Kultur?

Von Joachim Neander

Die von Tag zu Tag böser klingenden Nachrichten aus der Welt der schweizerischen Chemieindustrie verführen zu ein paar grundsätzlichen Betrachtungen. Was ist falsch am Ganzen, wenn große, angesehene Unternehmen sich offenbar bedenkenlos über Bestimmungen hinwegsetzen und einige womöglich – was bisher freilich konkret nicht bewiesen ist – in abgefeimter Weise eine Katastrophe dazu benutzen, um rasch eigene Gift-Problemechen mit darin wegzuschwemmen?

Umfragen zeigen, daß vermutlich die meisten Menschen die Ursache dafür im allgemeinen Profitdenken suchen werden. Das Gier nach immer mehr Umsatz, immer mehr Erfolg und Gewinn dränge Menschen und Unternehmen schon aus Gründen der scharfen Konkurrenz zwangsläufig in einen Konflikt mit Anstand und Gesetz. Die doppelte Moral, ja die offene Unmoral scheint zum allgemeinen Prinzip erhoben. Da liegt es nahe, unser ganzes System einer freien Wirtschaft und Wirtschaftsordnung an den Pranger zu stellen, das scheinbar so allmächtige Profitdenken durch irgend etwas anderes zu ersetzen.

Aber hier wird etwas verwechselt. Eine freiheitliche Ordnung erhebt das Streben nach Profit ja nicht zur Weltanschauung. Sie verfährt nach der empirisch gewonnenen Regel, daß Freiheit zwar auch ein Risiko in sich birgt, im Ganzen aber anderen Prinzipien stets überlegen sein muß, weil zum Beispiel auch die Einhaltung bestehender Gesetze auf lange Sicht wirtschaftlich vernünftig und damit erfolgreich sein müsse.

Daß das nicht nur leere Theorie ist, zeigt ein Blick auf die Gegenseite. In der sozialistischen Staatswirtschaft sind das Profitdenken und der menschliche Egoismus nicht etwa außer Kraft gesetzt. Wo der einzelne an sture Normen und das Unternehmen an teilweise unsinnige Pläne gebunden ist, verlagert sich das Gewinnstreben bekanntlich sehr schnell in die Grauzonen der Korruption und Vetternwirtschaft.



Entnahme von Rheinwasser zur Prüfung: Auch das System auf dem Prüfstand? FOTO: AP

Die Wiedervereinigung als Mittel zu mehr Sicherheit?

Zu den Gedanken des Abgeordneten Bernhard Friedmann / Von Herbert Kremp

Das Signal von Reykjavik beunruhigt die Bundesregierung. Reagan erscheint plötzlich in der Gestalt eines Fundamentalisten, der die Welt von Atomwaffen befreien möchte. Die Abschaffung aller ballistischen strategischen Raketen (also außer Marschflugkörpern und Bomben), die europäische Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen (es blieben noch je einhundert in Asien und in den USA) und eine eventuelle Null-Lösung für Kurzstrecken-Systeme bedeuten in der Summe die Schaffung von Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Kohl hat in Washington die Interessen Europas vorgebracht und seinen durchaus kritischen Disput mit Reagan unter die Maxime gestellt, daß Kriege in Europa nicht führbar werden dürften.

Das klingt so dramatisch, wie es ist. Die Europäer können heilfrohen sein, daß in Reykjavik infolge der sowjetischen Forderung, das ganze Paket mit dem Verzicht auf SDI zu fraktionieren, der Akkord nicht zustande kam. SDI stützt die Vision Reagans, die Welt jedenfalls von atomaren Angriffswaffen zu befreien. Die USA könnten wieder unverwundbar werden, wie sie es vor der Raketen-Technologie waren. Im Gespräch mit Kohl ging Reagan auf die Forderung, die Abrüstung der ballistischen strategischen Raketen mit konventioneller Abrüstung zu verknüpfen, nicht ein. Er stimmte nur zu, die Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen in Europa mit einer Regelung für die Kurzstrecken-Systeme zu verbinden.

Das ist etwas, aber nicht viel. Es bleibt der Eindruck, daß die USA zu Abrüstungen bereit sein könnten, die über europäische Sicherheitsinteressen hinweggehen. Die Europäer werden also innenpolitischen Gründen nicht in der Lage sein, für konventionelle Rüstung wesentlich mehr auszugeben. Der vollständig demokratisch gewordene Kongreß wird aber bei den nächsten Budgetberatungen auf diese Forderung zurückkommen. Die These des CDU-Haushaltsexperten Bernhard Friedmann, daß beide Weltmächte nach neuen Sicherheitsstrukturen suchten und

vor allem die Deutschen über tragfähige Sicherheitskonzepte nachzudenken hätten, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Abgeordnete erinnert an eine alte Wahrheit: Sicherheit und Sicherheitskonzepte beruhen nicht nur auf militärischen Faktoren. Diese sind zwar unverzichtbar wichtige Teilstücke, doch ergibt ihre Summe nicht das Ganze. Aus der Verrechnung von Waffen allein resultiert keine Sicherheit, die politische Dauer verspricht. Ohne Politik bleibt die Verrechnung bare Statistik.

Das hören diejenigen nicht gern, die mit weniger Waffen mehr Frieden schaffen wollen – als ob da ein Zusammenhang bestünde. Frieden als lebensgerechte politische Ordnung ergibt sich erst aus der Verrechnung von Rüstungen, Krisenherden, Menschenrechten, Freiheiten. Auf diesen fundamentalen Zusammenhängen macht der Abgeordnete Friedmann seine Raketen zählende Umgehungen aufmerksam. Seine entscheidende These, daß jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitskonzept in die operative Politik eingeführt werden sollte, klingt überraschend und ruft reflexhaft die Opposition aller hervor, die in der „Vermengung“ von politischen und strategischen Themen ein Hindernis für den „Abrüstungs-Dialog“ erblicken.

Friedmann ist genau entgegen-gesetzter Ansicht, und er hat insofern recht, als die Beseitigung der Spannungsursache die Behandlung von Spannungsfolgen erleichtern könnte. Möglicherweise erinnert er sich auch an die sechziger Jahre, als bei Genfer Konferenzen ein Junktim zwischen Abrüstung und deutscher Frage hergestellt wurde. Für die Deutschen sprang dabei nichts heraus, aber in der Abrüstung kamen die Mächte auch nach Auflösung des Junktims nicht weiter. Die entscheidende Frage lautet, ob die Wiedervereinigung Deutschlands den Sicherheitsvorstellungen der Sowjetunion, Ostmitteleuropas, der beiden Teile Deutschlands und Westeuropas entgegenkommen, ja, in eine Garantie der europäischen Sicherheit umgewidmet werden könnte.

Wobei von vornherein bezweifelt werden muß, ob Moskau überhaupt bereit ist, in einer Veränderung der politischen Struktur Europas ein Element erstrebenswerter Sicherheit zu erblicken. Friedmann stellt sich kein neutralisiertes Deutschland vor; wohl aber eines (mit geteilt gewähltem Parlament), das selbst zu bestimmen hätte, wo bündnispolitisch sein Platz ist. Dem Atlantikpakt sollte es nach den Maßstäben östlicher, westlicher und eigener Sicherheitsinteressen verbunden sein; die Sowjetunion hätte von dem neuen Deutschland wirtschaftlich viel zu erwarten. So weit die Rohskizze für eine mitteleuropäische Lösung der deutschen Frage. Die Konturen verlieren sich im Ungewissen, aber mit einem müssen wir und die Verbündeten in Zukunft rechnen: Dieser Art sind die Ideen, die mit der Veränderung geltender Strategie-Konzepte zwangsläufig auftauchen. Die politische Grundsatzz-Diskussion beginnt wieder. Sie wird die nächste Regierung Kohl tief beschäftigen.

IM GESPRÄCH Hermann Lutz

Wir alle leiden darunter

Von Harald Günter

Am 11. November wurde im Mannheimer „Rosengarten“ eine alte Tradition der Arbeiterbewegung gebrochen. Nie zuvor nämlich hatte eine Einzelgewerkschaft des DGB einen Christdemokraten als Vormann. Nun hat ihn die GdP: Hermann Lutz. Achtundvierzig Jahre ist er alt, seit zwanzig Jahren CDU-Mann, Landesvorstandsmitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Rheinland-Pfalz, Leiter des Landesarbeitskreises der Christlich-Sozialen im DGB. Und nun hat er trotz seines Parteibuchs den Gesonnen Günter Schröder an der Spitze der 165 000 Mitglieder starken Polizeigewerkschaft beerbt.

Oder etwa gerade deshalb? Es ist ein offenes Geheimnis, daß die vergleichsweise konservative Basis die Nähe ihres bisherigen Bundesvorsitzenden zur SPD, seinen Konfrontationskurs gegenüber der Bonner Koalition mit zunehmender Unzufriedenheit verfolgt hatte. Da war nun, wie Hermann Lutz selbst glaubt, eine „Integrationsfigur“ gefragt, die Gewerkschaftsarbeit „nicht nach Rot und Schwarz sortiert“. Dafür will der gebürtige Erfurter fortan stehen.

„Ich hätte mir gewünscht, unter anderen Voraussetzungen gewählt zu werden“, sagte Hermann Lutz kurz nach der Abstimmung, Verständlich: Ein paar treue Battalione waren dem scheidenden Bundesvorsitzenden noch geblieben. Sie sorgten dafür, daß Lutz über 135 von 203 Delegiertenstimmen nicht hinauskam. Unter anderen Voraussetzungen, gibt der unteretzte, drahtige Mann zu, wäre ihm das zu wenig gewesen. Hans Jan-Beo läßt grinsen.

Aber die Voraussetzungen sind nun mal nicht anders. Und gewünscht hat sich Hermann Lutz seinen Karrierepfad nach fünfjähriger Stellvertreterdasein so sehr, daß er am Rednerpult vor lauter Freude vergaß, die Wahl formell anzunehmen. Lutz, der bisher die Tarifpolitik der GdP besorgt hatte, ist ein Funktionär, dem die Arbeit „Spaß macht“, den es auch freut, sich „mit Anders-



Erster Gewerkschaftschef mit CDU-Parteibuch: Lutz (rechts, mit Vorgänger Schröder) FOTO: DPA

denkenden auseinandersetzen“. Was ihm noch Spaß macht? Rock-Oldies aus den fünfziger und sechziger Jahren, Wandern, Heimwerken, Wein, Karneval, Geselligkeit. Daß er, der diplomierte Verwaltungsbeamte und Fachhochschuldozent, in ersten Zeitungsporträts als spröder Intellektueller geschildert wurde, störte ihn mehr als sein erschreckend niedriger Bekanntheitsgrad außerhalb des GdP-Führungskreises.

Auf Hermann Lutz wartet keine leichte Aufgabe. Er muß nicht nur aus dem Schatten seines Vorgängers treten und Respekt in den eigenen Reihen überwinden. Er hat auch die Suppe mit auszulöffeln, die der gesamten Gewerkschaftsbewegung von der Neuen Heimar eingebracht wurde. „Wir alle“, sagt der neue GdP-Chef, „leiden darunter“.

Aber er setzt auf die Selbstreinigungskräfte der Organisation. Fehler müßten als Fehler bezeichnet, Schuld anerkannt und nicht auf andere abgewälzt werden. Jene schließlich, die Verantwortung für den Niedergang der Gemeinwirtschaftsideale tragen, müßten sich zu dieser Verantwortung bekennen und „nötigenfalls die Konsequenzen ziehen“.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Darmstädter Echo

Es sieht die Lage der SPD düster. Tatsächlich haben die Landtagswahlen von Bayern und Hamburg einen Trend bestätigt und verstärkt, den Meinungsumfragen schon zuvor erkannt hatten: weg von der SPD. Aber die Parteien regieren nun dort befreit darauf, als schrieben wir schon den 25. Januar und die Hälfte der Stimmen sei ausgezählt.

MORGEN

Hier hält man nichts viel von der neuen Strategie der SPD: Wer einem Kanzlerkandidaten beschneigt, er könne die Mehrheit nicht hinter sich bringen, degradiert ihn zur lahmen Ente. Es muß der SPD-Führung schmerzlich sein, ihrem Kandidaten Johannes Rau diesen Tort anzutun. Sie hat es getan, um sich auf einer Glaubwürdigkeitskrise zu befreien. Ein mißlungener Kraftakt.

The Washington Post

Sie glaubt, daß Präsident Reagan sich in die Ecke manövriert habe: Reagan manövriert sich mit seiner Iran-Politik immer weiter in die Ecke. Dabei handelt es sich derzeit gar nicht so sehr um eine Iran-Politik als vielmehr um eine Politik, die seine Iran-Politik verschleiern soll.

The New York Times

Sie kritisiert den Präzedenzfall: Für Alliierte wie für Feinde bedeutet die Haltung Präsident Reagans, daß die harschen Worte Washingtons hinsichtlich des Terrorismus reine Lippenbekenntnisse sind. Wenn Rea-

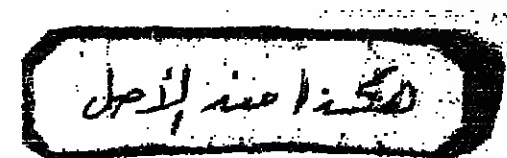
gan den Fehler nicht zügigt und wieder eine feste Anti-Terrorismus-Politik betreibt, kann die Iran-Episode den USA ernsthaften Schaden zufügen.

Basler Zeitung

Die von wert die Informationspolitik des Chemiekonzerns Sandoz: In Anbetracht einer Bevölkerung, die in ihrer Betroffenheit hilflos den Gerüchten und Stimmungsmachern ausgeliefert wird, ist das konzentrierte Schweigen der Sandoz ebenso unverständlich wie folgenschwer. Mit dem heute in seinen negativen Auswirkungen noch gar nicht abzuschätzenden Verzicht, sich glaubwürdig darzustellen, mit möglichen Fehlern und Unterlassungen zu sprechen und damit Kompetenz und Willen im Hinblick auf Verbesserungen anzudeuten, hat sich Sandoz damit abgefunden, von anderen dargestellt zu werden. Zum Schaden nicht nur der eigenen Firma, sondern zum Schaden des Chemiestandorts Basel, der ohne das Vertrauen der Bevölkerung gar nicht existenzfähig sein kann.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung schreibt zur Freisetzung der Geiseln: Es ist beunruhigend, daß dabei zugleich neue und immer höhere Preise ermöglicht werden, wenn es darum geht, für die anderen zu verhandeln. Damit ist die Tür für alle Unternehmern der Terror-Branche – und davon gibt es Legionen in Libanon – geöffnet. Sie könnten jetzt logischerweise schließen, daß einige Kalaschnikow-Gewehre und ein guter alter Mercedes für den Transport der Geiseln es einigen von ihnen erlauben, eine große Macht zu beugen.



„Ich bin Johannes Rau und nicht Heiner Geißler“

Nein, ein ganz anderer, aggressiver SPD-Kandidat war dies nicht, der sich gestern nach der Hamburger Wahl Niederlage der Presse in Bonn präsentierte. Doch immerhin schimmert durch den „Bruder Johannes“ so etwas wie ein „Ritter Johannes“ durch.

Von PETER PHILIPPS

Er kam in seinem Kampfanzug, in dem er schon zur Kandidatentreue in Ahlen vor knapp einem Jahr angetreten war: dunkelblau, Nadelstreifen mit Weste. Er zog ein wie ein Gladiator vor die hungrige Meute der Bonner Bundespressekonferenz, umringt von Fotografen und Kamerateams, den Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sowie den amtierenden Parteiprecher Eduard Heusen im Gefolge.

„Eie Rhodos, hie salta“ war sein Motto: die kämpferische Botschaft, daß er festhält an seinem Kanzler-Ziel, trotz Hamburg und Bayern, trotz der Verzögerungen in den eigenen Reihen - dies mußte er überzeugend darlegen, sollten nicht die Daumen auf den Rängen endgültig nach unten zeigen. Schon zu Beginn der 90 Minuten war an seiner gepreßten Stimme zu hören, daß er zielstrebig, konzentrierter als sonst jeweils auf den Kern von Frage und Antwort zusteuerte. Seine typischen Bönemots, seine augenzwinkernde Scherze erlaubte sich der Gebaute diesmal erst nach einer gewissen Anlaufzeit, seltener als sonst - und eben ohne Augenzwinkern, kurz trocken.

Es war nicht der predigende „Bruder Johannes“, der ins ungelebte Bonn gekommen war, sondern der Fighter. Wie immer, wenn er mit dem Rücken an der Wand steht, wird er stark. Dies erweckt oft den Verdacht, daß er sich bewußt erst einmal in die

Ecke manövriert. Und er rief die Erkenntnis aus dem Sport in Erinnerung: Angeschlagene Boxer dürfen nicht unterschätzt werden.

„Wer nicht kämpft, der hat schon verloren“, lautete seine Botschaft an die eigene Basis, aber auch an die Mit-Parteiführer. Und: „Wir können das packen“, auch wenn nach den Debakeln von Bayern und Hamburg die absolute Mehrheit als Ziel in noch viel weiterer Ferne schimmert.

Wie gesagt: Präziser, stärker auf den Punkt „zugespißt“, wie er selbst mit Autorenhinweis ein Glotz-Zitat aufnimmt, sind seine Sätze. Aber auch zumindest um Nuancen schärfer. Und dennoch: „Ich bin Johannes Rau und nicht Heiner Geißler“, der scharfzüngige CDU-Generalsekretär. Dies habe er auch in der Präsidiumsitzung am Montag noch einmal in Erinnerung gerufen.

Sicher, da gebe es „welche, die sagen zu mir, du mußt mehr auf den Putz hauen. Dann sage ich, das kann ich nicht. Ich will weiter werben, ich will weiter Menschen zu gewinnen suchen.“ So ähnlich muß wohl auch die Diskussion im Präsidium verlaufen sein. „Also sagte ich: Ihr könnt mich so haben, wie ich bin. Anders bin ich nicht zu kriegen. Wollt Ihr mich? Da haben die sich geäußert.“

Der Kandidat bat sich warmgelaufen. Die anfängliche leichte Röte der Nervosität im Gesicht ist abgeklungen. Fordernd, drängend ist die Stimme, wenig zu spüren von dem einnehmenden Plauderton. Unruhe, Gespanntheit lassen sich an dem Spiel der Finger mit der Brille registrieren. Das Glas mit Mineralwasser muß nachgefüllt werden. Johannes Rau ist wie auf dem Sprung, bei jeder Frage voll konzentriert, wendet den Kopf wie witternd zu den Fragestellern, reagiert schlagfertig. Die steile Falte an der Nasenwurzel wirkt heute wie eingekerbt, er gönnt sich keine Entspannung. Wie er selbst sagt: „Ich bin im Moment bellwacht.“



Im Tief interessanter denn je: Johannes Rau und Peter Glotz gestern vor der Bundespressekonferenz. FOTO: POLY-PRESS

Die Enttäuschung über den Abgang seines „persönlichen Freundes“ Wolfgang Clement aus der Bonner Baracke drückt er unverhohlen aus. Der neben ihm sitzende Peter Glotz, der nun, befreit von Clement und dem nordrhein-westfälischen Landesgeschäftsführer Bodo Hombach, allein die Fäden der Wahlkampfplanung in den Händen hält, blickt ungerührt mit Pokerface vor sich hin. Er wird, wie Rau auf Fragen formuliert, mit Hombach „darüber sprechen, welche Möglichkeiten Bodo Hombach einbringen kann in den nächsten zehneinhalb Wochen.“

Aus „Bruder Johannes“ ist mehr ein „Ritter Johannes“ geworden, aber einer mit einem „Stammland“, wie er selbstbewußt mit Blick auf Nordrhein-Westfalen und in Erinnerung an dortige große Wahlerfolge sagt. Und einer, der sich „auf niemanden mehr stützt als auf Willy Brandt und Jo-

chen Vogel“. Bei diesen Worten hat er die geballten Fäuste mit leicht geöffneten Armen auf den Tisch gelegt und sieht sie abwechselnd an - so, als ob jede der Fäuste für einen der beiden Mitstreiter steht.

Entspannung gestattet er sich nur zweimal und auch nur kurz: Als er sich für die Glückwünsche des Auditoriums zur Geburt seiner zweiten Tochter bedankt. „Sie heißt Laura-Helene, und sie ist wunderschön.“ Da ist es wieder, das bekannte breite Lächeln. Und es kommt noch einmal.

Eine Frage gibt Peter Glotz die Gelegenheit, ins Geschehen einzugreifen. Mit berahmenden Mundwinkeln und unbewegtem Gesicht hatte er bis dahin danebengesessen. Nun strafft er sich, antwortet zungenflick wie immer - und macht mit einem Versprecher aus noch bevorstehenden knapp elf Wochen plötzlich elf Monate Wahlkampf. „Der kann auch

nicht genug kriegen“ - Johannes Rau lehnt sich ob des kurzen Lacherfolgs behaglich zurück.

Wenn er seine selbstformulierten Botschaften an diesem Tag über die Rampe bringt, geht die Stimme ein wenig in die Höhe, kommen die Worte schnell, zupackend. Aber schon am Klang, auch an der leicht zögernden Formulierung läßt sich erkennen, wenn er sich auf dünnem Eis bewegt: Vor allem, wenn er immer wieder versucht, Brandts und Glotz noch in der Wahlnacht öffentlich gewordene Neudefinition des Wahlziels mit semantischen Verschlingungen wieder einzufangen. Die hätten doch nur gesagt: „Jetzt geht es sogar darum, die absolute Mehrheit der Konservativen zu verhindern.“ Er habe das „nicht als Knüttel empfinden“, aber auf die Frage, ob er dies als „hilflich“ empfunden habe, bleibt Rau die Antwort schuldig.

Die Indios ringen um ihr Land und eine Zukunft

Brasilien wählt ein neues Parlament, das dem Land eine neue Verfassung geben wird. Eine besonders wichtige Wahl für die Reste der Ureinwohner, der Indios, denn diesmal dürfen auch die Analphabeten wählen. Und die Indios wollen sich nicht weiter von den Weißen zurückdrängen lassen.

Von WERNER THOMAS

Der Wahlkampfslogan des Kandidaten Marcos Terena klingt rassistisch: „Wählt nicht weiß, wählt einen Indio.“ Der junge Mann erläutert jedoch: „Es geht ums Überleben. Wir wollen Brasilien und der Welt demonstrieren, daß diese seit 486 Jahren verfolgten Menschen ein Recht auf Freiheit, Würde und Respekt haben.“

Terena (33) ist einer von sieben Indiern, unter ihnen drei Häuptlinge, die sich bei den Wahlen am kommenden Samstag um ein Kongreßmandat bewerben. Bisher gibt es nur einen Indio-Abgeordneten in Brasília, Mario Juruna, ehemaliger Häuptling des Xavante-Stammes. Er kandidiert erneut.

Nur noch 220 000 sind übriggeblieben

Diese Wahl findet aus zwei Gründen eine größere Resonanz unter der indianischen Bevölkerung: Der nächste Kongreß wird eine neue Verfassung schreiben, die auch ihre Interessen berühren wird. Zum ersten Mal dürfen die 20 Millionen Analphabeten an einer Wahl für das Bundesparlament teilnehmen. Die meisten Indios können weder lesen noch schreiben.

Terenas Warnungen vor einem Aussterben seines Volkes sind nicht übertrieben. Als die ersten Portugiesen im Jahr 1500 brasilianischen Boden betraten, gab es vier bis sechs Millionen Indios. Verfolgung und Krankheiten dezimierten sie auf 220 000, fast alle leben in der riesigen Amazonas-Region. Die dynamische Entwicklung der lateinamerikanischen Führungsnation gefährdet jedoch auch die Überlebenden.

Romero Juca Filho, der Präsident der staatlichen Indianer-Schutzbehörde Funai in Brasília, sagt: „Es geht um das Land. Ohne Land haben die Indios keine Zukunft. Das Land ist die Wurzel der indianischen Kultur.“ Das verhängnisvollste Problem seien die landlosen Siedler, die sich überall ausbreiten - trotz der Dekrete und manchmal sogar mit staatlicher Hilfe. 1980 deklarierte Funai ein Gebiet von fast 70 000 Hektar im Staat Para zum Territorium des Gaviao-Stammes. Kurze Zeit später siedelte Paras Agrarreform-Behörde weiße Landarbeiterfamilien auf dem gleichen Areal an.

Diese Gegend wurde durch den Bau einer Eisenbahnstrecke zur Atlantikküste erschlossen und wirkt deshalb wie ein Magnet auf die Menschen der nordöstlichen Armutszonen. Oft unterstützt die katholische Kirche durch Mitglieder der „pastoralen Landkommission“ die neuen Siedler und provoziert Konflikte mit Funai. José Ferreira Campos, ein Funai-Vertreter in Para, kritisiert seine eigene Behörde, die sich nicht energisch genug verteidigt: Wenn ich ein

Indio wäre, hätte ich diese Eisenbahnstrecke längst blockiert.“

Juca Filho sieht mehr als 30 Stämme durch weiße Siedler gefährdet, besonders jene Indianer, die noch nie der „Zivilisation“ begegnet sind. Der Funai-Beamte Sydney Possuelo schätzt aufgrund seiner 20jährigen Amazonas-Erfahrungen, daß noch etwa 45 unbekannte Stämme mit mehr als 1800 Menschen existieren. Possuelo: „Es ist unsere Aufgabe, Kontakte herzustellen, bevor Fremde in diese Regionen vordringen.“

Viele Vertreter der Schutzbehörde befürchten, daß sie einen erfolglosen Kampf führen, wenn die neue Verfassung nicht die Rechte der Ureinwohner des Landes garantiert. Die Erschließung des Amazonas-Deichungs verläuft in einem rasanten Tempo. In den letzten Wochen erregten die Pläne der Sarney-Regierung zur Besiedlung der nördlichen Grenzzone Aufsehen. Funai-Funktionäre äußerten Bedenken.

Mario Juruna war der erste prominente Indio, der eine landweite Aufklärungsarbeit leistete. Bereits in den siebziger Jahren reiste der damalige Häuptling nach Brasília, um die Politiker und die Öffentlichkeit über das Schicksal seines schrumpfenden Volkes zu informieren - und anzuklagen. Er spricht eine offene Sprache, er provoziert und polemisiert gern. Schon seine äußere Erscheinung machte ihn zum Medien-Star: Der Mann aus dem Dschungel hat langes Haar, das bis zum Rücken reicht. Holzschmuck ziert die Ohrläppchen. Heute trägt er allerdings Anzug und Krawatte.

Leonel Brizola, der sozialistische Gouverneur von Rio de Janeiro, ermöglichte Juruna eine politische Karriere. 1982 offerierte er ihm eine Kongreß-Kandidatur für seine „Demokratische Arbeiterpartei“ (PDT) in Rio. Der exotische Bewerber gewann und gehört seither zu den umstrittensten Parlamentariern.

Ein Faktotum, das in Brasilien jeder kennt

Vor drei Jahren wurde der Abgeordnete vom Kongreß gerügt, weil er Minister mit öffentlichen Korruptionsvorwürfen beleidigt hatte, die sich nicht beweisen ließen. Gelächter brachte er Brizola in Verlegenheit, indem er die Presse über vertrauliche Gespräche informierte. Juruna gilt als Faktotum. Dennoch genießt er eine landweite Popularität und wird wahrscheinlich die Wiederwahl schaffen.

Neben dem 41jährigen Kongreßvertreter ist Marcos Terena der bekannteste Indio-Kandidat, der sich ebenfalls für die PDT bewirbt. In der Hauptstadt Brasília. Er war der erste indianische Hubschrauber-Pilot und arbeitete einst als Funai-Berater. Auch ihn hofieren die Medien, obgleich er weniger aggressiv in Erscheinung tritt.

Juruna brachte, wie könnte es anders sein, eine kontroverse Note in den Wahlkampf der sechs anderen Indios. Er warf ihnen den höheren Bildungsgrad - zwei Kandidaten studieren - und die Tätigkeit in Staatsdiensten vor. „Sie leben mit dem weißen Mann zusammen, trinken Milch und essen Kuchen.“

Eine trotzige Begeisterung im „Schwabinger Bräu“

Von PETER SCHMALZ

Ein Abend, daß einem Wahlkämpfer das Herz aufgehen muß vor Freude und Stolz über die eigene Zugkraft. Wann schon in dem eher lustlos absolvierten bayerischen Wahlkampf war von überfüllten Sälen zu berichten, von Jubel für den Hauptredner, von minutenlangem Stakkato-Beifall?

All das erlebte Johannes Rau an diesem Dienstagabend im „Schwabinger Bräu“ zu München - als wären die vernichtenden Niederlagen von Bayern und Hamburg für seine Partei nicht gewesen als nur ein böser Traum. Länge vor Beginn sind Stühle und Fensterläden besetzt, schmissige Dixie-Töne geleiten den Gast aus Nordrhein-Westfalen in den Saal, hinter dem Rednerpult hängt ein weißes Tuch mit einem roten Siegeszeichen, einem großen V, und draußen brüllen Zuspätkommene vor den verschlossenen Türen: „Wir wollen rein.“

Ist's Solidarität mit dem arg gebeutelten Genossen, oder war nur die Neugierde, einen Verlierer zu betrachten, der Antrieb für diesen Besuch? Oder war's gar die skandalösesterne Hoffnung, an diesem Abend

aus dem Mund des offenbar schon vor dem Endspurt gescheiterten Kandidaten das resignierende Wort zu hören: „Ich gebe auf.“

Der Realitätssinn über die Wahlchancen am 25. Januar scheidet die Mehrheit der knapp 2000 im verräucherten Saal zumindest nicht verlassen zu haben, sonst wäre der Beifall nicht so mager, als eine Vorrednerin zu Johannes Rau sagt: „Wir brauchen eine sozialdemokratische Bundesregierung mit dir als Bundeskanzler.“

Peter Glotz dagegen, Bundesgeschäftsführer und als Direktkandidat in diesem traditionell roten Münchner Norden schon vor vier Jahren überraschender Verlierer, ermet für seine energischen Worte, man müsse Helmut Kohl, diesem „pfälzischen Elefanten im chinesischen Porzellanladen“, klarmachen, „daß die deutschen Sozialdemokraten angreifen werden“ den Zwischenruf: „Wird aber auch Zeit.“

Dann bietet er noch mit lauter, kämpferischer Stimme die sicher richtige Erkenntnis, wer kämpfe, könne verlieren, aber wer nicht kämpfe, habe schon verloren, und überläßt Johannes Rau das Rednerpult, auf das dieser beweise, wie er

nun kämpfen wolle unter den veränderten Bedingungen, wie er die Kritiker aus den eigenen Reihen zu kontern vermag, die ihm einen „Gefühldusel-Wahlkampf“ vorwerfen.

Und Rau gibt die Antwort in der Art, daß die Volkswisheit, wonach eben keiner aus seiner Haut kann, bestätigt wird. Er habe gestern und heute 180 Leitartikel lesen können „mit lauter Anfragen, Rückfragen, Ratschlägen: Was machen Sie denn jetzt auf dem niedrigen Sockel der Zustimmung von Wählern, wie ändern Sie denn jetzt Ihre Strategie?“ Doch er scheint trotzig gewillt zu sein, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten und die Rolle des „Menschenfischers“ auch künftig zu spielen. „Ich antworte ganz einfach“, sagt er. „Wenn es zu wenige Menschen sind, die uns wählen, dann arbeiten wir noch mehr um mehr Menschen. Unersättlich werden wir um die Menschen werben, damit sie ja sagen zu einer Politik der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit.“

Man muß schon genau hinhören, um die feinen Unterschiede herauszufiltern zu jenem Johannes Rau, der wenige Tage vor der Bayerwahl in

München war. Auch damals war er „unersättlich“, damals aber noch „was Mehrheiten anbetrifft“. Davon ist jetzt keine Rede mehr: statt Mehrheiten nun Menschen.

Vor der bayerischen Wahl strahlte er noch Zuversicht über einen eigenen Sieg aus, wischte Zweifel lächelnd beiseite, sah in der „Neuen Heimat“ keine Gefahr. „Das spielt bis dahin keine Rolle mehr.“ An diesem Abend im „Schwabinger Bräu“ muß er zugeben, das Werben um Menschen sei „nicht leicht im entstandenen Meinungsklima“, dafür müsse die SPD „diese alte, diese bewährte, diese in vielen Kämpfen erprobte und an manchen Niederlagen gewachsene Partei“ etwas tun. „Was denn?“ stellt sich der Redner die Frage gleich selber und antwortet sich: „Sie muß aufhören, mit sich selber beschäftigt zu sein, damit sie wieder Zeit hat für die Bürger draußen. Sie muß aufhören, über sich selber nachzudenken, damit die Menschen spüren: Da ist die Adresse für Bürgersorgen.“ Liegt es denn wirklich nur am Vorurteil, wenn einem bei Diktion und Tonfall das Wort „pastoral“ in den Sinn kommt und man dem Redner ein wenig jenes kämpferischen Geistes wünscht, den

Franz Josef Strauß alljährlich am Freitag nach Aschermittwoch im gleichen Saal versprüht?

Rau spricht noch viel von der solidarischen Gesellschaft, „die ich meine“, und von den Menschen, die er fragen wolle, ob sie ihm nicht zustimmen, er wirbt für seine Ergänzungsabgabe, er spricht vom Umweltschutz (und bekommt den Zwischenruf „Ib-benbüren“), und er will sich nicht festlegen auf einen Zeitpunkt zum Ausstieg aus der Kernenergie.

Und dann am Ende sagt er noch, er sei hierhergekommen, „um Sie zu fragen, ob Sie das nicht in den nächsten 75 Tagen mit weitertragen möchten, nach draußen bringen.“ Weg mit dem Schleier der Resignation“, fordert der Kandidat, „weg mit diesen kalkulierten wahlstrategischen Überlegungen. Ich finde zu viele Leute, die wenn sie sagen, ich bin Sozialdemokrat, sich dabei auf die Schulspitzen gucken, als wollten sie sagen: Entschuldigen Sie vielmals.“

Nein, zurückgetreten ist er nicht an diesem Münchner Abend, aber er kann auch keine Zusage mitnehmen, wie tragfähig diese trotzige Begeisterungswelle in den eigenen Reihen sein wird.

Doppelt & Dreifach.

Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

Die richtige finanzielle Vorsorge für Sie und Ihre Familie: Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

- Sie legen zum Beispiel 150 DM monatlich an, in 20 Jahren insgesamt 35.100 DM. Mit Zinsen (zur Zeit 5,5% pro Jahr) und einem festen Bonus von 30% bekommen Sie rund 74.000 DM - mehr als das Doppelte.
- Oder Sie zahlen einmalig 35.000 DM ein. Dann erhalten Sie nach 20 Jahren mit Zinsen und Bonus über 110.000 DM - mehr als das Dreifache.

- Mit einer preiswerten Risiko-Lebensversicherung sichern Sie Ihre Familie ab.

Deshalb: Ob Sie für Ihre Familie, die Ausbildung Ihrer Kinder oder für ein zusätzliches Einkommen nach Ihrem Berufsleben vorsorgen - Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



كندا من أجل

Hartes Ringen der US-Bischöfe um Kompromiß

with Washington
Die „Affäre Hunthausen“ bleibt das zentrale Thema der in Washington tagenden katholischen Bischofskonferenz. Eine vierstündige Sitzung hinter verschlossenen Türen endete gestern ohne sichtbares Ergebnis. Die 300 Teilnehmer befinden sich offensichtlich in einem Dilemma. Sie suchen nach einer Formel in diesem Konflikt, die ein gewisses Maß an Verständnis für den umstrittenen Erzbischof von Seattle, Hunthausen, zeigt und zugleich nicht den Vatikan vor den Kopf stößt.

Erzbischof Hunthausen ist seit Jahren als entschiedener Gegner der nuklearen Aufrüstung hervorgetreten und erregte seit einiger Zeit das Mißfallen des Vatikans mit seiner liberalen Einstellung in Fragen der Sexualmoralik, was Rom veranlaßte, ihm einen Teil seiner pastoralen Befugnisse zu entziehen. Die Affäre hat, wie es der scheidende Vorsitzende der Bischofskonferenz, Malone, sagte, die wachsende Entfremdung zwischen Rom und der amerikanischen Kirche sichtbar gemacht.

Der bisherige Verlauf der Washingtoner Konferenz ließ erkennen, daß sich die US-Bischöfe Signale nach Rom senden wollen, daß man entschlossen ist, einen gemäßigten Kurs einzuschlagen. Sichtbares Zeichen dafür war die Wahl des am Ausgleich bemühten Erzbischofs John May aus St. Louis als neuen Präsidenten der Bischofskonferenz.

Inzwischen wird bei einigen Bischöfen deutliches Mißfallen darüber laut, daß der Fall Hunthausen die Aufmerksamkeit von allen anderen wichtigen Themen ablenkt. Dazu gehört vor allem der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe zum Thema „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“, der seit drei Jahren von dieser Konferenz diskutiert wird und dessen dritter Entwurf heute endgültig verabschiedet werden soll.

Der Hirtenbrief soll nach den Worten von Erzbischof Weakland die Kluft zwischen Arm und Reich in den USA bekämpfen. Er fordert direkte Eingriffe der Regierung in die Mechanismen der Wirtschaft und ist kritisch gegenüber dem Kapitalismus.

Die bisherigen Entwürfe dieses Hirtenbriefes sind von der konservativen Laien-Kommission der katholischen Kirche der USA unter Führung des ehemaligen amerikanischen Finanzministers William Simon scharf kritisiert worden. Simon nannte die Behauptung Weaklands, daß Kapitalismus und Katholizismus miteinander unvereinbar seien, „lächerlich“.

Spaniens Sozialisten geben sich jetzt als Gentleman

ROLF GÖRTZ, Madrid
Seit Isabel Preysler, eine der elegantesten - und intelligentesten - Erscheinungen auf dem Madrider Parkett, den Präsidenten der Außenhandelsbank, Miguel Boyer, nicht nur liebt, sondern auch zu managen scheint, ruhmot es an der Spitze der sozialistischen Regierungspartei. Der eher verschlossene Bankier als Superminister der ersten Regierung Gonzalez, Initiator der liberalen, keineswegs sozialistischen Wirtschaftspolitik, erscheint ein Jahr nach seinem Rücktritt mächtiger denn je.

Vor zwei internationalen Gremien, eines in New York, das andere in Paris, forderte er noch mehr Liberalisierung der spanischen Wirtschaft - auch auf dem Kapitalektor: „Der Staat jedenfalls ist der schlechteste Unternehmer.“

Das öffentliche Auftreten des mächtigen Ex-Ministers und die gemächlichen Plauderstunden von Bankiers und Politikern aller Couleur am Karmin im rosa-weißen Salon der schönen Eurasierin Isabel Preysler bringt nun die Parteilinke auf den Plan. Der neolibérale Irrsinn auf der größten Betrug an unserer sozialistischen Identität, schimpft der Chef der parteieigenen Gewerkschaft, UGT, Nicolas Redondo. Und die innerhalb der Partei organisierte „Sozialistische Linke“ um Pablo Castellano, einem der obersten Richter des Landes, warnt vor einem Massenauftritt betöndelnd ideologisch orientierter Genossen, die nicht gewillt seien, den „Sozialismus light“ mitzumachen. Der stämmige Gewerkschaftsboß gehört zu den letzten Parteigenossen, die die Rollkragenpullover und Lederjacke noch nicht mit dem Maßanzug der oeuen Herren des Landes vertauschten.

Manöver der Linken

Die Nachrichtenmagazine Spaniens - es gibt mehrere davon - sehen in Miguel Boyer bereits den Mann der Zukunft. Aber nicht als Sozialist, sondern an der Spitze einer neuen liberalen Partei, die mit ihm als Lokomotiv das Zentrum aus der gegenwärtigen Lethargie reißen könnte.

„Ich fühle mich aber im Schoße der Sozialistischen Partei sehr wohl“, konterte Boyer das höchst durchsichtige Manöver der Parteilinken. Ihm macht es nichts aus, daß die „Klempner“ der Partei, linke Funktionäre und Gewerkschafter, im marxistischen Hinterstübchen über die „Beautiful People“ an der Spitze murren. Schließlich ließ sich Carmen Romero,

immerhin die Frau des Ministerpräsidenten, mit Vergnügen auf die Liste der elegantesten zehn Frauen des Landes setzen.

Gegen Felipe Gonzalez aber, den allmächtigen Chef und nach wie vor Vorfechter der Wirtschaftspolitik Boyers, wagen die „Klempner“ nicht anzutreten. Zu groß ist sein Prestige. So sammeln sie sich hinter dem Vizepräsidenten und Linksaußen der Regierungsmannschaft, Alfonso Guerra. Aber auch der Vize hat seinen Cordanzug längst abgelegt und erscheint ebenfalls in seriösem Grau.

Es geht um Macht

Wie der Anzug, so der Inhalt. Im internen Streit an der Spitze von Partei und Regierung stehen sich in Wahrheit reine Pragmatiker gegenüber. Ideologisches konzentriert man im wesentlichen auf Justiz (bevorzugt Freisage der Abtreibung) und Erziehung (Gleichschaltung der Schulen). Es geht eigentlich nur um Machtpositionen. Gegenüber stehen sich unter anderem: Boyeristen mit Wirtschaft und Banken im Hintergrund und Guerristen mit den Gewerkschaften als Fußvolk.

Allem Anschein nach verlieren die Gewerkschaften jedoch an Bedeutung, seit sich Alfonso Guerra eine neue Streitmacht aufbaute. Seine Garde du Corps stellen die Staatssekretäre, mit denen er zwei Tage vor jeder Kabinensitzung die Traktandenliste der Regierung bestimmt. Hatten die Sozialisten in ihrer ersten Legislaturperiode die Spitzen der staatlichen Verwaltung ausgewechselt, so wartet jetzt die Meute der „Cachorros“ (junge Hunde, bei uns etwa junge Dackel), die vom Sozialismus nur noch das Parteibuch kennen, auf lukrative Posten im zweiten und dritten Rang. Sie setzen auf Alfonso Guerra.

Aber auch des Vizes Bäume werden beschnitten. Die Gewalt über das allmächtige Fernsehen, vier Jahre hindurch sein persönliches Machtmittel, wurde ihm jetzt entzogen. Felipe Gonzalez setzte Guerras wichtigsten Mann, Fernseh- und Radiochef Calvino, ab und hievte die energische Regisseurin erst rebellischer, dann elegischer Filme, Pilar Miro, auf dessen Stuhl. Die ehemalige Generaldirektorin im Kultusministerium verfiel über einen direkten Draht zum Regierungschef - und zum König. Schließlich saß Pilar einst neben dem Prinzen auf der gleichen Bank der Madrider Universität. (SAD)

Der Kream umwirbt Den Haag

Avancen in den Niederlanden vor Lubbers' Moskau-Reise Wieder gegen SDI und USA

HELMUT HETZEL, Den Haag
Als erster westlicher Regierungschef nach dem jüngsten Gipfeltreffen von Reykjavik wird der niederländische Ministerpräsident Raud Lubbers in der kommenden Woche nach Moskau reisen. Lubbers wird von Außenminister Hans van den Broek begleitet. Im Mittelpunkt der Gespräche mit der sowjetischen Führung soll neben bilateralen Fragen und dem Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen vor allem der Stand des Ost-West-Verhältnisses nach Reykjavik stehen. Dem Lubbers-Besuch, so meint man in Den Haag, komme daher eine besondere Bedeutung zu.

Dies scheint auch die sowjetische Seite so zu sehen. Öffentliches Aufsehen erregte jetzt im Vorfeld dieser Reise ein Interview des sowjetischen Botschafters in Den Haag, A. Blatov. Darin umwarb der russische Diplomat die Haager Führung und schlug unter anderem vor, nach Beendigung der in der kommenden Woche stattfindenden Gespräche zwischen Lubbers und Gorbatschow in Moskau ein gemeinsames Kommuniqué zu veröffentlichen. Dabei sollen die Punkte, vor allem bei Abrüstungsfragen, fest-

gehalten werden, in denen beide Regierungen im Prinzip übereinstimmen. Natürlich, so Blatov wörtlich, geht es dabei keineswegs um bilaterale Abkommen oder Lösungen, vielmehr solle die Parallelität der Denkweisen beider Regierungen herausgehoben werden.

Ziel Moskaus bei diesem ungewöhnlichen Versuch scheint also zu sein, erstmals öffentlich anzustellen und zu unterstreichen, daß es selbst in einigen zentralen Abrüstungsfragen mit dem NATO-Mitglied Niederlande weitgehende Übereinstimmungen gibt. Im Visier hat der Kream hier offensichtlich und in seiner Linie die SDI-kritische Haltung Den Haags, aus sich an dem geplanten amerikanischen Raketenabwehrsystem im Weltraum (SDI) bisher nicht beteiligen will. Eine weitgehende Annäherung der Positionen beider Regierungen, so Blatov, gebe es zwischen Moskau und Den Haag auch bei der von beiden Ländern gestellten Forderung nach einem Atomwaffenstopp. Hier haben wir tatsächlich sehr eng leitenden.

Allerdings kommt man in Haag an einem solchen gemeinsamen Abschlußkommuniqué in Moskau ver-

ständlicherweise kein großes Interesse zu haben. Man würde sich innerhalb der westlichen Verteidigungsbündnisse auf eine neue Extrastour begeben. Da man aber auch gleichzeitig den Gesprächsverlauf und das Klima der bevorstehenden Visite vorab nicht belasten will, hüllt sich die Regierung in Schweigen.

Nur Außenminister Hans van den Broek definierte bisher eines seiner Gesprächsziele. Der Minister sagte kürzlich nach einer Unterredung mit seinem amerikanischen Amtskollegen Shultz, Den Haag werde in Moskau auf jeden Fall dafür plädieren, daß die Sowjets das von ihnen geschaffene Verhandlungsjunktim zwischen SDI und den europäischen Mittelstreckenraketen wieder fallen lassen. Nur dann könne es Verhandlungserfolge bei Abrüstungsgesprächen geben, meint van den Broek.

Der Besuch der niederländischen Regierungsdlegation soll auch die Handelsbeziehungen intensivieren helfen. Beide Seiten denken dabei an den Ausbau in der Agro- und Landmaschinenindustrie und an die Elektronik. Moskau ist vor allem an einer Kooperation mit dem Elektronik-Riesen Philips interessiert.

Sowjet-Zeitung druckt Interview mit Adelmann

in Moskau

Die sowjetische Tageszeitung „Sowjetskaja Rossija“ hat gestern ein Interview mit dem Vorsitzenden der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Kenneth Adelmann, abgedruckt. Demnach erhielten die Bürger der Sowjetunion die seltsame Gelegenheit, sich über die amerikanische Position in eigenen Medien zu informieren.

Auf die Frage, wie es nach dem Gipfel von Reykjavik mit den gegenseitigen Beziehungen weitergehen könnte, antwortete Adelmann, die Sowjetunion müsse die Menschenrechte stärker beachten und ihre Unterstützung für Militärregime in der ganzen Welt einstellen. Er widersprach ferner der sowjetischen Darstellung, das amerikanische SDI-Projekt habe einen Durchbruch bei dem Gipfeltreffen verfehlt und verließ auf Empfehlungen Moskaus, ein ähnliches

Manila erneut im Kampf gegen Rebellen

Waffenstillstand aufgehoben / Weiter Putschgerüchte / Unterstützung für Frau Aquino von links

JOCHEN HEHN, Hongkong
Das vorläufige Scheitern der Friedensgespräche der philippinischen Regierung mit der kommunistischen Guerilla hat Generalstabschef Fidel Ramos zum Anlaß genommen eine schärfere Gangart gegen die Rebellen anzuschlagen. Ramos erteilte seiner Truppeneinheiten in den Regionen Bicol und Bulacan den Befehl, die „Terroristen der kommunistischen Neuen Volksarmee aufzuspielen, zu stellen und zu neutralisieren“.

Die philippinischen Streitkräfte haben damit erstmals offiziell ihre seit Beginn der Friedensverhandlungen verfolgte defensive Taktik aufgegeben. Dennoch handelt es sich hier nur um eine begrenzte Aktion die eine politische Regelung immer noch ermöglicht, wenn die Verhandlungspartner wie vereinbart in der nächsten Woche noch einmal zusammentreffen. Der Einsatzbefehl gegen die Guerilla wurde sicher mit Zustimmung von Corazon Aquino gegeben, die vor ihrer Abreise nach Japan den kommunistischen Verhandlungsführern für den Fall des Scheiterns der Gespräche die Rückkehr zur militärischen Auseinandersetzung angekündigt

hatte. Der Einsatzbefehl vor Ramos kam inmitten von Gerüchten über einen unmittelbaren bevorstehenden Staatsstreich durch militärische Kräfte, die sich um Verteidigungsminister Enrique Gonzalez haben. Ramos sprach sich entschieden gegen einen Putsch aus, der mit zugehörigen und eigenmächtigen Interessen motiviert sei. Einen Staatsstreich zur Rettung der Republik vor skrupellosen Politikern könne er vielleicht unterstützen. Der Generalstabschef, der in der Hauptstadt umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen hatte, vertritt ferner die Auffassung, daß die Putschgerüchte zwar zur angespannten Situation im Lande geführt, jedoch auch dazu beigetragen hätten, die auseinanderstrebenden Kräfte im Militär und der Regierung wieder zusammenzuführen.

Die Zuversicht wurde von der in Japan weilenden Staatspräsidentin offensichtlich nicht geteilt. Von Tokio aus richtete Frau Aquino mehrfach ernste Warnungen an die Adressaten jener selbsternannten Hellsbringer, die sich mit Putschgedanken trügen und kündigte für den Fall eines Staatsstreiches die erneute Mobil-

isierung von „Peoples Power“ an. Unterstützung erhielt Corazon Aquino von der „Volkspartei“ (Partido Ng Bayan), der enge Verbindungen zur verbotenen philippinischen kommunistischen Partei zugesprochen werden und nach einigen Angaben von 1,5 Millionen Filipinos unterstützt wird.

Die wachsende Unterstützung von links für die heute nach Manila zurückkehrende Corazon Aquino wird die unzufriedenen Militärs um Verteidigungsminister Enrique sicher nicht abschrecken können, sondern ihnen eher noch mehr Vorwand liefern, gegen die - ihrer Ansicht nach - linkslastige Regierung vorzugehen.

Der Verteidigungsminister der in den vergangenen Wochen und Monaten tagtäglich in öffentlichen Auftritten gegen die Politik von Corazon Aquino zu Felde gezogen war, hüllte sich in den letzten beiden Tagen in ungewöhnliches Schweigen. Enrique sagte offizielle Veranstaltungen ab und traf mit seinen engsten Mitarbeitern zu langen Gesprächen zusammen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte lediglich: „Er redet nur nicht mehr“.

anzeige

Vorkommen mit der BERUFS-WELT

Informieren Sie sich, die viele Berufsstellen, die in der BERUFS-WELT zu finden sind, sind in der BERUFS-WELT zu finden. Die BERUFS-WELT ist ein Informationsdienst für die Berufsberatung. Sie finden hier alle Informationen, die Sie für Ihre Berufsberatung benötigen. Die BERUFS-WELT ist ein Informationsdienst für die Berufsberatung. Sie finden hier alle Informationen, die Sie für Ihre Berufsberatung benötigen.

DIE WELT

Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle

Abwehrsystem zu errichten. Er betonte, daß bestimmte Elemente der in Reykjavik behandelten Vorschläge zum Abbau der strategischen Waffen von Reagan und nicht von Gorbatschow stammten.

Dem Interview war ein Kommentar des Leiters des Moskauer Nordamerika-Institutes, Georgij Arbatow, angehängt. Darin wurden die Aussagen Adelmanns wieder in das für die Sowjetunion richtige Licht gerückt.

Experten für sowjetische Medienpolitik bemerkten, daß die „Sowjetskaja Rossija“ seit Amtsantritt Gorbatschows mehrfach durch eine gewisse Offenheit aufgefallen ist. Unter anderem drückte das Blatt wiederholt kritische Leserbriefe ab. So haben beispielsweise Leser zu Wert die ihrem Unmut über verzerrende anti-liche Darstellungen von Unglücken Luft machten.

Spekulation ist nicht seine Sache.

Wir empfehlen ihm, einen Teil seines Einkommens in Wertpapier- und Immobilienfonds anzulegen.

Medizinische Geräte, die heute als hocheffizient gelten, können morgen schon veraltet sein. Wer Schritt halten will, muß häufiger und höher investieren als noch vor einigen Jahren. Ein gesundes Kapitalpolster ist die beste Voraussetzung.

Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Oft sind die Fonds eine interessante Alternative im Fächer der Anlagemöglichkeiten. So brachte die regelmäßige Anlage in Plusfonds zwischen 1976 und 1986 durchschnittlich 15 Prozent je Jahr bei Wiederanlage der Erträge. Ähnlich erfolgreich war der Immobilienfonds DIFA Fonds Nr. 1. Die BfG ist an den Investmentgesellschaften ADIG und DIFA, die eine Reihe attraktiver Fonds anbieten, beteiligt. Sie finden darunter immer eine passende Anlage, wenn Sie nicht auf schnelle Spekulationen aus sind, sondern sicher und ertragreich anzulegen wollen.

BfG-Ihre Bank

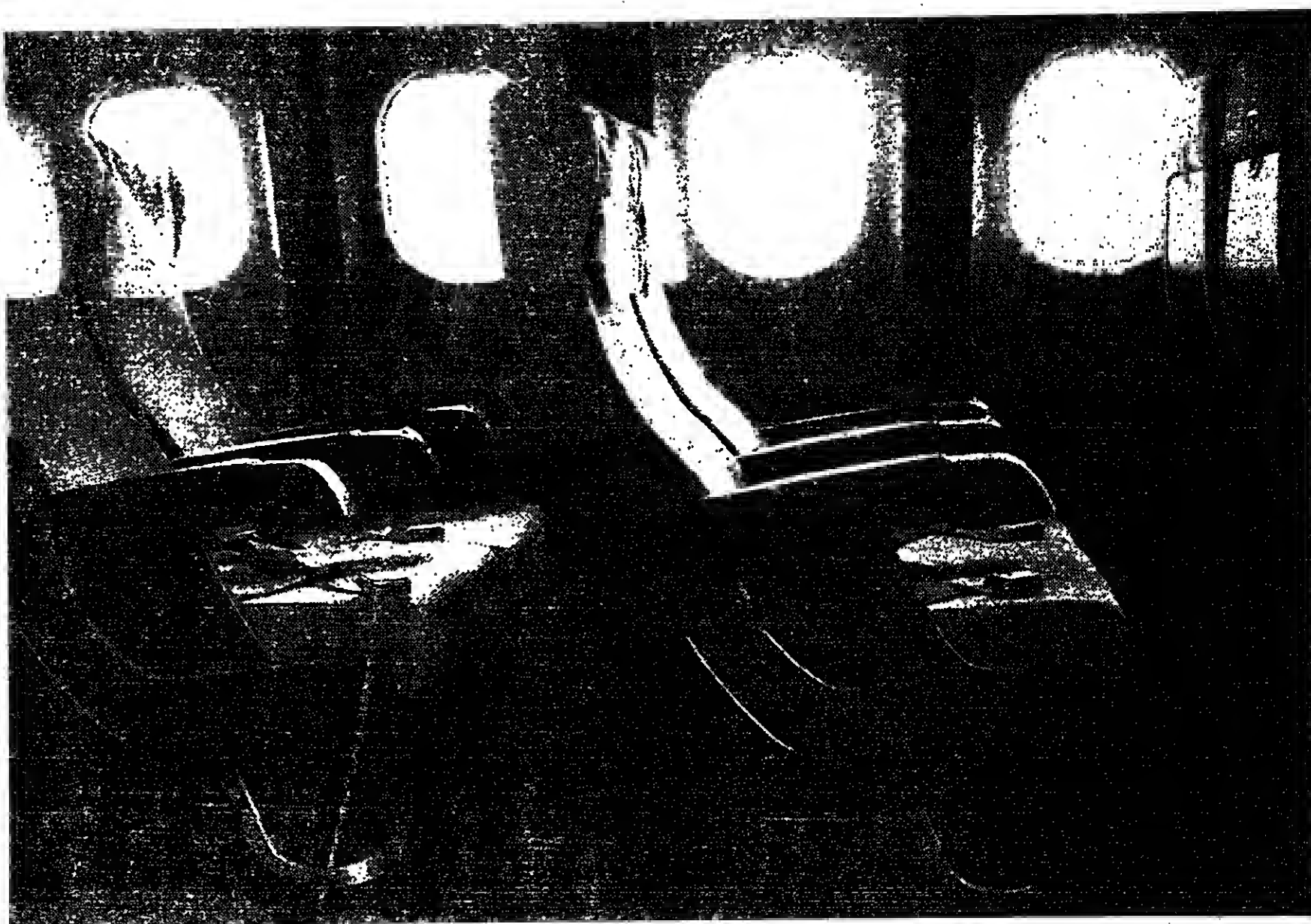
BfG

Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle

BfG-Bildschirmtext 43344 Z

Lufthansa heute:

Weil der Geschäfts- mann von heute mit Abstand besser fliegt.



Seit 1. November 1986 sieht das Angebot der Lufthansa in Europa für Geschäftsreisende so aus:

1. Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

2. In der neuen Business Class erwarten Sie nunmehr 86 cm Beinfreiheit. In neuen

und bequemeren Sitzen.

3. Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Normaltarif schon bei der Buchung reservieren.

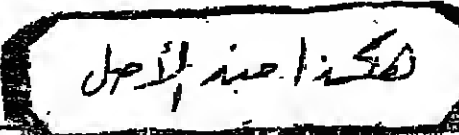
4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu

jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.



Lufthansa



„Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Ost und West“

Null-Lösung brächte einseitige Vorteile für Osteuropa / Amerika blickt nach Asien

Von B. FRIEDMANN

Unverkennbar haben die beiden Großmächte in Reykjavik nach neuen Sicherheitsstrukturen gesucht. Ob mit Erfolg oder nicht, ist dabei zweitrangig. Die dort wieder aufgetauchte Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen wird von vielen, denen die Überwindung Sorgen bereitet, begrüßt. Was aber wäre die Folge für Europa? Der Abbau aller in West- und Osteuropa stationierten atomar bestückten Mittelstreckenraketen würde selbstverständlich den Kurzstreckenraketen größere Bedeutung verschaffen. Sie konzentrieren sich in Osteuropa. Der Westen hat kaum etwas Vergleichbares dagegensetzen. Zugunsten der Sicherheit müssten deshalb auch die Kurzstreckenraketen „wegverhandelt“ werden. Wäre der Osten dazu bereit? Wohl kaum, denn er bekäme nichts aus seiner Sicht Entsprechendes für den Verzicht geboten. Im Sinne bisherigen Denkens wäre ein Nachrüsten bei Kurzstreckenraketen auf westlicher Seite für manche die logische Folge.



Bernhard Friedmann FOTO: DIE WELT

Also ein „neuer“ NATO-Doppelbeschluss für Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite? Ein solcher Doppelbeschluss wäre politisch nur schwer durchsetzbar und falls doch, bliebe die politisch bedeutsame Erkenntnis, daß ein Atomkrieg künftig auf Europa begrenzt wäre. Amerika würde nicht mehr unbedingt mit seiner eigenen Sicherheit für Europa bürgen. Die konventionelle Überlegenheit des Ostblocks würde sich politisch-psychologisch noch mehr auswirken. Unweigerlich stellt sich deshalb die Frage, ob der Westen mehr Geld als bisher für seine Verteidigung ausgeben bereit und in der Lage ist.

Der deutsche Verteidigungshaushalt liegt jetzt bei 51 Milliarden Mark. Dank weiterer Ausgaben im Zusammenhang mit der Verteidigung kann man gut und gerne von jährlich 60 Milliarden Mark sprechen. Ich halte es weder wirtschaftlich noch politisch für „machbar“, diesen Betrag zu verdoppeln oder zu verdreifachen. Schon eine Steigerung um zehn oder zwanzig Prozent in nächster Zeit bedürfte einer enormen Kraftanstrengung. Die Auflockerung der atomaren Abschreckung und die Erkenntnis, daß eine beliebige Steigerung der Ausgaben für konventionelle Verteidigung unmöglich und schwerlich wünschbar ist, muß vor dem Hinter-

grund einiger bedeutsamer Entwicklungen gesehen werden. SDI beispielsweise dient, wenn auch vor allem aus technischer Gründen, zumindest in der Definitions- und Entwicklungsphase primär amerikanischen und nicht europäischen Interessen. Das gewaltige Haushaltsdefizit in den USA erzwingt Einsparungen auch beim amerikanischen Verteidigungshaushalt. Hinzu kommt eine Bewußtseinsänderung in den USA, die zugespitzt in der Frage mündet, weshalb 240 Millionen Amerikaner 320 Millionen Europäer verteidigen sollen. Die Frage wird in den USA immer lauter gestellt, weshalb 400 000 junge Amerikaner heute noch in Europa sein müssen. Man darf

nicht übersehen, daß die USA nicht nur an Europa, sondern zunehmend auch an Asien denken. Ich bin der Meinung, daß Europa dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen darf. Was ist zu tun?

Nach meiner Überzeugung muß jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitskonzept in die operative Politik eingeführt werden. Ein wiedervereinigtes, freies Deutschland wäre die beste Sicherheitsgarantie für den Osten wie für den Westen. Dabei ist für mich sicher, daß dieses wiedervereinigte Deutschland aus freien und geheimen Wahlen hervorgehen muß, wobei die Bundesrepublik und die DDR getrennt ein gemeinsames Parlament zu wählen hätten. Damit würde die bevölkerungsmäßig kleinere DDR von der größeren Bundesrepublik nicht überstimmt. Sicherlich wären in einem solchen Parlament auch Kommuni-

sten vertreten. Die Demokratie erscheint mir aber gefestigt genug. Ein solchermaßen wiedervereinigtes Deutschland hätte bindungspolitisch selbst seinen Platz zu bestimmen. Ein neutralisiertes Deutschland schwebt mir keinesfalls vor. Schon jetzt gibt es innerhalb der NATO verschiedene Formen der Mitgliedschaft. Sollte es nicht möglich sein, einen Status mit dem westlichen Bündnis zu vereinbaren, der den Sicherheitsbelangen eines wiedervereinigten Deutschlands entspricht? Man wird mir entgegenhalten, daß die bestliche Vormacht unter solchen Vorzeichen nicht zur Freigabe der DDR bereit sei. Das beginne schon damit, daß der Ostblock wirtschaftlich auf die DDR angewiesen sei. Aber könnte ein wiedervereinigtes Deutschland dem Osten nicht noch mehr bieten, als die DDR für sich allein? Man wird sagen, daß im Falle der Wiedervereinigung der Warschauer Pakt in Unruhe versetzt würde. Andere Ostblockstaaten, so mag man mir entgegenhalten, könnten ebenfalls die Entlassung auf dem Warschauer Pakt verlangen. Aber ist deren Situation wirklich mit der DDR vergleichbar? Deutsche wollen wieder zusammenfinden!

Kein anderes Ostblockland ist wie Deutschland gespalten. Diese Spaltung kann den anderen verdeutlicht und ihnen durch Sondervereinbarungen akzeptabel gemacht werden. Da ist das Argument, daß der Osten noch nie ein Land aus seinem Besitz freigeben hätte. Stimmt das? Österreich ist ein Gegenbeispiel. Und im übrigen: Auch in der UdSSR gibt es Überlegungen, wie man von der Überstimmung herunterkommen kann. Die Bevölkerung des Ostens verlangt immer nachdrücklicher einen höheren Lebensstandard.

Wesentlich ist, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Sicherheitsinteressen aller, also seiner eigenen wie die des Westens und des Ostens, berücksichtigt. Dem kommt entgegen, daß in den neuerlichen Abrüstungsgesprächen erstmals die Atomwaffen Frankreichs und Englands nicht in der Diskussion sind. Für mich heißt dies, daß parallel zur Wiedervereinigung der Gedanken der europäischen Verteidigungsgemeinschaft an Bedeutung gewinnt. Und nicht zu vergessen: Bei einem wiedervereinigten Deutschland, das ja nur im alleinstufigen Einvernehmen zustande kommen kann, wären auch die Grenzen zum Osten durchlässiger.

Bernhard Friedmann ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, und er betreut schwerpunktmäßig den Verteidigungshaushalt. In dieser Eigenschaft ist er auch Vorsitzender des sogenannten Bewilligungsausschusses für Verteidigungsausgaben.

„Staaten isolieren, die den Terroristen helfen“

Israelisch-Deutsche Gesellschaft: Auch Beziehungen abbrechen

BERTHOLD CONRAD, Bonn

Politiker aus Israel und der Bundesrepublik Deutschland haben dazu aufgerufen, arabische Staaten und andere Länder zu isolieren, die Terroristen aktive Hilfeleistungen und Unterschlupf gewähren. Jede Desinformationspolitik arabischer und anderer Regierungen, sowie die Bagatelisierung des Terrorismus muß entschieden zurückgewiesen werden. heißt es in einer Resolution, die gestern zum Abschluß der X. Deutsch-Israelischen Konferenz auf der Margaretenhöhe bei Bonn beschlossen wurde.

Der frühere israelische Botschafter in Bonn und jetzige Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Asher Ben-Nathan, erläuterte: „Unter Isolierung verstehen wir Abbruch der Beziehungen, wirtschaftliche Maßnahmen, Beschränkung des Verkehrs, Kontrolle des Luftverkehrs - alles, was dem Terrorismus Einhalt gebieten kann.“

Die Konferenzteilnehmer begrüßten die jüngsten, gegen Syrien gerichteten Beschlüsse der EG-Außenminister als einen „ersten Schritt der gemeinsamen Solidarität betroffener Länder im Kampf gegen den Terror“. Ben-Nathan ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß es den Israelis lieber gewesen wäre, wenn sich die EG-Partner der britischen Regierung angeschlossen und die diplomatischen Beziehungen mit Syrien abgebrochen hätten. Schließlich gebe es klare Beweise, daß Syrien an dem Athenais-Versuch auf eine israelische Verkehrsmaschine in London beteiligt gewesen sei.

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Erik Blumenfeld, wies darauf hin, daß auch andere Länder, wie Libyen und Iran, die Ter-

roristen unterstützen. Es gebe ferner ein großes Land, das mit Desinformation zu tun habe und eine Rolle im Nahen Osten spiele, nämlich die Sowjetunion.

Die Deutsch-Israelische Konferenz begrüßte die Bemühungen Israels um direkte Verhandlungen, da nur auf diesem Wege der israelisch-arabische Konflikt gelöst werden könne. Die EG-Mitgliedsstaaten würden gebeten, eine solche Politik nachdrücklich zu unterstützen. „Arabischer Terrorismus, der mit dem internationalen Terrorismus eng verbunden ist, versuche mit seinen Anschlägen jedoch immer wieder, jeden Ansatz von Friedensverhandlungen zu verhindern.“

Der Deutsche Bundestag wurde von den Konferenzteilnehmern aufgefordert, „eine gesetzgeberische Initiative einzuleiten, wie schon in anderen europäischen Ländern und den USA seit Jahren geschehen, damit deutschen Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, arabische Boykottforderungen als gesetzeswidrig zurückweisen zu können“. Nach Angaben Blumenfelds wird das Fehlen eines solchen Gesetzes seit Jahren von israelischer Seite kritisiert. Der neue Anlauf werde von allen Fraktionen unterstützt werden.

Die Konferenz verlangte ferner einen entschiedenen Kampf gegen jeden Antisemitismus, auch unter dem Deckmantel des Antizionismus. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft und die Israelisch-Deutsche Gesellschaft wollen ein gemeinsames Komitee gründen, „das antisemitische Äußerungen festhält, um gezielt und in geeigneter Weise die Öffentlichkeit darüber zu informieren“. In der Abschlusresolution wurde der Vorschlag unterstützt, arabischen Studenten aus Israel Stipendien zu gewähren.

Scheitert CSU-Initiative an Niedersachsens FDP?

Hannover gegen Gesetzesvorstoß zur inneren Sicherheit

MICHAEL JACH, Hannover

Die im Bundesrat eingebrachten Anträge Bayerns auf Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts durch Wiedereinführung eines Landfriedensbruch-Paragrafen, Neueinführung des Haftgrundes „Wiederholungsgefahr“ sowie Erhebung der sogenannten passiven Bewaffnung von Demonstranten zum Straftatbestand (bisher Ordnungswidrigkeit) haben kaum noch eine Chance auf Durchsetzung. Dies ist die Konsequenz aus dem jetzt nach längerem Tauziehen gefaßten Beschluß der niedersächsischen CDU/FDP-Koalition, den Gesetzesforderungen der Münchner CSU-Regierung in der Länderkammer nicht zuzustimmen.

Von vornherein nötig waren die niedersächsischen Koalitionspartner in der Ablehnung eines neuen Landfriedensbruch-Paragrafen sowie des von der CSU gewünschten zusätzlichen Haftgrundes. Landesjustizminister Walter Remmers (CDU) würde es dagegen begrüßen, wenn das Tragen etwa von Sturzhelmen oder Schutzschilden bei Demonstrationen - „passive Bewaffnung“ - unter Strafe gestellt würde. Indessen mußte die Union sich nach wochenlangen Bemühungen im hannoverschen Koalitionsausschuß dem Willen der FDP beugen: „Unnötige Kriminalisierung“, erklärt der freidemokratische Landtags-Fraktionschef Martin Hildebrandt, sei abzulehnen.

Vor drei Wochen noch hatte Innenminister Wilfried Hasselmann (CDU) sich zuversichtlich gezeigt, daß es gelingen werde, insbesondere den rechtspolitischen FDP-Fraktionssprecher Rudolf Fischer umzustimmen. Vor dem Koalitionsausschuß wurden eigens leitende Polizeibeam-

te aufgeboten, um die gewaltbegünstigende Funktion der passiven Bewaffnung durch Erfahrungsberichte eindringlich darzulegen. Fischer indes, der in Hannover als landespolitischer Exponent der „Baum-Hirsch-Linie“ der parteiliberalen Innen- und Justizpolitik gilt, setzte seinen Standpunkt auch fraktionsintern durch.

Die hannoversche Koalition gibt es nun als „Kompromißlösung“ aus, daß passive Bewaffnung weiterhin lediglich als Ordnungswidrigkeit zu ahnden ist. Innerhalb, so heißt es, sei damit doch der Polizei die Möglichkeit gegeben, zu Demonstrationen auftretende Personen bereits auf den Armanschwergen zu kontrollieren und zu entwarnen.

Während des Ringens hinter verschlossenen Türen waren die niedersächsischen Regierungspartner auf fallend um Unzufriedenheit bemüht. Gilt es doch in der Landeshauptstadt seit der Koalitionsbildung, vom Sommer dieses Jahres als ausgemacht, daß alljährliche Konflikte im CDU/FDP-Bündnis, das nur einer Landtagsstimmme Mehrheit regiert, sich vorzugsweise an innen- und rechtspolitischen Differenzen entzünden müßten. Die FDP hütet sich freilich, auch nur den Anschein, von Pressionen auf den Partner CDU zu erweichen - und umgekehrt.

In einem derartigen Bündnis Klima findet sich folgerichtig kein CDU-Fraktions- oder gar Regierungsmitglied, das nicht „Verständnis“ für den kleineren Partner herauskehrt. Der nämlich, so heißt es aus Hasselmann-inspirierter Quelle, fühle sich durch die von der Bundes-FDP Innerhalb behäufte Kronzeugen-Regelung in seinem überalen Selbstgefühl „hinreichend belastet“.

„Hängepartien der SPD werden wir nicht dulden“

Perschau sucht weiter das Gespräch mit dem Wähler „vor Ort“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg - diese Lebenserfahrung wird Hartmut Perschau, dem Gewinner der Bürgerschaftswahl vom 9. November, in diesen Tagen in einem Ausmaß zuteil, das er selbst nicht für möglich gehalten hätte. Wo er sich zeigt, ob beim Mittagessen im Ratsweinkeller des Rathauses oder in den Straßen der Hansestadt, gratulieren ihm Wähler, die ihm persönlich unbekannt sind, und sein „Kurswert“ als Gesprächs- und Interviewpartner für Manager und Medienvertreter ist seit dem letzten Sonntagabend, punkt 19 Uhr, mit Rasant gestiegen.

Wie hat der CDU-Spitzenmann diesen Erfolg verarbeitet? Wer ihn gut kennt und seit dem Sonntag erlebt hat, dem fällt die Antwort leicht: Der große Vertrauensbeweis der Wähler hat ihn nicht aus der Fassung gebracht - weder innerlich noch äußerlich. Perschau ist ein politischer Profi mit eiserner Selbstdisziplin, und der ist er geblieben. Das hohe Maß an Mitverantwortung für den künftigen Weg der Hansestadt empfindet er jetzt besonders klar, und dieser Gesichtspunkt bestimmt sein Handeln und Auftreten. Eine frühere Neigung zu monologischer Langamtiert ist ihm weggeblasen; seine Antworten sind präzise und eher knapp. „Unser Angebot für eine konstruktive Zusammenarbeit steht. Die Sozialdemokraten müssen sich entscheiden.“

In diesen beiden Sätzen liegt das Fazit der Lage nach der Wahl: Die CDU hat der SPD eine große Koalition vorgeschlagen und wartet nun auf die Antwort der derzeitigen Regierungspartei, die nach Perschaus Eindruck als Folge des Desasters vom Sonntag „durch den Wind ist“. Dieser Befund trifft zu: Der SPD-Landesvorstand, die neue Bürgerschaftsfraktion, die Kreisverbände - in allen Gliederungen und Gremien der Hamburger Sozialdemokratie wird derzeit um Wege aus der tiefen Krise gerungen, deren Ausmaß am 9. November für die Genossen so schmerzhaft deutlich geworden ist. Eine große Koalition mit der CDU, das kristallisiert sich immer mehr heraus, wäre angesichts der empörten Ablehnung einer solchen Lösung durch den linken

Fügel eine lebensgefährliche Zerreißprobe für die Partei. Umgekehrt gilt das auch für eine Zusammenarbeit mit der GAL, der Bürgermeister Klaus von Dohnanyi schon vor der Wahl für seine Person eine beinahe Absage erteilt hatte. Aber auch die Linken haben sehr wohl begriffen, was ein Rot-Grünes-Bündnis für den Wirtschaftsstandort Hamburg bedeuten würde. Selbst im SPD-Kreis Nord, der fest in der Hand der Linken ist, deutet derzeit nichts darauf hin, daß es in der Bezirksversammlung zu einer engen Zusammenarbeit zwischen SPD und GAL kommt. Beide Parteien zusammen haben 23 Mandate erreicht, die CDU 17. Auch die Linken wissen, daß jedes Bündnis mit einer der beiden bisherigen Oppositionsparteien politisches Dynamismus enthält, und demzufolge zeichnet sich ein pragmatischer Kurs ab: Zeit für intensive politische Sacharbeit gewinnen, verloren gegangenes Vertrauen in der Wählerschaft wieder herstellen, dann Neuwahlen.

Perschau sieht diese Strategie der Spitzenossen um Klaus von Dohnanyi. Er wird ihnen dabei nicht behilflich sein. Der 28. November ist insoweit ein wichtiges Datum. An diesem Tag wollen die Sozialdemokraten auf einem Landesparteitag darüber beraten und beschließen, was geschehen soll. Dann wird Klarheit darüber herrschen, was die SPD selbst will - und kann. Perschau läßt keinen Zweifel daran, daß die CDU für eines nicht zur Verfügung steht: „Wir werden keine politischen Hängepartien der SPD zu Lasten unserer Stadt akzeptieren.“ Dementsprechend hält er sein Pulver trocken. Der erfolgreiche Wahlkampfapparat der Union bleibt, und der Spitzenkandidat wird sich nicht mit politischen Spielereien verzetteln, wie die CDU sie nach ihrem Wahlerfolg vom Juni 1982 in der Form von parlamentarischen Rücktrittsforderungen an die Adresse des Senats und dem Vorschlag eines „Bürgersenats“ veranstaltete. Stattdessen wird Perschau mit derselben Intensität wie vor dem 9. November das Gespräch mit dem Wähler „vor Ort“ suchen. Seine Devise heißt, so am kommenden Wochenende: „Rauf auf die Wochenmärkte.“

Neigung bei SPD zu Neuwahlen in Hamburg steigt

Hamburg

Die Schockwirkung der Wahlkatastrophe ist bei der Hamburger SPD noch nicht gewichen, doch Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat vorläufig innerparteilich wieder festen Boden unter den Füßen. „Wir gehen davon aus, daß unser Ergebnis ohne Klaus von Dohnanyi noch schlimmer hätte ausfallen können“, sagte SPD-Landesgeschäftsführer Peter Walter der WELT. Die Senatsmitglieder stellten sich einmütig hinter den Ersten Bürgermeister. In der Hamburger Parteiführung wird jetzt die Lösung ausgegeben: „Wir brauchen Distanz“. Bausenator Eugen Wagner betonte: „Wir brauchen Zeit, Zeit, Zeit. Desto klarer werden nachher unsere Beschlüsse.“

Auf den unteren Ebenen wurden Beschlüsse allerdings schon gefaßt: Sie spiegeln - wie etwa bei der Delegiertenversammlung des linken Kreisverbandes Altona - Ratlosigkeit wider. Eine Koalition mit der CDU - so heißt es darin - komme „aus inhaltlichen Gründen“ nicht in Betracht, das Tolerierungspapier der GAL biete keine Grundlage, „auch wegen der fehlenden Klärung des Verhältnisses der GAL zur Gewalt“.

In der Tat ist die Variante 2 (Vereinbarung mit den Grün-Alternativen), bis in den linken Parteifüßeln kein Thema in der SPD. Zulauf erhält die dritte Variante - Neuwahlen in der zweiten Jahreshälfte 1987. „Irgendwann muß die Partei klare Verhältnisse schaffen“, sagte Hamburgs ehemaliger Bürgermeister, Hans-Ulrich Klose, der WELT, nach dessen Meinung ein Minderheits-Senat „nur so lange gut geht, bis über den neuen Haushalt entschieden wird.“

Eine vierte denkbare Möglichkeit über die Spitzenossen nachdenken, lautet: Verwaltungsentcheidungen treffen, die sachlich geboten sind - so wie es in Metropolen in Süddeutschland möglich ist. Dabei könne sich allerdings der Senat „keine sozialdemokratischen Extravaganzen“ erlauben. Auf diese Weise könne auch ein Haushalt durchgebracht werden, „gegen den die CDU nicht stimmen müßte“.

Perschau und Dohnanyi wollen sich Anfang kommender Woche zu einer „lockeren Verabredung“ treffen.



Gewinnen Sie 10 Unzen reines Gold mit dem Gold Maple Leaf.

Kanadas Gold Maple Leaf ist als Barrengold-Anlage führend in der Welt: Mit einem Feingoldgehalt von 999,99 ist es Gold in seiner reinsten Form. Und zwar ausschließlich Gold, das in Kanada gefördert, verarbeitet und geprägt wurde. Die kanadische Regierung, die für Goldgehalt und Reinheit garantiert, hat den Gold Maple Leaf als gesetzliches Zahlungsmittel herausgegeben. Wenn Sie Gold kaufen, sollten Sie sicher sein, daß Sie es auch jederzeit und überall wieder veräußern können - ohne teure Reinheitsanalysen oder Wertverlust. Diese Sicherheit bietet Kanadas Gold Maple Leaf: Er wird in der ganzen Welt anerkannt und gehandelt.

Der Preis des Gold Maple Leafs entspricht genau dem Tagespreis für eine Unze Gold. Sie können also täglich im Wirtschaftsteil der Presse nachlesen, was Ihr Gold Maple Leaf gerade wert ist. Alle diese Vorteile sprechen beim Goldinvestment für Kanadas Gold Maple Leaf.

Fragen Sie bei Ihrer Bank, Sparkasse oder beim Münzhandel nach dem Gold Maple Leaf. Dort können Sie ihn kaufen oder weitere Informationen bekommen.

Wenn Sie die Fragen beantwortet haben, schicken Sie den ausgefüllten Coupon an Gold-Maple-Leaf-Gewinnspiel - A. Nickel, Werbemittel-Service, WEL-Postf. 62-6344 Diezhöfzül-Ewersbach. Unter allen richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Die Verlosung erfolgt unter juristischer Aufsicht. Der Rechtsweg und die Barauszahlung der Gewinne sind ausgeschlossen. Es werden nur zu reichend frankierte Einsendungen berücksichtigt. Einsendeschluß ist der 15. 12. 1986 (Datum des Poststempels).

Frage 1: Wie hoch ist der Feingoldgehalt des Gold Maple Leafs?

Frage 2: Welches sind die vier Größen des Gold Maple Leafs?

Frage 3: Welche Größe ist neu beim Gold Maple Leaf? Unze

Zusatzfrage (hat keinen Einfluß auf Ihre Gewinnchance): Aus welchem Grund würden Sie Gold-Maple-Leaf-Münzen kaufen? Sagen Sie es mit wenigen Worten:

Name: Adress: Wohnort: Straße:

Kanadas Gold Maple Leaf. Die glänzende Geldanlage.

Das Aktuelle Fachbuch Moderne Trends mit kleinen Fehlern

In einem Fach, in dem sich das Wissen alle zehn Jahre verdoppelt, sind Erkenntnisse oft schon überholt, bevor sie Eingang in die Lehrbücher finden. Dies ist nur eine der Schwierigkeiten, mit denen die Autoren des Übersichtsbandes „Trends der modernen Biologie“ es zu tun hatten.

Das Buch bietet Kurzübersichten aus 30 Teildisziplinen (unterteilt in allgemeine und angewandte Biologie, Biologie und Medizin sowie Didaktik). Leider wird das Buch in vielen Kapiteln seinem Anspruch nicht gerecht. Weder gelingt es, die Trends - das heißt die entscheidenden Fragen, die sich heute stellen und auf Beantwortung warten - vorzustellen, noch sind die Texte so allgemein verständlich, daß sie auch für Laien nützlich sind. Zu loben sind jedoch die ausführlichen Hinweise auf Literatur, Institute, Forschungsorganisationen und Fachgesellschaften.

Trends der modernen Biologie in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. von Ulrich Winkler, Wiss. Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1988, 200 S., 19,80 DM.

Von Heilpflanzen und Meditation

Seit Jahrhunderten gilt Tibet als herausragendes Land auf dem Gebiet der Medizin und der Arzneipflanzen. Es ist eines der ältesten naturheilkundlichen Systeme der Welt und wellenlos die älteste ganzheitliche, das heißt Körper, Seele und Geist umfassende Medizin. Diese „psychosomatische“ Theorie der Gesundheit stellt eine einzigartige Kombination von naturheilkundlichen Heilmitteln mit psychotherapeutischen Methoden sowie Praktiken der Geisteshaltung und Meditation dar.

Die Autorin, die mit Unterstützung des Dalai Lama viele Jahre lang die tibetische Kunst der Tibetener studierte, verschafft mit diesem Buch Zugang zu einem durch die lange Isolation des Landes und die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Westen bisher kaum bekannten Wissen.

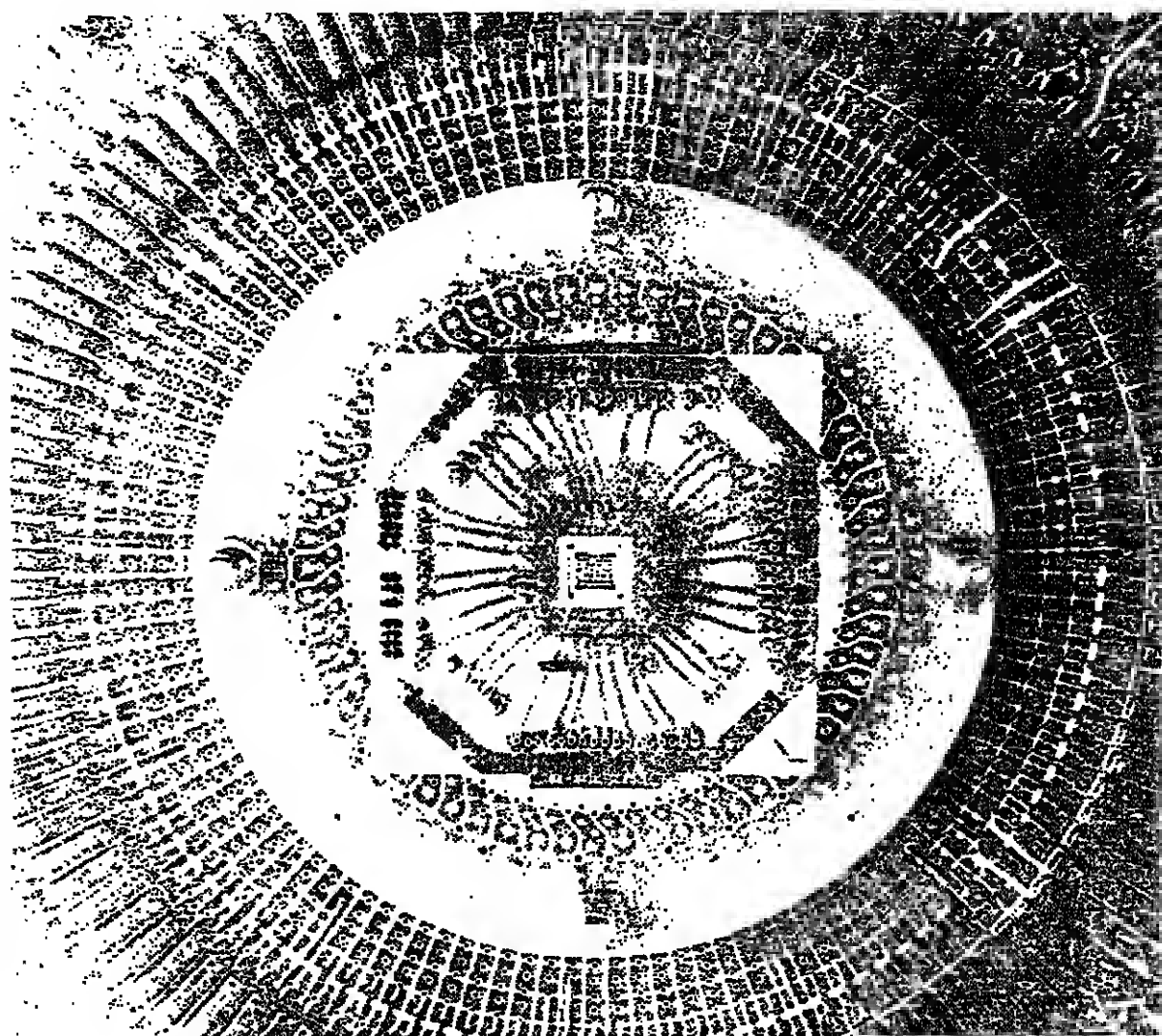
„Tibetische Heilkunst“, von Terry Clifford, Otfried Wilhelm Barth Verlag, München 1989, 320 Seiten, 35 DM.

Giftdapot im Wintergarten

Von der Hochgebirgswiese bis hinein in die gute Stube sind wir von Pflanzen umgeben, von denen zahlreiche Vertreter giftig sind. Diejenigen, die täglich mit ihnen umgehen, sind sich dieser Gefährdung oftmals gar nicht bewußt. Dabei ist so mancher Hautausschlag, der im Büro bei der Blumenpflege oder beim Hecken schneiden im Garten erworben wurde, nicht auf den Einfluß von Chemikalien, sondern auf pflanzliche Giftstoffe zurückzuführen.

Die Autoren haben Wirkstoffe, Vergiftungssymptomatik und Therapie zu über 700 Giften, Giftpflanzen und Giftpilzen mit ihren neuesten Daten zusammengestellt. Wenn als Zielgruppen auch primär Ärzte, Apotheker und Pharmakologen angesprochen sind, ist das Werk auch für toxikologische Laien ein nachschlagbares und freundliches Kompendium. D. T.

„Giftpflanzen - Pflanzengifte: Vorkommen - Wirkung - Therapie“, von Lutz Roth, Max Daubenerer und Kurt Kornmann, 3. erweiterte Auflage, ecomed Verlag, Landsberg 1988, 1034 Seiten, 125 DM.



Wie eine Spinne im Netz

Logikbausteine, sprich hochintegrierte Schaltungen, können mit diesem jetzt vorgestellten Prüfboard bereits von Studenten der Elektronik auf Herz und Nieren gecheckt werden. Neben Fertigungsfehlern wird mit Hilfe der Ap-

paratur auch die Zeit registriert, welche die Signale benötigen, um die Schaltung zu durchlaufen. Aus diesem Grund weist das Board eine kreisrunde Form auf, die gleiche Kabellängen und Verbindungen garantiert.

WERKSTUTZ

Licht-Skalpell mit Feingefühl

Von deutschen Ingenieuren entwickeltes Lasersystem hält Einzug in die Mikrochirurgie

Von ARNO NÖLDECHEN

Obwohl der Kohlendioxid-Laser als chirurgisches Instrument seit den frühen sechziger Jahren bekannt ist, hielt er nur zögernd Einzug in die europäischen Kliniken. Einer der Gründe dafür ist, daß sich die ersten Geräte, die auf dem Markt kamen, für die Anwender nicht als ausreichend zuverlässig und bedienungsfreundlich erwiesen.

In einer Reihe experimenteller und klinischer Studien ist mittlerweile der Wert des Lasers für die Behandlung bestimmter Erkrankungen (z. B. Netzhautablösung, Tumoren im Rachenraum) herausgearbeitet worden. Einer routinemäßigen Anwendung im klinischen Alltag dürfte in Zukunft noch weniger im Wege stehen, nachdem es jetzt einer deutschen Firma gelungen ist, die technischen Vorteile des Kohlendioxid-Lasersystems zu verbessern.

Gas moleküle geben ihre Energie als Infrarotlicht ab

Die Kohlendioxid-Laser zählen zu den „molekularen Lasern“. Kohlendioxid-Moleküle werden energetisch so angeregt, daß sie beim Zurückfallen auf ein niedrigeres Energie-Niveau diese als Licht-Quanten wieder abgeben und zwar in einem Bereich von 10,6 Mikrometer (0,000 001 Meter). Dabei handelt es sich um Licht im langwelligeren Infrarot-Bereich; es ist also für das menschliche Auge nicht sichtbar, das gerade noch „Rotlicht“ einer Wellenlänge von etwa 0,7 Mikrometer erfassen kann. Alle anderen Infrarotstrahlen werden von uns als Wärmestrahlung registriert.

Kohlendioxid-Laser hatten bisher jedoch den Nachteil, daß sie im Betrieb laufend mit Kohlendioxid versorgt werden mußten. Im Gegensatz dazu kamen andere Gas-Laser (Helium-Neon-Laser) ohne Gasnachlieferung aus, da sie mit einem völlig gekapselten System arbeiten.

In dem Bereich der Gasversorgung haben deutsche Laser-Ingenieure nun einen entscheidenden Durchbruch erzielt: Ihr neuer Kohlendioxid-Laser kommt über 200 Betriebsstunden mit einer einzigen Gasfüllung aus. Das ist ein großer Fortschritt, der sich in niedrigeren Betriebs- und Wartungskosten niederschlägt.

Aber auch im Operationsaal macht sich dies als Arbeitserleichterung bemerkbar: Eine laufende Überwachung entfällt, so daß der Laser rund um die Uhr für wichtige Operationen zur Verfügung steht.

Die Arbeitsleistung des neuen CO₂-Lasers liegt bei 80 Watt. Zwar führt die erforderliche Kühlung und die Laserstrahl-Lenkung über Spiegelsysteme zu einem Energieverlust, dem Chirurgen stehen aber immerhin am Ausgang des Handstücks noch rund 75 Prozent dieser Leistung zur Verfügung. Das ist ein vergleichsweise hoher Wert, der durch technische Verbesserungen der sogenannten Spiegelarme erreicht wurde. Dieser umständlich erscheinende Übertragungsweg des Infrarot-Lichts ist erforderlich, da Infrarot der Wellenlänge von 10,6 Mikrometer von den einfacher zu handhabenden Glasfasern nahezu völlig absorbiert wird. Man muß deshalb mit speziellen Spiegeln und „geraden“ Übertragungsstrecken arbeiten. Zwar laufen seit gut einem Jahrzehnt Versuche, innenverspiegelte Hohlfasern einzusetzen, aber es gelang weder japanischen noch amerikanischen Glasfaser-Spezialisten, hier praxistaugliche Lösungen zu finden.

Der Gas-Laser gibt Lichtpulse hoher Energie ab. Außerdem besitzt er den Vorzug aller Laser, kontinuierliches Licht zu liefern. Ein Vorteil, der ein gleichmäßiges Arbeiten erlaubt. Beides kommt den Chirurgen zugute: Je nachdem, in welchem Gewebe sie arbeiten müssen, können sie die Leistung äußerst feinfühlig variieren. Das ist gerade bei mikrochirurgi-

schen Operationen in schwer zugänglichen Körperhöhlen von Vorteil.

Die Eigenheit des Laserlichts von 10,6 Mikrometer liegt in der sehr großen Absorptionfähigkeit von Wasser. Da alle Gewebe einen sehr hohen Wassergehalt besitzen, sind je nach Wassergehalt genügt, um die „Nase“ des Flugzeugrumpfes vorzuschieben und den zusammengeklappten Propeller auszufahren. Er wird, und das ist die patentierte Neuerung, von einer Fernwelle angetrieben, die zu einem hinter der Kanzel aufgehängten Zweifler-Limbach-Motor führt. Die Tanks in den Flügeln fassen 120 Liter Treibstoff. Die Reisegeschwindigkeit mit Motor beträgt 200 km/h, die Reichweite bis zu 2000 Kilometer. Das ist beispielsweise die Strecke von Hamburg bis Korsika.

Präzises Operieren bei geringem Energiebedarf

Eine empfindliche Leistungsregulierung steuert die Energie, die in der jeweiligen Situation erforderlich ist. Daher sind selbst Schneidtiefen von einigen Millimetern heute auch bei relativ geringen Energieleistungen zu erreichen.

Die Entwicklung des geschlossenen Kohlendioxid-Lasersystems war nur möglich, weil die beständigen Verspiegelungen mit neuartigen Werkstoffen und Techniken hergestellt werden konnten. So arbeitet das System mit einer neu entwickelten hochfrequenten Anregung, speziellen Elektroden und besonders geformten Resonatoren.

Der Absatz von Kohlendioxid-Lasern entwickelt sich auf dem internationalen Gerätemarkt fast explosionsartig. Ihr weltweiter Verkauf wird in diesem Jahr 350 Millionen Mark übersteigen. Neben der Fertigungstechnik und dem Lasereinsatz in der Nachrichten- und Konsum-Elektronik ist der Medizin-Laser ein schnell wachsendes Absatzsegment. Mit zahlreichen Neuentwicklungen haben bundesdeutsche Firmen gute Aussichten, sich im scharfen internationalen Wettbewerb durchzusetzen.

Propeller in der Nase, Wind unter den Flügeln

Ein Berliner Ingenieur baut einen neuartigen Motorsegler

Von ANGELA GRÜTZMANN

Die Berliner bauen wieder Flugzeuge. Für diese die Fachwelt überraschende Nachricht sorgt der 47-jährige Dr. Reiner Stemme. Der Physiker und leidenschaftliche Hobbyflieger entwickelte ein Hochleistungs-Motorsegelflugzeug mit einem neuartigen Antriebssystem. „Wir haben die positiven Komponenten des antriebslosen Segelflugzeugs kompromislos mit den Vorteilen des Motorflugs verbunden“, berichtet der Luftfahrt-Tüftler. Er erhielt inzwischen von den Alliierten die Genehmigung zur Serienfertigung.

Die Produktion soll noch in diesem Jahr beginnen. Schon jetzt haben 36 potentielle Kunden eine Option auf das rund 165 000 Mark teure Fluggerät erworben, dessen Prototyp am 6. Juli 1988 in Braunschweig erstmals in die Luft ging. Für den Flugzeugbau in Berlin wurden damit neue Horizonte eröffnet.

Optimale Verbindung von Segel- und Motorflugzeug

Auf dem ehemaligen AEG-Gelände im Berliner Bezirk Wedding, dem Technologie- und Innovations-Park (TIP), sind Reiner Stemme und seine derzeit acht Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen zu Hause. Unübersehbarer Mittelpunkt, um den sich alles dreht, ist die „S 10“. Ein elegantes, computerentwickeltes Fluggerät, das gleichermaßen ein vollwertiges Segel- als auch Motorflugzeug ist und beide Vorteile optimal miteinander verbindet. Der Wechsel vom Segel zum Motorflugzeug ist jederzeit innerhalb von sechs Sekunden möglich.

Die beiden Sitze im Cockpit sind nebeneinander angeordnet, ohne daß dadurch große Einbußen bei der Aerodynamik in Kauf genommen werden müßten. Die Bewegungsfreiheit und die Kommunikation zwischen den Piloten wird dadurch ebenfalls erheblich verbessert. Ein Handgriff genügt, um die „Nase“ des Flugzeugrumpfes vorzuschieben und den zusammengeklappten Propeller auszufahren. Er wird, und das ist die patentierte Neuerung, von einer Fernwelle angetrieben, die zu einem hinter der Kanzel aufgehängten Zweifler-Limbach-Motor führt. Die Tanks in den Flügeln fassen 120 Liter Treibstoff. Die Reisegeschwindigkeit mit Motor beträgt 200 km/h, die Reichweite bis zu 2000 Kilometer. Das ist beispielsweise die Strecke von Hamburg bis Korsika.

Das Antriebssystem besteht aus dem Motor im Mittelteil des Rumpfes, einer Antriebswelle, einem Keilriemenantrieb und dem Propeller im Bug. Die Verwendung einer langen Welle und einer Übersetzung bringt zwar ein etwas erhöhtes Gewicht mit sich. Dieser Nachteil wird aber dadurch wettgemacht, daß man verbrauch- und gewichtsoptimierte Motoren einbauen kann. Deren eigentlich zu hohe Drehzahl wird durch das Getriebe vermindert. Dadurch wird

der Wirkungsgrad der Schraube gesteigert und das Geräusch vermindert.

Begonnen hat alles 1978. Damals erbat sich der gelernte Physiker bei der Aufsicht über die Schularbeiten seiner Kinder beim Flugzeugbau. Den Segelflieger ärgerte all das, was diesen Sport immer wieder unberechenbar macht: die Abhängigkeit vom Wetter und von Schleppfahrzeugen, die langen Warteschlangen und die unerlässliche Hilfe von Familienangehörigen oder Freunden.

So nahm die „S 10“ erste Formen an, wuchs von der Idee zum Projekt. „Verschiedene Erfordernisse, beispielsweise in der Getriebetechnologie, waren damals noch nicht soweit, um das Konzept zu realisieren“, erinnert sich der Firmenchef. Ende 1984 warf dann der damalige Geschäftsführer des VDI Düsseldorf seine Bedenken endgültig über Bord, stellte die Sicherheit des bisherigen Berufes mutig beiseite und wagte mit der Gründung der Stemme GmbH & Co. KG in Berlin den Sprung in die Selbständigkeit.

Die beiden Berliner Universitäten standen dem Projekt hilfreich zur Seite. Sie sicherten die technische Beratung bei Spezialproblemen, halfen unkonventionell bei kleineren Forschungsaufgaben, gestatteten die Benutzung der technischen Anlagen und Computer. Die anfängliche Skepsis in den Amtsstuben ist gewichen, ein langes Prüfungsverfahren bei der Bewilligung von Darlehen erfolgreich zu Ende gegangen.

Der Vorteil gegenüber den im Wettbewerb befindlichen Motorseglern ist eindeutig. Der weiß glänzende, doppeltzählige Segler mit der großen Pleixgaskuppel kann mit seinen groß dimensionierten Flügeln - 18,3 Quadratmeter verteilen sich auf 22 Meter Spannweite - selbst schwache Aufwinde nutzen. Der Gleitwinkel beträgt 1:44. Das bedeutet in einer Höhe von 1000 Metern eine Reichweite von 44 Kilometern.

Die Neuentwicklung trifft auf einen breiten Markt

Ein großes Seitenruder und ein langer Leitwerksträger sorgen ebenso wie das gefederte Doppelfahrwerk und eine Bodenfreiheit von 1,70 Meter für ein „gutes Handling“. Die „S 10“, die in einer Rekordzeit von vierzehn Monaten entwickelt, gebaut und getestet wurde, erfüllt alle an sie gestellten Erwartungen.

Ein solches Hochleistungs-Motorsegelflugzeug stößt auf einen großen Markt. Ihn teilen sich bisher international mit etwa 90 Prozent drei deutsche und ein österreichischer Hersteller. Weltweit werden jährlich mit steigender Tendenz rund 200 Motorsegelflugzeuge neu zugelassen, davon allein die Hälfte in der Bundesrepublik. Jeder zweite Käufer ist Privatmann. Ein vergleichbares Flugzeug zur „S 10“ existiert zur Zeit nicht. Schon ab Mitte nächsten Jahres sollen zwei Flugzeuge pro Monat die Berliner Werkshallen verlassen.

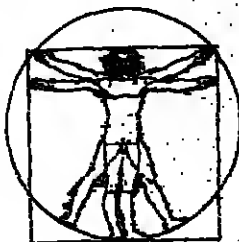


Reiner Stemme im Cockpit seiner Erfindung: An der Nase der S 10 ist die aufklappbare Propelleröffnung zu erkennen. FOTO: CHRISTIAN IRRGANG

NOTIZEN

Illegale Funkanlagen

Düsseldorf (dpa) - CB-Funkanlagen und schnurlose Telefone, die nicht den offiziellen „Segen“ der Bundespost haben, sind generell verboten. Darauf hat gestern die Oberpostdirektion Düsseldorf hingewiesen. Im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsfest erinnerte die Post daran, daß auf dem Gabelteller CB-Funkanlagen und schnurlose Telefongeräte ohne amtliches Prüfzeichen nichts zu suchen haben. Der Besitz derartiger, meist aus Fernost



stammender Anlagen ist - im Gegensatz zu amerikanischen Gepflogenheiten - seit Juli dieses Jahres gesetzlich strikt verboten, weil, so die Post, damit in der Nachbarschaft der Fernsehempfang gestört werden könne.

Unterschrift der Zukunft

St. Augustin (dpa) - Eine digitale „elektronische Unterschrift“ hat jetzt das Institut für Systemtechnik der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) in St. Augustin bei Bonn

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Das Ende einer Millionen-Erbischaft“ - Matthias Gloubrecht beschreibt die Zerstörung der tropischen Wälder.

Neuentdeckte Ähnlichkeiten bei Mensch und Pflanzen schildert Rolf H. Latussek.

„Privatdetektiv in der Kopfschmerztablette“. Wie Giftbeimischungen sichtbar werden - Von Arno Nöldechen.

vorgeschlagen. Eine Folge von Nullen und Einsen, so die Wissenschaftler, könnte die fälschungssichere Unterschrift der Zukunft darstellen. Zur Verwirklichung gehören eine Identifikationsnummer und eine „intelligente“ Chipkarte, die zur Unterschrift „aktiviert“ werden muß. Im Zeitalter der Bildschirmtextkommunikation sei eine neue Unterschriftenform notwendig, weil so die Echtheit elektronischer Texte, wie Verträge und Bestellungen, garantiert werden könnte. Damit könnte auch die unberechtigte Systemnutzung verhindert werden.

Fund im Treibeis

Bonn/Bremen (dpa) - Ein Hubschrauber des deutschen Forschungsschiffs „Polarstern“ hat die seit Monaten verschollene sowjetische Forschungsstation Drushnaya auf einer treibenden Eissinsel in der Antarktis ausgemacht. Die Station, in der bislang in jedem Südsommer bis zu 100 sowjetische Wissenschaftler und Techniker arbeiteten, befindet sich auf der mittleren von drei riesigen Eisseln, die sich Mitte dieses Jahres vom Filchner-Schelfeis gelöst hatten und langsam in die Weddell-See driften. Die mit teuren technischen Geräten ausgerüstete Polarstation war zur Zeit des Unglücks unbesetzt.

Geld muß arbeiten - für gute Erträge: Mit Bundesobligationen.

Nominalzins 5,75 %
Ausgabekurs 100,00 %
Rendite 5,75 %
Laufzeit 5 Jahre

Stand: 12. 11. 1988



Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landes-

zentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Tel. (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Ausführliche Informationen über Bundesobligationen erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 10 04 61, 6000 Frankfurt 1.

Name
Straße
PLZ/Ort

Bundesobligationen

DEUTSCHER WEIN VERDIENT VERTRAUEN. UNSER DEUTSCHER WEIN.



„Deutscher Wein – das heißt: Reinheit, Geschmack und Qualität. Dafür bürgen unsere Winzer.

Ich vertraue unseren Winzern, in Rheinland-Pfalz und den anderen Anbaugebieten, und wünsche mir, daß unser Deutscher Wein auch Ihr Vertrauen hat.“

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel



Die Landesregierung
Rheinland-Pfalz.

Mehr Informationen über den Deutschen Wein erhalten Sie vom:
Deutschen Weininstitut, Gutenbergplatz 3-5, 6500 Mainz 1

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

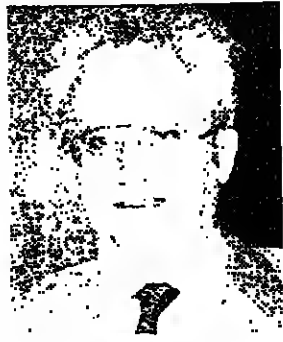
Vorwand für Politiker

„Ein Bruch mit Damaskus kommt für London Paris nicht in Frage“, WELT vom 16. November

Die Phantasie der Menschen versucht oft einfache Dinge zu komplizieren. Wenn etwas wie das syrische Attentat auf die El-Al-Maschine in London, was nicht der erste Versuch war, scheitert, zündet dies sofort die Vorstellungen einiger Menschen an, die glauben, daß die Dinge nicht so einfach liegen können, und daß die Leute vom israelischen Geheimdienst Mossad einen teuflischen Plan entwickelt haben könnten, wie aus dem Film „Der Spion, der aus der Kälte kam“.

Dies kann bei schlichten Geistern verständlich und sogar annehmbar sein. Aber wenn sich Politiker hinter den mysteriösen Vorstellungen schlichter Geister verstecken wollen, um politische Ziele, wie die Rechtfertigung des Verkaufs französischer Waffen an Syrien im Werte von 500 Millionen Dollar, dann ist das unent-

schuldbar. Es erinnert uns an die dunklen Tage der Propaganda, die



Dov Ben-Meir

diese Taktik zynisch für andere politische Ziele verwendete.

Dov Ben-Meir, Arbeiterpartei, Vizepräsident der Knesset und Bürgermeister von Tel Aviv/Israel

Fortbildung im Betrieb

„Lebenslanges Lernen im Betrieb“, WELT vom 6. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Lebenslanges Lernen im Betrieb“ ist keine neue Forderung, sondern gerade in der mittelständischen Wirtschaft eine allen Arbeitnehmern geläufige Lebensnotwendigkeit.

Daß hier die Großunternehmen mit ihren Möglichkeiten an großzügiger Personalvorspannung und Kapitaleinsatz für Fortbildung der mittelständischen Betrieben überlegen sind, ist eine in Ihrem Bericht bestätigte Tatsache.

Um die Chancen der Beschäftigten in der mittelständischen Wirtschaft zu verbessern, müssen Gesetzgeber und Bundesanstalt für Arbeit in Verbindung mit den Tarifvertragsparteien Finanzierungsmöglichkeiten schaffen, die zugleich Anreiz und Verpflichtung für Betrieb und Arbeitnehmer sind. Mit ständig neuen außer- und überbetrieblichen Fortbildungstätigkeiten, die ohnehin keinen Bezug zur realen Arbeitswelt haben, sind in den Betrieben keine neuen Arbeitsplätze zu schaffen und auch keine bestehenden zu sichern.

die Mehrzahl der Arbeitsplätze in der Wirtschaft stellt, sondern darüber hinaus über leistungsfähige Arbeitskräfte verfügt, sollte in die Lage versetzt werden, der Zukunft zu begegnen.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Strack,
Holtland

Gleiche Sprache

„Frankfurt Juden zeigen ihr neues Selbstbewusstsein“, WELT vom 4. November

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr Artikel war sehr interessant und erfreulich. Ich möchte jedoch auf einen Punkt hinweisen, der mir nicht unwichtig erscheint.

Da so mancher Deutsche heutzutage überhaupt keinen Juden kennt, scheint der Glaube um sich zu greifen, daß die Sprache der Juden schlechthin das Jiddische sei und gewesen wäre. Ihr Artikel leistet diesem Glauben auch Vorschub indem er Herrn Friedmann zitiert: „Hier kannt Du Jude sein, jiddisch reden...“

Die in Deutschland verbliebenen

Juden aber haben das alles nicht mitgemacht. Die deutschen, österreichischen und böhmischen Juden haben niemals eine andere Sprache gesprochen als die der sie umgebenden deutschen Bevölkerung. Jiddisch war ihnen genauso fremd, wie jedem anderen Deutschen, Österreicher oder Böhmen. Ihre Sprache war Bayerisch oder Österreichisch oder Hessisch oder Kölsch oder was immer.

So wie sie sprachen, dachten sie auch. Sie waren Deutsche, Österreicher oder Böhmen, nur waren sie dies bei Beibehaltung ihrer jüdischen Konfession. Sie waren kein fremdes Volk, so wie die Nazis es dargestellt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Leighton,
Bensheim

Moralisten

„Die Verurteilten kommen mit Feuer und Flamme“, WELT vom 16. November

Sehr geehrte Damen und Herren, wie lange noch will unser Staat dem Treiben dieser selbsternannten „Moralisten“ so hilf- und auch teilweise talentlos zusehen? Es ist doch längst keine Frage mehr, wie man selbst zu Atomenergie oder -politik steht, sondern wie man zu unserem demokratischen Gemeinwesen steht.

Angesichts dessen, was sich derzeit Woche für Woche auf unseren Straßen und Plätzen abspielt, ist der warnende Vergleich mit der Zeit der Weimarer Republik alles andere als absurd. Auch wenn einige unserer Politiker diese Form der „Meinungsäußerung“ beschönigen und den Ernst der Lage verkennend mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit für vereinbar halten mögen.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Kremser,
Regensburg

Wort des Tages

„Freiheit bedeutet Verantwortung; das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten.“
George Bernard Shaw, irischer Autor (1856-1950)

Die Schöne?

In der Serie über die Mafia gibt Friedrich Meichner verschiedene Etymologie-Vorschläge zu dem Begriff. Ich vermisste dabei die mir seit Jahrzehnten vertraute Herleitung von „Mafia“ aus einer angeblichen arabischen Wurzel, welche „die Schöne“ bedeuten und mit dem uralten hebräischen Städtenamen „Jaffa“ stammverwandt sein soll, den auch jeder Nichtisraeli zumindest aus der Bezeichnung „Jaffa-Orangen“ kennt. Es soll sich damals um eine in der Tat sehr „schöne“, nämlich kühne und achtbare Geheimgesellschaft gehandelt haben, die während einer sarazenischen Invasion und Besetzung entstand und wirklich ehrbare Ziele anpeilte.

Dr. phil. Salcia Landmann,
St. Gallen/Schweiz

Andere Normen

Die päpstliche Kongregation bedauert in ihrer Erklärung „üble Nachrede und gewalttätige Aktionen“ gegen homosexuell liebende Menschen. Sind die Verfasser sich denn nicht im klaren darüber, daß sie selber in schlimmer Weise diskriminieren und somit genau das fördern, was sie angeblich verurteilen?

Spätestens jetzt müssen die reformwilligen und fortschrittlichen Gläubigen und Kirchenangehörigen erkennen, daß sie bestenfalls liberales Feigenblatt eines starren, konservativen Systems sind. Die Bürger werden zunehmend mündiger und lassen sich längst nicht mehr ihr Privatleben vorschreiben. Formen der Partnerschaft und Sexualität werden auch dann gelebt, wenn der kirchliche Segen ausbleibt. Die Kirchenoberen reagieren auf diesen Machtverlust durch krampfhaftes Festhalten an vollkommen unhaltbar gewordenen Sexualnormen.

Die Millionen homo- und bisexuell orientierten Kirchensteuerzahler werden sich erneut fragen müssen, ob in einer solchen Kirche noch der richtige Platz für sie ist.

Wolfgang Christiaens,
Düsseldorf 1
Sekretär der Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personen

GEBURTSTAG

Alexander Evertz, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.“, begeht heute seinen 80. Geburtstag. Der gebürtige Solinger wurde nach dem Studium der Theologie in Tübingen, Leipzig und Jena 1936 Pfarrer in Zeulenroda in Thüringen, aber schon zwei Jahre später auf Druck vom NS-Regime als „kirchlich nicht tragbar“ aus dem Pfarramt entlassen. 1939 in die Hannoversche Landeskirche übernommen, war er von 1942 bis 1945 Soldat. Ab 1955 war er als Pfarrer der Westfälischen Landeskirche in Dortmund an der Melancthon-Kirche. Aus seinem eigenen Erleben heraus wurde er 1966 Mitbegründer der „Notgemeinschaft“, deren Ziel eine bibelgebundene Kirche ist. Für dieses Ziel hat sich Evertz, der ein verbindliches Wesen mit einer klaren, unmissverständlichen Diktion verlobt, in zahlreichen Büchern und Zeitungsartikeln eingesetzt.



Alexander Evertz

von „Der Ahfall der Evangelischen Kirche vom Vaterland“ (1964) his „Kirche und Volk. Ein Ja zum Vaterland“ (1985).

VERANSTALTUNG

Bei einem festlichen Diner, das Spaniens Botschafter Eduardo Fonfrias in seiner Residenz in Bad Godesberg gab, war es nur wenigen vergönnt, aktuelle weltpolitische Aspekte mit einem amerikanischen Stargast, mit Henry Kissinger, zu erörtern. Der Botschafter und seine Frau Beatrix als Gastgeber hatten zu Ehren von Wirtschaftsminister Martin Bangemann Repräsentanten aus Wirtschaft und Industrie eingeladen. Kissinger, der sich auf einer Europareise befindet, knüpfte

unter dem spanischen Dach weitere Kontakte zur deutschen Industrie. Die Bonner Gäste bei Fonfrias ließen sich bis spät in die Nacht von der Faszination des früheren amerikanischen Außenministers und heutigen Weltreisenden einfangen. Mit an der spanischen Tafel saßen Gahl Burt, Frau des US-Botschafters, der zur Zeit in den USA weil, der frühere Finanzminister Hans Matthöfer (SPD), Ministerialdirektor Jürgen Rühms, der VW-Vorstandsvorsitzende Dr. Carl Horst Hahn, der Krupp-Vorstandsvorsitzende Dr. Wilhelm Scheider, der Allianz-Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Schieren, der Vorsitzende der Geschäftsführung von Henkel in Düsseldorf Dr. Helmut Sthler, der persönlich haftende Gesellschafter der Bank Trinkaus & Burkhart Herbert Jacobi, das Vorstandsmitglied der Dresdner Bank Jürgen Sarrazin, das Vorstandsmitglied von Daimler-Benz Dr. Gerhard Liener, das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Hilmar Kopper, der Godesberger Industrielle Diethelm Doll, der Vorstandsvorsitzende der Lüthfahnsa Heins Ruhman und Kölns Oberbürgermeister Norbert Berger.

EHRUNGEN

Dem langjährigen Bundesverfassungsrichter Theodor Ritterspach ist vom Fachbereich Recht und Wirtschaft der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz für seine Verdienste um die Rechtsprechung des Karlsruher Zweilingsgerichts und die rechtsvergleichende Vermittlung der italienischen Verfassungsgerichtsbarkeit der Dr. jur. h. c. verliehen worden. Der 83jährige Jurist, der nach dem Krieg zunächst im bayerischen Kultusministerium und später im Bundesinnenministerium tätig war, gehörte dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts von 1951 bis 1975 an. Viele der Entscheidungen des Grundrechtssenates in dieser Zeit tragen die Handschrift dieser großen Richterpersönlichkeit.

Höchste karnevalistische Weihen winken dem Generalintendanten der Bayerischen Staatstheater August Everding. Aachens Karnevalsverein (AKV) will den Professor und Vater von vier Söhnen am 14. Februar als Ritter in den „Orden wider den tierischen Ernst“ aufnehmen. Der AKV wollte im Wahljahr 1987 kei-

nesfalls einen Politiker damit auszeichnen. Der Vereinsvorstand ließ verlauten, daß auch die Laudatio auf den neuen Ritter nicht von seinem Vorgänger, dem SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, gehalten wird. Der künftige Ritter August trägt außer nationalen und internationalen



August Everding

Auszeichnungen auch den Karl-Vallentin-Orden, weil er „zielstrebig um die Ecke denken“ kann. Dem AKV empfahl sich der 58jährige gehärtete Böttcher durch ein gerütteltes Maß an Selbstopfer. Er bezeichnete sich selbst als einen „rastlosen Küssinger der Bühnenwelt“. Er findet, seinen Status habe sich „vom einstmaligen königlichen Beamten zum Fußballstreich“ entwickelt. Er werde „idealistischer eingestuft und materiell beurteilt“.

GESTORBEN

Der frühere Bundesschatzmeister der FDP, Hans Wolfgang Rubin, ist am Montag im Alter von 73 Jahren in seiner Heimatstadt Essen gestorben. FDP-Chef Martin Bangemann würdigte Rubin, dessen Tod erst am Mittwoch bekannt wurde, als einen großen Liberalen, der die Entwicklung der FDP von ihren frühesten Anfängen mitgestaltet und sich große Verdienste um die Partei erworben habe. Rubin, Mitbegründer der FDP und der Friedrich-Naumann-Stiftung, war von 1952 bis 1974 Schatzmeister der Partei. Fast dreißig Jahre gehörte er dem FDP-Bundesvorstand an. Bangemann hob auch hervor, daß Rubin einer der wichtigsten Wegbereiter der liberalen Ost- und Deutschlandpolitik gewesen sei. Als erster FDP-Politiker habe er 1967 öffentlich die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit Polen gefordert.

VON FÜRSTENPRACHT BIS MODEMACHT



Hintergrund:

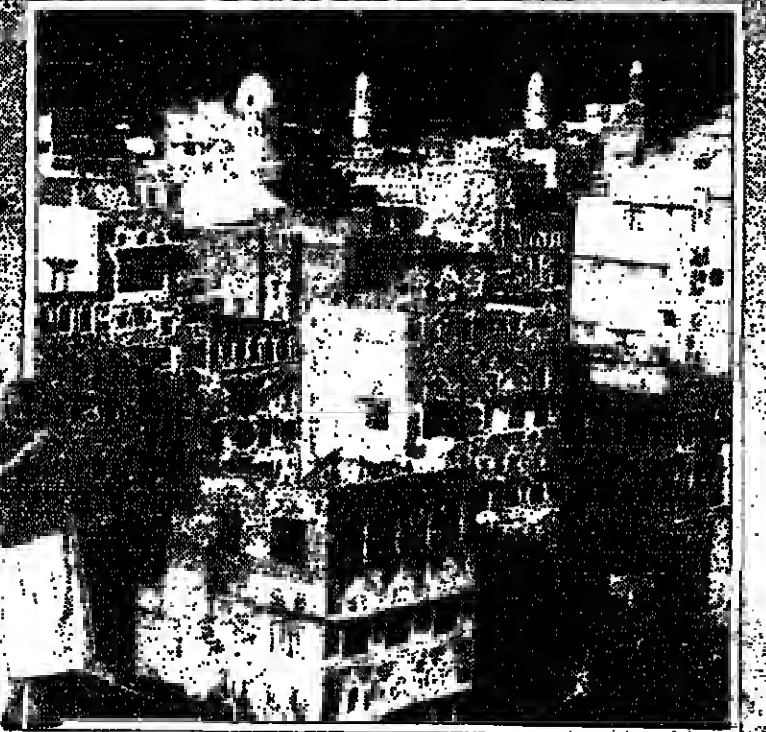
Vorwand:

FUNK UHR



Alles in Funk Uhr. Von A bis Z.

Fliegen Sie in das Land, wo alles begann.



Yemen - ein Land von unvermuteter Vielfalt und malerischer Schönheit, angefangen bei seinen großartigen Denkmälern, die den Aufbruch unserer modernen Zivilisation markieren bis hin zu seiner wildromantisch zerklüfteten Bergwelt. Lassen Sie sich begeistern von der unberührten Heiterkeit des hoch über dem Meeresspiegel liegenden oder von dem geschäftlichen Treiben in der Stadt Sana'a, der ältesten Hauptstadt der Welt, immer noch fest umschlossen von ihren historischen Mauern.

Yemen, wo sich Vergangenheit und Zukunft in Harmonie begegnen, vermag Sie in jede beliebige Zeit zu versetzen. Yemen wird Sie in jeder Hinsicht begeistern. Yemenia fliegt jeden Dienstag und Samstag von Frankfurt in den Yemen - direkt. Unsere komfortablen Jets mit erfahrenen und zuvorkommenden Crews werden Ihnen zwischen Start und Landung einen Vorgesmack der ganz besonderen Gastfreundschaft geben, die den Menschen im Yemen eigen ist. Lassen Sie sich von uns verwöhnen.

Erkundigen Sie sich bei Ihrem Reisebüro oder bei uns direkt: (069) 28 82 72/3/4 nach den unwegsamsten Farben Ihres Lebens.

Yemenia **اليمنية**
MORE THAN A
YEMENIA FLUGNETZ: ABU DHABI, AMSTERDAM, ATHENS, BAHRAIN, BEIRUT, DUBAI, DÜSSELDORF, FRANKFURT, KHARTOUM, KUWAIT, LARNAKA, LONDON, MADRID, SARAJEVO, SHARJAH, TAIZ

سنة 1407

WELT-Umfrage zur Kritik des Schwimmer-Präsidenten Harm Beyer

Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes, hat mit Worten zugeschlagen. Er kritisierte massiv die Stiftung Deutsche Sporthilfe. „Die Sporthilfe als Sozialwerk? Vergiß es. Heute geht es ganz einfach um Bezahlung bestimmter Leistungen durch Geld und Sachleistungen.“ Und er hat laut über den Ausstieg seines Verbandes aus dem Leistungssport nachgedacht. Mit der provokativ formulierten Alternative: „Olympiasieger oder lebensuntüchtiger Mensch.“ Harm Beyer, im Privatberuf Richter in Hamburg, hat damit eine Diskussion entfacht, die gleich in zwei Fällen an die Substanz des deutschen Hochleistungssports gehen könnte.

Fall 1 - Der Streit mit der Sporthilfe: Der geschäftsführende Vorstand der Stiftung hat am Dienstag (die WELT berichtete) die Förderungszahlungen mit Wirkung zum 1. Dezember vorläufig gestoppt. Ein Streit, unter dem jetzt die Athleten leiden müssen? Josef Neckermann, der Chef der Sporthilfe, stellte gestern noch einmal klar: „Für uns gibt es nur einen Partner, und der heißt Sportler. Wir tun nichts gegen oder auf dem Rücken der Sportler.“ Die WELT berichtet über Stimmung und Reaktionen im Lager der Spitzenschwimmer. Aktivesprecher Dirk Korthals versucht, gemeinsame Maßnahmen zu erreichen. Aber die meisten schweigen - auch Olympiasieger Michael Groß.

Fall 2 - Sind Olympiasieger lebensuntüchtige Menschen? Josef Neckermann, selbst Goldmedaillengewinner im Dressurreiten: „Ich sehe es als Diffamierung unserer Leistungssportler an, wenn wir behaupten, daß Goldmedaillengewinner keine wirklich hervorragenden Menschen werden könnten. Ich glaube, daß man mir als ehemaligem aktiven Leistungssportler nicht erwarten kann, kein lebensfähiger Mensch geworden zu sein.“ So denken alle Olympiasieger, denen die WELT in einer Umfrage die Frage gestellt hat: Sind Sie lebensuntüchtig? Ihre einmütige Reaktion - zwischen anfänglichem Gelächter und Empörung: „Quatsch.“ - „Unsinn.“ - „Beleidigung“.

Spitzenfunktionäre des Sports haben, Sporthilfe und Harm Beyer zu einem sachlichen Gespräch aufgefordert. Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK): „Ich sehe keinen Anlaß zur Dramatisierung. Ein solcher Gedankenaustausch ist doch, auch wenn er sehr hart zu sein scheint, meist nützlich.“ NOK-Generalsekretär Walther Träger: „Ich halte die Auseinandersetzung in der Sache für notwendig, in der Form verfehlt.“ Gestern haben Harm Beyer und Josef Neckermann „ein klärendes Gespräch“ für den nächsten Dienstag fest vereinbart. Die Überzeugung von Willi Daume: „Schwimm-Verband und Sporthilfe werden sich wieder arrangieren.“

15 000 Karten für Berlin

Berlin (sid) - 15 000 Karten dürfen für den ersten Weltcup-Parallel-Slalom in Berlin am 28. Dezember verkauft werden. Diese Auflage erteilte der Berliner Senat dem Ski-Verband Berlin, nachdem in jüngster Zeit ökologische Bedenken gegen eine Großveranstaltung im Landschaftsschutzgebiet angemeldet wurden.

Norman neuer Weltmeister

Toulouse (dpa) - Der Neuseeländer Ross Norman besiegte im Endspiel der Squash-Weltmeisterschaften von Toulouse den Pakistaner Jahangir Khan. Khan hat damit als Weltmeister der letzten fünf Jahre nach über 500 Turnierspielen die erste Niederlage erlitten.

Niederlage für Britsch

Berlin (sid) - Jürgen Britsch, Box-Vize-Meister der Bundesrepublik Deutschland im Federgewicht, unterlag zum Auftakt des Internationalen Boxturniers von Istanbul dem Rumänen Nikolae Talpos mit 1:4 Richterstimmten.

Bulgarischer Doppelerfolg

Sofia (dpa) - Durch Alexander Warbanow und Borislav Gidikow kam es bei den 57. Gewichtheber-Weltmeisterschaften im Mittelgewicht zu einem bulgarischen Doppelerfolg. Warbanow siegte im Zweikampf mit 377,5 kg vor Gidikow (372,5). Dabei stellte Warbanow mit 215 kg im Stoßen und Gidikow mit 168,5 im Reißen jeweils einen Weltrekord auf.

Schiller sagte ab

München (dpa) - Peter Schiller vom Eishockey-Bundesligaklub Mannheimer ERC muß auf die Kanada-Reise der A-Nationalmannschaft verzichten.

TENNIS

Bunge spielt in Bestform

dpa, Chicago
Bettina Bunge aus Aschaffenburg befindet sich eine Woche vor dem Tennis-Masters-Finales in New York weiter in ausgezeichneter Form. In der ersten Runde des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers von Chicago schlug sie Terry Phelps (USA), klar mit 6:3, 6:2. Bettina Bunge trifft nun auf die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova.
Die 23jährige Bettina Bunge, die sich in der vergangenen Woche als dritte Deutsche für das 16er-Feld beim Masters-Turnier qualifiziert hatte, verlor gegen Terry Phelps gleich im ersten Spiel ihren Aufschlag zu Null. Doch anschließend spielte sie in glänzender Form und ließ ihrer Gegnerin, die in der Weltrangliste einen Platz hinter ihr liegt, kaum noch eine Chance. „Ich merkte, daß Terry sehr nervös war“, sagte sie. Die Amerikanerin hätte die Punkte aus dem Spiel für eine Masters-Teilnahme benötigt.
Bettina Bunge freut sich nun auf das Spiel gegen Martina Navratilova. „Ich hoffe, daß ich so spiele, wie ich spielen kann“, sagte sie, „es wird aber sicher sehr hart.“

SPORT-NACHRICHTEN

der Bundesrepublik Deutschland verzichtet. Der Grund für Schillers Absage ist eine Muskelverletzung am rechten Fuß.

Piontek bleibt Trainer

Kopenhagen/Preßburg (dpa) - Sepp Piontek wird Dänemarks Fußball-Nationalmannschaft auch weiterhin betreuen. Piontek einigte sich mit dem dänischen Fußball-Verband auf eine Vertragsverlängerung bis zum 30. Juni 1990.

WM in Stuttgart

Rom (dpa) - Die Kunstturn-Weltmeisterschaften 1989 finden in Stuttgart statt. Das beschloß der Kongreß des Internationalen Turnverbundes in Rom. Die weiteren Bewerber waren Barcelona, Algier und Indianapolis.

ZAHLEN

TENNIS
Grand-Prix-Turnier in London, 1. Runde: Kriek (USA) - Sanchez (Spanien) 5:7, 6:4, 6:4; Depalmer (USA) - McNamee (Australien) 6:4, 6:3; Casal (Spanien) - Schapers (Holland) 2:8, 8:1, 7:5; Curran - Sadri (beide USA) 2:8, 8:1, 7:5; Noah (Frankreich) - Canter (USA) 6:4, 6:4; Svensson (Schweden) - Srid (CSSR) 6:4, 6:3. - Grand-Prix-Turnier in Buenos Aires, 1. Runde: Steeb (Bundesrepublik Deutschland) - Valda (CSSR) 6:3, 6:2. - Damenturnier in Chicago, 1. Runde: Bunge (Bundesrepublik Deutschland) - Phelps (USA) 6:3, 6:2; Potter (USA) - Fairbank (Südafrika) 6:3, 6:2; Moulton - Burgin (beide USA) 6:2, 6:7, 6:1; Rinaldi - White (beide USA) 7:6, 6:4; Sabatini (Argentinien) - Sawtschenko (UdSSR) 6:6, 7:5.

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaften in Sofia, Mittelgewicht, 75 kg: 1. Warbanow 377,5 (168 Reißen/212,5 Stoßen), 2. Gidikow (beide Bulgarien) 167,3/205,1, 3. Socaci (Rumänien) 130 (115,5/192,5).

FUSSBALL

EM-Qualifikation U 21: England - Jugoslawien 1:1, CSSR - Dänemark 1:1.

SIXDAYS

Sieg in der letzten Nacht

dpa, München
Der Frankfurter Dietrich Thurau und sein australischer Partner Danny Clark gewannen in der Nacht zum Mittwoch das 23. Münchner Sechstagerrennen. Auch die Organisatoren in der Olympiahalle zogen erfreut Bilanz. Insgesamt 95 000 Zuschauer wurden gezählt, soviel wie noch nie.
Der 33jährige Thurau und der drei Jahre ältere Clark erhielten zwei Autos als Prämien und waren auch in der Gesamtwertung der Derynrennen erfolgreich. Allerdings sicherten sich beide den Gesamtsieg erst nach einem spannend verlaufenen 75minütigen Finale. Bis dahin hatten Urs Freuler und Rene Pijnen (Schweiz/Niederlande) vor ihrem dritten Erfolg gestanden.
Über den Sieg und die Platzierung entschied die Schlusswertung. Dank des schnellen Australiers gewannen Thurau/Clark vor Freuler/Pijnen und Josef Kristen (Köln) und Roman Hermann (Lichtenstein). Für den Frankfurter war es der 22. Sieg. Clark feierte seinen dritten Erfolg in München und insgesamt seinen 37. Sechstagesieg.

Sind Sie lebensuntüchtig, Frau Meyfarth?

- Das ist die Situation bei den Schwimmern
- Dirk Korthals: Präsident sollte zurücktreten

JÖRG STRATMANN, Bonn
Jetzt droht im Deutschen Schwimm-Verband sogar der sportliche Boykott. „Wenn die Sporthilfe uns von Dezember an nicht mehr unterstützt, sehe ich schwarz für die Zukunft“, sagte Aktivesprecher Dirk Korthals (24) aus Bochum in einem Gespräch mit der WELT. „Ich fürchte, daß kaum ein Mitglied der Nationalmannschaft beim Europacup Mitte Dezember in Malmo starten wird.“

Korthals' Kritik konzentriert sich auf Harm Beyer. Er glaube zwar nicht, daß uns die Sporthilfe im Stich läßt, aber er sei entsetzt und enttäuscht über den Verlauf der Dinge, sagte der Aktivesprecher. Vor allem fühle er sich von Beyer hintergangen. „Bei unseren Treffen von Aktiven und Funktionären in Frankfurt hatten wir kürzlich auch über seine Kritik am Sozialwerk Sporthilfe gesprochen“, fuhr Korthals fort, „da bei hätten wir Aktive sogar zugeben, daß im einen oder anderen Fall ein Sportler vielleicht zivile Unterstützung bekomme.“ So sei Beyers Einwand in Einzelfällen berechtigt, aber er kritisiere pauschal die Unterstützung aller Athleten. Man habe sich geeinigt, diese Dinge intern weiter zu besprechen. Aber Beyer habe sie dann doch wieder in die Öffentlichkeit getragen.

„Ich verstehe Beyer nicht“, sagte Korthals, „und ich kann auch seiner Argumentation nicht mehr folgen. Ich bin sonst sehr zurückhaltend, aber dies alles regt mich auf. Ich werde weiterkämpfen. Das beste wäre tatsächlich, Harm Beyer würde zurücktreten.“
Die Ankündigung der Stiftung Deutsche Sporthilfe, nach der wiederholten Kritik Beyers an der Praxis ihrer Unterstützung die Förderungszahlungen an die Spitzenschwimmer mit Wirkung vom 1. Dezember „vorsorglich“ zu unterbrechen, hat bei den Betroffenen für die verständliche und normale Reaktion gesorgt.

„Wenn es so weit geht, sehe ich keine Möglichkeiten mehr, meinen Sport weiter zu betreiben“, sagte Hamburgs Spitzenschwimmer Stefan Pfeiffer der WELT. Auch wenn er zur Zeit seinen Wehrdienst in der Bundeswehr-Sportschule Warendorf ableiste und optimal trainieren könne, würden sich seine Leistungen in einem solchen Fall rapide verschlechtern. „Denn das Geld der Sporthilfe

- Die klaren, fast einhelligen Antworten der Goldmedaillengewinner
- Rosi Mittermaier: „Solch einen Blödsinn habe ich noch nicht gehört“

DW, Bonn
Von Heide Rosendahl bis Alwin Schockemöhle - sie sind alle einer Meinung: Harm Beyers Alternative „Olympiasieger oder lebensuntüchtiger Mensch“ stellt sich nicht. Die WELT-Umfrage unter Olympiasiegern führt zu einem eindeutigen Ergebnis: Gerade der Leistungssport fördere die Persönlichkeit, er ist eine große Hilfe dabei, das Leben nach dem Ende der aktiven Laufbahn zu meistern. Das sind die Antworten von Athleten, die zwischen 1972 in München und 1984 in Los Angeles Goldmedaillen bei Olympischen Spielen gewannen:

● Heide Rosendahl, 1972 Olympiasiegerin im Weitsprung und mit der Sprintstaffel (nach kurzem Gelächter): „Das ist eine Diskriminierung. Hat Harm Beyer selbst Leistungssport betrieben? Hält er den Michael Groß für einen lebensuntüchtigen Menschen? Ich kann nicht vertragen, wenn jemand derartige Rundumschläge verteilt. Leistungssport ist etwas rundum Positives. Vielleicht sollten wir uns da etwas mehr die USA als Vorbild nehmen. Dort ist der Hochleistungssport ein Ideal, das erstrebenswert ist. Den Wettkampfstreß habe ich gerne auf mich genommen. Das Gefühl, eine mir selbst gestellte Aufgabe auch bewältigen zu können, hilft mir heute noch immer. Leistungssport fördert die Persönlichkeit.“

● Cornelia Hanisch, 1984 Mannschafts-Olympiasiegerin im Florettfechten: „Die Bemerkung ist im Grunde genommen eine Frechheit. Ich verstehe Herrn Beyer nicht. Sicherlich muß man ständig darüber diskutieren, welche Unterstützung ein Sportler bekommt oder bekommen sollte. Aber so kann man die Diskussion nicht angehen. Die Anforderungen im Leistungssport sind ungeheuer gewachsen, und es nicht einzusehen, daß ein Spitzenathlet seinen Sport unter miserablen Bedingungen betreiben soll. Und daß die Sporthilfe ein Modell ist, sieht man daran, daß andere Länder diesem Beispiel nachsehen.“

● Anagret Richter, 1976 Olympiasiegerin im 100-m-Lauf: „Das ist Quatsch. Die Alternative aufzustellen, entweder Direktor oder lebensuntüchtig, ist ja wohl genauso blödsinnig. Das hieße ja, daß Leistung bringen, in welchem Beruf auch immer, dazu führen würde, das Leben nicht zu meistern.“
● Klaus Wolfersmann, 1972 Olympiasieger im Speerwerfen: „Da keilt jemand so durch die Gegend, wie es nicht sein soll. So kann man sich nicht zum Thema äußern. Wir können nicht vom Leistungs- oder Breiten sport abhürchen. Das Bild, das durch die Äußerungen Beyers im Lande entsteht, ist falsch. Es wird bei der Förderung von Sportlern immer Probleme geben, darüber muß man sprechen. Den Weg eines Spitzensportlers zu gehen, muß jeder selbst entscheiden. Wenn er dabei an einer Grenze ankommt, ist es sein eigener

Wille, ob er weitergeht oder nicht. Wenn mir das passiert wäre, was die Schwimmer jetzt erleben, wäre ich in ein anderes Land gegangen. Ich wollte meinen Sport betreiben.“

● Ulrike Meyfarth, 1972 und 1984 Olympiasiegerin im Hochsprung (nach einer belustigten Frage an eine Arbeitskollegin: „Anne, bin ich lebensuntüchtig? - Sie sagt ja!“): „Das ist eine bodenlose Unverschämtheit. Wenn Herr Beyer feststellt, der Sport, den er vertritt, bringe lebensuntüchtige Menschen hervor, dann trägt auch die Verantwortung dafür und sollte schleunigst als Präsident zurücktreten. So kann und darf nicht diskutiert werden. Gott sei Dank ist es bei uns



„Das ist eine Unverschämtheit“ - Ulrike Meyfarth, Olympiasiegerin von 1982 und 1984. FOTO: DIE WELT

jedem selbst überlassen, ob er Leistungssport betreiben will oder nicht.“

● Rosi Mittermaier, 1976 Olympiasiegerin im Abfahrtslauf und im Spezialschlalom: „Solch einen Blödsinn habe ich überhaupt noch nicht gehört. Alles, was ich heute bin und habe, verdanke ich dem Sport. Gerade jetzt, wenn ich an meine aktive Zeit zurückdenke, begreife ich erst so richtig, was der Leistungssport mir gegeben hat. Ich kenne viele Olympiasieger, das sind alles Menschen, die sich im Leben behaupten. Selbstverständlich mag es für einige Leistungssportler schwer sein, nach Abschluss ihrer Karriere im Berufsleben Fuß zu fassen. Aber gerade sie haben ja zu kämpfen gelernt. Wer, wenn nicht sie, hätte denn in einem hohen Maße gelernt, ein Ziel, das sie sich gesteckt haben, auch zu erreichen.“

Die tolle Kiste ist noch toller geworden.

Neu: FIRE-Motor, bedingt schadstoffarm, 3 1/2 Jahre steuerfrei, ohne Kat., ohne Aufpreis. Neu: Hinterachse. Neu: Die Inneneinrichtung.

„Mini-Limousine, die es motorisch ... mit größten Autos durchaus aufnehmen kann.“ (FR 01.02.86)

„... mit dem derzeit in der Summe aller Eigenschaften weltbesten kleinen Vierzylinder-Triebwerk ...“ (mot 4/86)

„... neue Dimension an Fahrkultur.“ (FR 01.02.86)

„... Innenraumgestaltung auf der Höhe der Zeit.“ (mot 4/86)

Dem wäre noch folgendes hinzuzufügen: Panda 750 L, das Einstiegsmodell. 34 PS (25 kW) stark, echte 125 km/h schnell und echte 5,0/6,2 l sparsam (bleifreies Normal, nach DIN 70030-1, bei 90 km/h/Stadtverkehr). Panda 1000 CL, das Komfortmodell, FIRE-Motor 44 PS (32 kW), komfortable Beschleunigung (16 Sek. auf 100), Komfortsitze, Komforteinrichtung. Beiden gemeinsam ist die neue omegaförmige Hinterachse und der stufenlos von 272 bis 1088 Liter veränderbare Gepäckraum. Issjatoil.

Der neue Panda. Die noch tollere Kiste. **FIAT**

„Die Brutalität hat sich nicht verringert“

UNO-Bericht zu Afghanistan / Bevölkerung steht hinter Rebellen

DW, New York/Moskau
Von einer immer stärkeren Verletzung der Menschenrechte in Afghanistan spricht der neueste Bericht der Vereinten Nationen, der von dem österreichischen Juristen Professor Felix Ermacora erarbeitet und jetzt in New York veröffentlicht wurde. Ohne sie beim Namen zu nennen, macht der Autor die Sowjetunion für diese Entwicklung verantwortlich. Die Präsenz ausländischer Truppen und ihre Teilnahme an dem Konflikt in Afghanistan, so Ermacora, sei der „direkte Grund für unendbare Leiden“ der Menschen. Die Brutalität der Auseinandersetzungen zwischen den moslemischen Rebellen und den das Regime in Kabul stützenden afghani-

antwortet. Auch in den vergangenen Jahren hatte das kommunistische Regime eine Erkundung der Verhältnisse vor Ort nicht zugelassen.

In dem Bericht wird der Regierung in Kabul vorgeworfen, ihre Aktionen gegen Opposition und Zivilbevölkerung verschärft zu haben. Dörfer wurden bombardiert, Kolonnen mit Flüchtlingen auf dem Weg nach Pakistan angegriffen und Häuser willkürlich durchsucht. Außerdem seien Fortschritte durch die afghanische Geheimpolizei an der Tagesordnung. Ermacora prangerte auch den immer häufigeren Einsatz von schweren Waffen durch die afghanisch-sowjetischen Truppenverbände an. Der Einsatz von als Spielzeug getarnten Sprengkörpern habe viele Opfer unter der Zivilbevölkerung - vor allem bei Kindern - gefordert.

Der Sonder-Berichterstattter der UNO-Kommission für Afghanistan ist der Ansicht, daß Kabul eine „Säuberung der an Pakistan und Iran angrenzenden Provinzen zur Herstellung einer Sicherheitszone entlang der Grenzen“ betreibt. Diese Strategie werde durch eine Intensivierung von Luftangriffen verdeutlicht. Andererseits häuften sich Versuche der Regierung, Stammesrivalitäten im Lande zu schüren.

Obwohl die Situation in Afghanistan nach dem Bericht „weiterhin eine Quelle größter Sorge ist“, verzeichnet er auch positive Ansätze. So habe die im Mai umgeleitete Regierung unter Parteichef Nadschibullah sich offener für Kontakte mit internationalen Hilfsorganisationen wie Unicef und Rotes Kreuz gezeigt.

Ermacora forderte die UNO-Vollversammlung auf, an alle Staaten einen dringenden Appell zu richten, damit diese ihre humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge verstärken. Zugleich empfahl er ihr und den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die Programme insbesondere für Flüchtlingskinder auszubauen. Außerdem trat er dafür ein, die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) zu ermutigen, das Kulturerbe Afghanistans zu retten und die Einhaltung der Haager Konvention über den Schutz von Kulturgütern im Kriegsfall zu gewährleisten.

Ein Sprecher des Moskauer Verteidigungsministeriums dementierte gestern eine Meldung der „Washington Times“, nach der die Sowjetunion vor kurzem zwei neue Divisionen nach Afghanistan entsandt hätte. In dem von der amtlichen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Dementi heißt es, die Darstellung der US-Zeitung sei eine „böswillige Falschmeldung“.

Tass ruft dabei in Erinnerung, daß die Rote Armee vor wenigen Wochen 8000 Mann aus Afghanistan abgezogen habe. Nach westlichen Schätzungen hatte die Sowjetunion bis dahin rund 120 000 Soldaten in dem südlichen Nachbarland eingesetzt.



Berichterstattter für Afghanistan ist Felix Ermacora. FOTO: CAMERA PRESS

schen und sowjetischen Soldaten haben sich nicht verringert. Die Widerstandskämpfer hätten die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Ermacora hob den Umstand hervor, daß die Flüchtlinge - mehr als fünf Millionen Menschen sind bis heute in die Nachbarländer Pakistan und Iran geflohen - weder im In- noch im Ausland repräsentiert seien. Dies stehe im Gegensatz zu dem Selbstbestimmungsrecht, wie es in der internationalen Menschenrechtskonvention verankert sei. Der Österreicher formulierte deshalb erstmals den Vorschlag, daß die Flüchtlinge in den afghanischen Gebieten, die nicht von Kabul kontrolliert werden, Delegierte zu einem Rat wählen, der die Flüchtlinge repräsentieren solle.

Als Voraussetzung für eine Lösung des Flüchtlingsproblems nennt er den völligen Rückzug der „fremden Truppen“. Die UNO-Vollversammlung hat diesen Rückzug bereits am 5. November in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution gefordert.

Ermacora stützt sich in dem Bericht auf die Aussagen von Flüchtlingen und einen Besuch im Nachbarland Pakistan. Die Regierung in Kabul hat nach seinen Angaben ein Angebot zur Zusammenarbeit nicht be-

RGW-Kommuniqué kann Streit im sozialistischen Lager nicht verdecken

System der Preisbildung und Rolle des Rubels bringen „Bruderländer“ gegen Moskau auf

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau
Das Kommuniqué zum Abschluß des zweitägigen Treffens der Parteiführer aus den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau ist dünn und verschweigt die Problematik und die Spannungen, die unter den einzelnen Mitgliedsländern herrschen.

In dem Papier, das gestern in allen sowjetischen Zeitungen veröffentlicht wurde, heißt es nur, die Parteichefs hätten grundlegende Probleme einer verbesserten Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft und Möglichkeiten einer „vollständigeren Entfaltung der schöpferischen Potentiale des Sozialismus“ diskutiert. Im Vordergrund der Diskussionen hätten neue, progressive Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gestanden. Gemeinsam wolle man die Moskauer Positionen von Reykjavik sowie künftige Anstrengungen zur Abschaffung von Atomwaffen und die Verringerung von konventioneller Bewaffnung unterstützen. Das Treffen sei, so wurde floskelhaft formuliert, in „herzlicher und offener Atmosphäre“ des gegenseitigen Verständens und der Einigung in allen Fragen verlaufen.

Von tiefgreifenden Querelen innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zeugte auch die kürzlich in Bukarest auf der Ebene der Ministerpräsidenten abgehaltene 42. Tagung des RGW. Insbesondere die Pläne zur Steigerung der Stromproduktion führten offensichtlich zu Streitigkeiten. Es wurde ein Programm verabschiedet, das vorsieht, die Kapazitäten in den RGW-Ländern bis zum Jahrtausendende von derzeit acht Millionen Kilowatt auf 50 Millionen zu erhöhen - allerdings „mit Ausnahme der Sowjetunion“. Der Anteil der nuklearen Energiegewinnung an der gesamten Stromerzeugung werde

(Polen), Nicolai Ceausescu (Rumänien), Janos Kadar (Ungarn), Gustav Husak (CSSR), Fidel Castro (Kuba) und Truong Binh (Vietnam) und Shambyn Batmunch (Mongolei).

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Erörterungen standen sicherlich der Verfall des Ölpreises und das System der Preisbildung überhaupt. Schon seit längerem fordern die Teilnehmerstaaten eine Reform der Preisbildung. Insbesondere geht es den „Bruderländern“, die von Moskau wegen steigender Rüstungsausgaben immer stärker zur Kasse gebeten werden, um die dubiose Rolle des Rubels, der innerhalb des RGW das Zahlungsmittel darstellt. Der Rubel, der sich am Dollar orientiert, ist bis heute nicht konvertibel. Die Austauschverhältnisse mit den einzelnen nationalen Währungen innerhalb der RGW-Mitgliedstaaten neigen sich immer mehr zu Lasten der Ostblockstaaten.

Von tiefgreifenden Querelen innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zeugte auch die kürzlich in Bukarest auf der Ebene der Ministerpräsidenten abgehaltene 42. Tagung des RGW. Insbesondere die Pläne zur Steigerung der Stromproduktion führten offensichtlich zu Streitigkeiten. Es wurde ein Programm verabschiedet, das vorsieht, die Kapazitäten in den RGW-Ländern bis zum Jahrtausendende von derzeit acht Millionen Kilowatt auf 50 Millionen zu erhöhen - allerdings „mit Ausnahme der Sowjetunion“. Der Anteil der nuklearen Energiegewinnung an der gesamten Stromerzeugung werde

dann nahezu 40 Prozent mehr ausmachen, während ihn die Sowjetunion gegenwärtig elf auf 30 Prozent zu steigern trachte. Der Graben der Unstimmigkeit zwischen Moskau und den restlichen „Bruderländern“ muß so tief gewesen sein, daß der Krenl die RGW-Parteichefs nach Moskau beorderte.

Orden für Parteichefs

Westliche Wirtschaftskreise sehen daher die jüngste Umwidmung der Regierungsorgane in der UdSSR auch im Lichte dieser RGW-Tagung. So wurden Anfang dieser Woche vier dem Ministerrat zugeordnete Büros beziehungsweise Kommissionen neu gebildet. Neben einem Büro für soziale Entwicklung wurde eine Organisation für Maschinenbau, eine Organisation für Brennstoff- und Energiefragen sowie eine außenwirtschaftliche Kommission gebildet.

Fidel Castro, der erstmals wieder persönlich in Moskau auftrat - sonst schickt er seinen Bruder Raoul - erhielt von Generalsekretär Gorbatschow zu seinem 60. Geburtstag den Lenin-Orden. Der bulgarische Parteichef Schiwkow wurde zu seinem 75. Geburtstag mit dem Orden der Oktoberrevolution geehrt. Ob diese Ehrungen helfen können, die Zerwürfnisse innerhalb der „sozialistischen Gemeinschaft“ zu überwinden, scheint mehr als fraglich. Das knappe Abschlußkommuniqué der jüngsten RGW-Tagung läßt jedenfalls anderes vermuten.

Verfall des Ölpreises

Das hervorgehobene Wort Einigung deutet jedoch auf harte Auseinandersetzungen zwischen den angehenden Parteiführern hin: Todor Schiwkow (Bulgarien), Erich Honecker („DDR“), Wojciech Jaruzelski

Trotz Karlsruher Urteil wieder „Sitzblockaden“

AP, Bonn
Mit einer neuen gewaltfreien Blockade will die „Friedensbewegung“ am Donnerstag und Freitag kommenden Woche die Bauarbeiten an den Stellungen für Marschflugkörper (Cruise Missile) stören. Nach der Niederlage der „Friedensbewegung“ vor dem Bundesverfassungsgericht kündigten Sprecher des Koordinierungsausschusses gestern an, man wolle mit dieser neuen Aktion bei Hasselbach im Hunsrück die Arbeiten „wenn möglich verhindern“.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am Dienstag mit vier Stimmen entschieden, daß Sitzblockaden generell strafbar sein können. Der Koordinierungsausschuß meinte, das Urteil habe gezeigt, daß trotz monatelanger Diskussion selbst bei einer Verfassungsreform keine Mehrheit gefunden werden konnte, die an der bisherigen Rechtsauffassung festhalten will, daß gewaltfreie Sitzblockaden generell gewalttätig und verwerflich sind. Damit sei auch die Unausweichlichkeit der Verurteilung wegen Nötigung in Frage gestellt.

Anschlag auf den Papst war schon 1979 geplant

AFP, Rom
Papst Johannes Paul II. sollte offensichtlich bereits bei seinem Besuch in Istanbul im November 1979 von dem türkischen Attentäter Mehmet Ali Agca ermordet werden, doch scheiterte dieser Plan damals. Das geht aus einem gestern veröffentlichten Bericht hervor, in dem das Urteil vom 29. März des Schwurgerichts in Rom begründet wird. In dem Prozeß um die Hintergründe des Papst-Attentats vom 13. Mai 1981 hatte Ali Agca, der bereits zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, ein Jahr Gefängnis wegen Einführung einer Waffe nach Italien erhalten. Die drei mitangeklagten Bulgaren und Türken wurden freigesprochen.

In dem 1200 Seiten umfassenden Text wird von den Richtern eine bulgarische Verwicklung in das Papst-Attentat vom 13. April 1981 auf dem Petersplatz nach wie vor nicht ausgeschlossen. Als Grund heißt es, Ali Agca habe die in dem Prozeß angeklagten Bulgaren, die wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden waren, gut gekannt.

Warschau geht wieder verstärkt gegen Kirche vor

AFP/AP, Warschau
Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban hat die Bischöfe seines Landes scharf angegriffen und insbesondere den Sprecher des Episkopats, Pater Alojzy Orszulik, der „Anstiftung zum Verbrechen und der Verbreitung von Fehlinformationen“ beschuldigt.

Seine Vorwürfe bezogen sich auf einen Artikel, den der Pater in der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ veröffentlichten wollte und den Urban verboten hatte. Darin hatte Orszulik bedauert, daß „zahlreiche Organisationen und katholische Verbände“ seit 1945 aufgelöst worden seien. Außerdem hatte er zur „Bildung von Verbänden in den Gemeinden“ aufgefordert.

Polnische Bereitschaftspolizei löste gestern in Warschau eine Demonstration von mehreren Tausend Anhängern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ auf. Die Menge war auf dem Weg zum Grabmal des Unbekannten Soldaten, um dort am polnischen Unabhängigkeitstag Kränze niederzulegen.

Schewardnades Kritik eine Pflichtübung?

SPD will „Newsweek“-Streit wieder zur Sprache bringen

BERNT CONRAD, Bonn
Die Bundesregierung hält die Affäre um das umstrittene Kanzler-Zitat in der Zeitschrift „Newsweek“ für erledigt. Weiteren Versuchen der SPD, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen, will sie energisch entgegen-

treten. In der auf Drängen der SPD für heute morgen angesetzten Aktualen Stunde des Bundestages wird diese Linie von den Rednern der Regierung mit Nachdruck vertreten werden.

Die Sachlage ist nach Ansicht maßgeblicher Koalitionspolitiker geklärt: Bundeskanzler Kohl habe am 6. November im Bundestag, wie zuvor schon am 3. November in seinem WELT-Interview, bedauert, daß fälschlich der Eindruck entstanden sei, er habe den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow mit Gorbels verglichen. Er habe sich davon distanzieren, jede Absicht einer Beleidigung bestritten und seinen guten Willen gegenüber der Sowjetunion und gegenüber Gorbatschow betont. Mehr könne er nicht tun. Deshalb sei die Angelegenheit nunmehr für Bonn erledigt.

In Regierungskreisen hofft man, daß dies auch für Moskau gilt. Allerdings hat der sowjetische Außenminister Schewardnades noch am Montag in einer Pressekonferenz scharfe Kritik an dem „Newsweek“-Interview des Kanzlers geäußert: „Die UdSSR fühlt sich zutiefst beleidigt. Wir sind sehr empört über den Ausfall des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland.“

In Bonn hält man es jedoch für

möglich, daß es sich dabei um eine Art Pflichtübung gehandelt hat. Der Schewardnades - da er nun einmal öffentlich darauf angesprochen worden war - nicht ausweichen konnte. Immerhin hat sich der Sowjetpolitiker, dem Bundesaußenminister Genscher in der vergangenen Woche in Wien die Haltung Kohls erläutert hatte, die künftige Haltung Moskaus bewußt offen gelassen. Zu der Frage, welche Auswirkungen das Kohl-Interview auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben werde, sagte er: „Das ist schwer zu prognostizieren.“

Auch die Absage einer Bonn-Reise mehrerer sowjetischer Journalisten wird in Regierungskreisen nicht überbewertet, da so etwas lange beschlossen und nicht kurzfristig entschieden werde. So schnell würden die Weichen in Moskau nach den Erläuterungen des Kanzlers nicht neu gestellt. Bonn jedenfalls wolle nunmehr gegenüber Moskau wieder zur Tagesordnung übergehen.

Die SPD hingegen muß mit Attacken der Koalitionsparteien rechnen. Ihr wird die Frage gestellt werden, wessen Interessen sie eigentlich vertrete, wenn sie weiterhin einen Streit am Leben erhalten wolle, zu dem von der Sache her nichts mehr zu sagen sei. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rühse hatte schon in der vergangenen Woche im Bundestag der SPD zugeführt: „Wollen Sie es eigentlich der Sowjetunion erleichtern, oder wollen Sie es ihr in Wirklichkeit nicht erschweren, diesen Vorgang abzuschließen?“

Verteidigungshaushalt um 470 Millionen Mark gekürzt

„Beförderungstau“ bei Zivilverwaltung soll gelockert werden

rnc, Bonn
Der von der Bundesregierung vorgelegte Verteidigungshaushalt des kommenden Jahres ist bei den Beratungen im Haushaltsausschuß des Bundestages um 470 Millionen Mark gekürzt worden. Damit werden sich 1987 die Bundesausgaben für die Verteidigung auf rund 50,83 Milliarden Mark belaufen und eine nominale Steigerung gegenüber dem Soll dieses Jahres von knapp zwei Prozentpunkten ergeben.

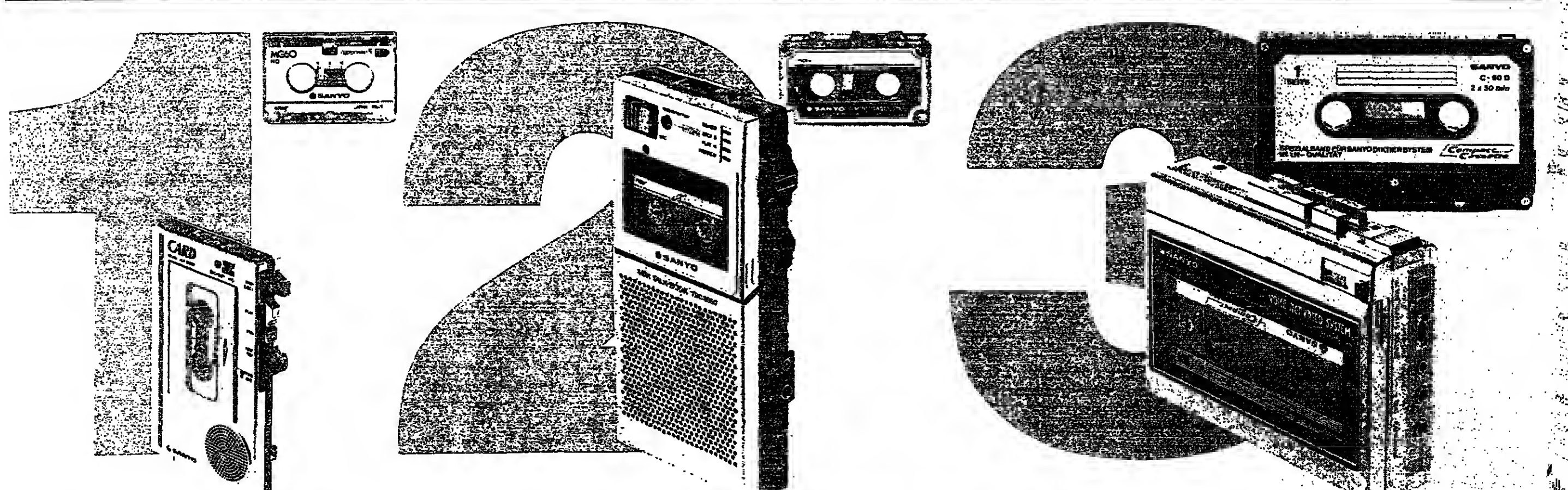
Nach Angaben des CDU-Haushaltsexperten Bernhard Friedmann werden die Kürzungen die Substanz des Verteidigungshaushaltes nicht wesentlich verändern. Wichtiger sind nach seiner Ansicht finanzielle Umschichtungen im Gesamtpfand, die unter anderem den Bau des dritten Flottendienstbootes für die Marine ermöglichen und den Bau von drei zivilen Containerschiffen, deren Nutzung für den Krisenfall zur Versorgung Europas über den Nordatlantik vorgesehen ist.

Für das Flottendienstboot, das ne-

ben zwei anderen auf einer Flensburger Werft gebaut werden soll, sind im nächsten Jahr 34 Millionen Mark aus dem Titel für die Benzinzusicherung der Truppe abgezweigt worden. Zum Bau der drei Containerschiffe auf einer Kieler Werft sind 1987 als Zuschuß aus dem Verteidigungsetat 75 Millionen Mark eingeplant.

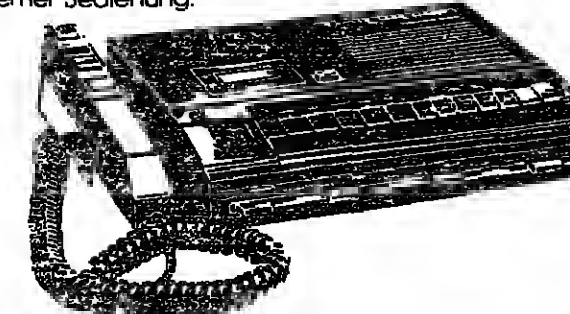
Eine Bremer Werft möchte zwei weitere Schiffe dieser Art in Auftrag nehmen, um auf diese Weise die angespannte Arbeitsplatzsituation an der Küste zu verbessern. Nach Angaben von Friedmann ist noch offen, ob der dafür erforderliche Zuschuß von 50 Millionen Mark ebenfalls aus dem Verteidigungshaushalt genommen werden kann.

Mit einem für die Verabschiedung des Bundeshaushalts 1987 vorgesehene Entschließungsantrag will die Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auffordern, bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept zur Lockerung des Beförderungstaus bei der zivilen Verwaltung der Bundeswehr vorzulegen.



DIKTIERKOMFORT x 3: MICRO, MINI, COMPACT CASSETTE

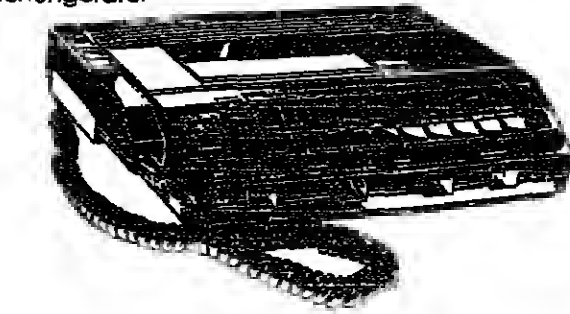
1. Diktiersystem mit Micro Cassetten
Hier bietet Ihnen SANYO zum Beispiel das kleinste Micro-Notizbuch der Welt. So groß wie eine Scheckkarte. Und eine ganze Palette funktioneller Taschengereäte sowie komfortabler Büro-Diktier- und Wiedergabegeräte für Sie und Ihre Sekretärin. Jedes mit vielen Funktionen und bequemer Bedienung.



2. Diktiersystem mit Mini-Cassetten
Funktionelle Geräte für jeden Anspruch und für jede Situation. Handliche Taschengereäte für unterwegs und Diktier- und Wiedergabegeräte fürs Büro, mit und ohne Indexierung, aber immer mit der umfangreichen Funktionsausstattung und dem Bedienungskomfort für problemloses Diktieren.



3. Diktiersystem mit Compact Cassetten
Cassetten von 30 bis 120 Minuten Aufnahmezeit und ein formvollendetes Geratedesign. Im HiFi-Styling. Das ist perfekte Technik und funktionelle Ausstattung in schönster Form. Als komfortable und vielseitige Büro-Diktier- und Wiedergabegeräte und als handlich effektive Taschengereäte.



DIKTIER-SYSTEM-COUPON für ausführliches Info-Material über SANYO Diktiersysteme mit Micro Mini Compact Cassetten
 das gesamte SANYO Diktiersysteme-Angebot

Name: _____
Straße: _____
PLZ: _____
SANYO Büro-Electronics-Europa-Vertrieb GmbH
Postfach 8017 40 - 8000 München 80 - Tel.: 0 89/41 09 40
SANYO
... für das effektive Büro

Handwritten signature or note at the bottom right of the page.

Zunahme der Krankenhausfälle löst erschrockene Reaktionen aus

Jedoch geringere Verweildauer in Kliniken - Kostenanstieg im stationären Bereich

THOMAS LINKE, Bonn Die Nachricht löste in Bonn Unruhe aus; erschrocken reagierte der Verband der Angestellten-Krankenkassen: Die Zahl der Krankenhausfälle steigt nach einer Infratest-Hochrechnung in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um eine halbe Million von 12,12 Millionen im Jahr 1985 auf 12,62 Millionen (die WELT berichtete gestern in einem Teil ihrer Auflage).

Die Deutsche Krankenhaushausgesellschaft teilte diese unerwartete Entwicklung wenige Tage vor der Sitzung der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen in Bonn mit. Am kommenden Montag wollen Bundesgesundheitsminister, Ärzte, Zahnärzte, Vertreter der Krankenkassen, die Arzneimittelbranche und die Krankenhäuser zu ihrer diesjährigen Herbstsitzung zusammenkommen.

„Wir konnten diese Zahl erst selbst nicht glauben“, hatte der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhaushausgesellschaft, Klaus Prödlhof, bei der Vorlage der Infratest-Hochrechnung erklärt. Bundesgesundheitsminister Norbert Blum wollte sich so kurz vor der Konzentrierten Aktion

Am Bau geht es inzwischen wieder deutlich bergauf

Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten wächst weiter

DW, Essen Die Bauwirtschaft befindet sich wieder in einer deutlichen Aufwärtsentwicklung. Im Hinblick auf die Baufachmesse Deuba 1987 (28. Januar bis 4. Februar) wies der Sprecher des Bundesbauministeriums, Robert Scholl, in Essen auf die spürbar verbesserte Auftragslage in den Bereichen Wohnungsbau und öffentliche Projekte hin.

Die Belegung am Bau wird auch am anhaltenden Anstieg der Nachfrage nach Baukrediten deutlich. So haben die deutschen Sparkassen in den ersten drei Quartalen 1986 neue Wohnungsbaukredite um zusammen 21,1 Milliarden Mark zugesagt, sieben Prozent mehr als in den ersten neun Monaten 1985. Damit hat sich dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Bonn zufolge die stabile positive Tendenz des zweiten Quartals mit zweistelligen Zuwachsraten auch im dritten Quartal fortgesetzt.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind außerdem 8,1 Prozent mehr Eigenheime genehmigt worden als im Vorjahr. Scholl führt dies auf die günstige Entwicklung der Reallohnentwicklung, die niedrigen Preise im Baugewerbe und das Zinsniveau zurück. Gleichzeitig unterstrich er den anhaltenden Trend zur Haus- und Wohnungsrenovierung.

Die Kreditzusagen für die Sanierung alter Gebäude haben die Neuaufbaufinanzierungen in diesem Jahr bereits um 20 Prozent überboten. Nach Ansicht des Bauministeriums ist die Sättigungsgrenze für Eigenheime noch längst nicht erreicht. Trotz rückgängiger Bevölkerungszahlen werde die Zahl der Haushalte in den nächsten Jahren noch um rund 800 000 ansteigen.

Boeing funkt dazwischen

Be. (London) - Bei dem Tauziehen um Awacs oder Nimrod geht es um mehr als das beste Preisgebot, um die britische Lücke bei der Modernisierung des Frühwarnsystems der NATO zu schließen. Entscheidend sind die britische Verteidigungsminister Younger für Boeings E-3 Awacs, so versetzt er damit der heimischen Radar-Technologie den Todesstoß. Englands GEC-Konzern hätte keine Chance mehr, Exportaufträge für fliegende Frühwarnsysteme an Land zu ziehen. Boeing wäre im Besitz des Monopols.

schwer mit dem Verzicht auf „made in England“ gerade bei Radar, wo sie im Zweiten Weltkrieg in Führung gegangen waren. Sie tun sich schwer auch deshalb, weil in achtjähriger Entwicklungszeit für Nimrod bereits knapp 2,8 Milliarden Mark aufgewendet wurden. Zu allem Überdell signalisierte auch noch die Royal Air Force, die doch die AEW-Aufklärung übernehmen soll, Müßfallen an dem heimischen Produkt. Und das so massiv, daß London mit einer Ausschreibung die Konkurrenz einlud.

Neues im Osthandel?

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Beteiligt sich in Kürze eine westliche Firma an einem Unternehmen in der Sowjetunion? Noch Anfang des Jahres war das für ausgeschlossen gehalten worden, und zwar aus ideologischen Gründen: jetzt wird selbst von der sowjetischen Führung - und nicht länger nur von einflussreichen Wissenschaftlern - über dieses Thema gesprochen. Joint-venture wurde zum Modewort, wie es Anfang der 70er Jahre die Kooperationen waren - eingeführt von den Sowjets.

Die Idee, gemeinsame Unternehmen zu gründen, wurde der Hoffnungsstrahl. Allerdings ist auch in Moskau noch nicht abgeklärt, was letztlich unter Joint-ventures alles verstanden werden soll. Es regt sich nach Widerstand. Wenn sich zeigen sollte, daß ein solches „kapitalistisches“ Unternehmen auch in der Sowjetunion besser arbeiten als die sozialistischen, dann wird es ideologischen Bauchweh geben.

Wie ernst es Moskau meint, zeigt sich allein schon daran, daß just zu dem Zeitpunkt, als Anfang dieses Monats Forschungsminister Riesenhuber eingeladen wurde, eine Delegation des Wirtschaftsministeriums zu intensiven Gesprächen in die sowjetische Hauptstadt reiste. Dort wurde der Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexej Antonow in der übernächsten Woche in der Bundesrepublik vorbereitet. In Bonn trifft er Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann. Beide leiten die deutsch-sowjetische gemischte Regierungskommission. Hauptthema hier wie bei den Gesprächen mit Vertretern deutscher Firmen: neue Formen der Zusammenarbeit.

Ursächlich für die Hektik, die jetzt an den Tag gelegt wird, wobei Kontakte zu fast allen westlichen Staaten gesucht werden, dürften zwei Gründe sein. Zum einen macht Parteichef Gorbatschow Druck auf die eigenen Institutionen, die sich etwas einfällen lassen sollen. Um die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft voranzutreiben, sollen auch die Beziehungen mit dem Westen intensiviert werden. Man will das lernen, was im eigenen System nicht möglich ist, zum Beispiel moderne Management- oder Vertriebsmethoden. Zum anderen rächt sich jetzt, daß die Sowjets im Westhandel in den letzten Jahren, als die Preise günstig waren, fast ausschließlich auf den Export von Rohstoffen gesetzt haben. Die Ausfuhr wurden nicht diversifiziert. Der Ölpretsverfall hat sie daher hart getroffen. Sie mußten, da sie sich nicht zu stark verschulden wollten, ihre Importe drosseln.

So sackten in den ersten acht Monaten dieses Jahres die deutschen Importe aus der Sowjetunion um 26,1 Prozent nach unten. Die deutschen Lieferungen nahmen um 8,1 Prozent ab. Auf Sicht bestimmen die sowjetischen Absatzmöglichkeiten den Umfang des Handels. Daher besteht auch in der deutschen Wirtschaft eine Interesse daran, nach neuen Wegen zu suchen.

Die Idee, gemeinsame Unternehmen zu gründen, wurde der Hoffnungsstrahl. Allerdings ist auch in Moskau noch nicht abgeklärt, was letztlich unter Joint-ventures alles verstanden werden soll. Es regt sich nach Widerstand. Wenn sich zeigen sollte, daß ein solches „kapitalistisches“ Unternehmen auch in der Sowjetunion besser arbeiten als die sozialistischen, dann wird es ideologischen Bauchweh geben.

Ungelöst sind auch noch solche für ein Gemeinschaftsunternehmen existentielle Fragen wie: Können stets die notwendigen Zusatzen aus dem Westen werden? Wie wird sich in erster Linie in der Sowjetunion engagieren, um den dortigen Markt zu bearbeiten. Den Sowjets geht es um Export.

Ungelöst sind auch noch solche für ein Gemeinschaftsunternehmen existentielle Fragen wie: Können stets die notwendigen Zusatzen aus dem Westen werden? Wie wird sich in erster Linie in der Sowjetunion engagieren, um den dortigen Markt zu bearbeiten. Den Sowjets geht es um Export.

Das Angebot dem Bedarf anpassen

Landwirtschaftsminister Kiechle für Senken der Agrarproduktion auf „vernünftiges Maß“

HANS-J. MAHNKE, Bonn Voraussetzung für die dringende Reform der EG-Agrarpolitik ist die Absenkung der Produktion auf ein „vernünftiges Maß“. Das hat Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle jetzt in Bonn bei der Vorstellung der Perspektiven für die nächsten Jahre noch einmal betont. Die Markt- und Preispolitik müsse Grundlage der bäuerlichen Einkommen bleiben. Eine Sicherung der Preise werde auf Dauer nur möglich sein, wenn Angebot und Nachfrage besser abgestimmt sind. Für notwendig hält Kiechle weiterhin gezielte Einkommenshilfen, da der Spielraum für Preisverbesserungen auf absehbare Zeit eng begrenzt ist.

Überschüsse nicht mehr finanzierbar sind, will Kiechle sein Gegenkonzept auf der nächsten Ratstagung in der kommenden Woche entgegengesetzt. Er schlägt obligatorische und lineare Produktionskürzungen vor, wobei den Landwirten ihr entgangener Gewinn ersetzt werden soll. Seine Rechnung: Die Verwertung eines Liters Milch kostet 67 Pfennig, die Landwirte sollten 30 Pfennig Ausgleich bekommen, damit würde die Gemeinschaft noch Geld sparen. Geleitet werden sollte die Produktion um zehn Millionen Tonnen oder zehn Prozent.

Nachdem die Mehrheit des Europäischen Parlaments sich in der Milchpolitik zu ähnlichen Vorschlägen wie Kiechle durchgerungen hat, ist der Minister optimistisch, daß er auch im Agrartrat Chancen hat voranzukommen. Bisher lehnt Frankreich solche Überlegungen entschieden ab. Bei Rindfleisch kann sich Kiechle

Strittig sei in der Marktpolitik nicht, daß eingegriffen werden müsse, sondern nur das Wie. Den Vorstellungen der EG-Kommission für den Milchmarkt, die praktisch auch eine Preisenkung hinauslaufen, weil die

mit dem Vorschlag anfreunden, die Intervention einzuschränken und dafür den Landwirten eine Rindviehprämie zu zahlen. Bei Getreide setzt er auf die Förderung alternativer Produktionen und auf Flächenstilllegungen.

In der Strukturpolitik sollen nach Ansicht Kiechles die ökologischen Leistungen der Landwirtschaft stärker honoriert werden. In der Sozialpolitik, die er als Einkommensstütze, nicht aber als Preisersatz sieht, sollte mehr als bisher selektiert werden. Unter Verbraucherpolitik versteht Kiechle die ausreichende Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln.

Strittig sei in der Marktpolitik nicht, daß eingegriffen werden müsse, sondern nur das Wie. Den Vorstellungen der EG-Kommission für den Milchmarkt, die praktisch auch eine Preisenkung hinauslaufen, weil die

mit dem Vorschlag anfreunden, die Intervention einzuschränken und dafür den Landwirten eine Rindviehprämie zu zahlen. Bei Getreide setzt er auf die Förderung alternativer Produktionen und auf Flächenstilllegungen.

In der Strukturpolitik sollen nach Ansicht Kiechles die ökologischen Leistungen der Landwirtschaft stärker honoriert werden. In der Sozialpolitik, die er als Einkommensstütze, nicht aber als Preisersatz sieht, sollte mehr als bisher selektiert werden. Unter Verbraucherpolitik versteht Kiechle die ausreichende Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln.

Pöhl: Ohne Pfund bleibt das EWS nur ein Torso

VWD, Frankfurt Für eine baldige Beteiligung Großbritanniens am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems hat sich Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl erneut stark gemacht. Das EWS sei inzwischen zu einem entscheidenden Element in der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes geworden, wobei ein erheblicher Teil des deutschen Außenhandels inzwischen zu festen Wechselkursen abgewickelt werde. „Ohne das Pfund Sterling bleibt das EWS jedoch nur ein Torso.“

AUF EIN WORT



Erhard Bouillon, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt.

Im Ruhrgebiet ist die Stimmung wieder gut

dpa/VWD, Gelsenkirchen Die Entwicklung im Ruhrgebiet „bleibt insgesamt aufwärts gerichtet“. Mehr als vier Fünftel der Unternehmen (84,3 Prozent nach 82 Prozent im Frühjahr) schätzten ihre Situation als „befriedigend“ oder besser ein. Dies ist ein Ergebnis der Herbstumfrage der fünf Industrie- und Handelskammern des Reviers, an der sich 1450 Firmen mit zusammen 590 000 Beschäftigten beteiligten.

Der Präsident der zur Zeit federführenden Kammer Münster, Hans-Günter Borgmann, und Hauptgeschäftsführer Heinrich Alekamp bescheinigten der Ruhrwirtschaft in Gelsenkirchen „durchaus robuste Verfassung und Ausdauer“. Die Reaktion auf die Umfrage sei zuletzt Ende der 70er Jahre „ähnlich hochgestimmt“ gewesen. Weil inzwischen beim privaten Verbrauch „der Knoten geplatzt“ sei, spüre man auch der Handel eine Belebung, die teilweise sogar den Bundesdurchschnitt übertreffe.

Weniger optimistisch sind nach Darstellung der Kammerpräsidenten trotz unverändert hoher Investitionsneigung die Erwartungen für das kommende Halbjahr. Der Aufschwung werde zwar auch an der Ruhr anhalten, aber vor allem der Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrie setzten erneut aufbrechende Anpassungsprobleme, ein rauher Riß im außenwirtschaftlichen Klima und der ungünstige Wechselkurs zu.

„Es darf nicht erst eine Kluft aufreißen zwischen den jungen, schon bisher informationstechnisch ausgebildeten Mitarbeitern und den darin unbewanderten Älteren - und die ‚Oldies‘ in diesem Sinne fangen schon bei 25 und 30 Jahren an.“

Erhard Bouillon, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt.

Weniger optimistisch sind nach Darstellung der Kammerpräsidenten trotz unverändert hoher Investitionsneigung die Erwartungen für das kommende Halbjahr. Der Aufschwung werde zwar auch an der Ruhr anhalten, aber vor allem der Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrie setzten erneut aufbrechende Anpassungsprobleme, ein rauher Riß im außenwirtschaftlichen Klima und der ungünstige Wechselkurs zu.

„Es darf nicht erst eine Kluft aufreißen zwischen den jungen, schon bisher informationstechnisch ausgebildeten Mitarbeitern und den darin unbewanderten Älteren - und die ‚Oldies‘ in diesem Sinne fangen schon bei 25 und 30 Jahren an.“

Erhard Bouillon, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt.

Weniger optimistisch sind nach Darstellung der Kammerpräsidenten trotz unverändert hoher Investitionsneigung die Erwartungen für das kommende Halbjahr. Der Aufschwung werde zwar auch an der Ruhr anhalten, aber vor allem der Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrie setzten erneut aufbrechende Anpassungsprobleme, ein rauher Riß im außenwirtschaftlichen Klima und der ungünstige Wechselkurs zu.

Weniger optimistisch sind nach Darstellung der Kammerpräsidenten trotz unverändert hoher Investitionsneigung die Erwartungen für das kommende Halbjahr. Der Aufschwung werde zwar auch an der Ruhr anhalten, aber vor allem der Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrie setzten erneut aufbrechende Anpassungsprobleme, ein rauher Riß im außenwirtschaftlichen Klima und der ungünstige Wechselkurs zu.

Weniger optimistisch sind nach Darstellung der Kammerpräsidenten trotz unverändert hoher Investitionsneigung die Erwartungen für das kommende Halbjahr. Der Aufschwung werde zwar auch an der Ruhr anhalten, aber vor allem der Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrie setzten erneut aufbrechende Anpassungsprobleme, ein rauher Riß im außenwirtschaftlichen Klima und der ungünstige Wechselkurs zu.

Die „stille Emigration“ der Bielefelder Wirtschaft

HELMUT BREUER, Bielefeld In einem dramatischen Appell haben 100 Unternehmer und Wirtschaftsvertreter die Kommunalpolitiker in Bielefeld aufgefordert, den weiteren „Niedergang“ der von einer rot-bunten Mehrheit regierten Ostwestfalen-Metropole zu stoppen. Die Unterzeichner der ungewöhnlichen Initiative, darunter die Verleger beider Bielefelder Tageszeitungen, Repräsentanten des Oetker-Konzerns, der Delius-Gruppe, der Seidensticker GmbH, der Gildemeister AG und des Bankhauses Hermann Lampe, überbrachten gestern dem Bielefelder Oberbürgermeister Klaus Schwicker (SPD) eine Untersuchung über die „besorgniserregende“ Situation und Entwicklung der Stadt.

In dem Dokument werden die Kommunalwahlen 1979 und 1984 als entscheidende „Zäsur“ bezeichnet, die damals Abgeordnete der grünen

bunten Liste in den Rat eingezogen seien, die traditionell regierende SPD die Mehrheit verloren habe und seitdem alle für die Wirtschaft Bielefelds wesentlichen Entscheidungen mit den Stimmen der grün-bunten Abgeordneten getroffen worden seien.

Als Folge dieser rot-grünen Mehrheit habe man ein dringend notwendiges neues Verkehrskonzept für Bielefeld nicht erarbeitet, seien die vorhandenen Verkehrsströme „bewußt behindert“ worden, wodurch Bielefeld von der ostwestfälischen Region abgehandelt werde. Der durch Staat belastete City-Bereich habe so zwangsläufig an Attraktivität verloren, der Kaufkraftindex Bielefelds sei gesunken, der Anteil der auswärtigen Kunden eines Innenstad-Warenhauses sei von 48,7 im Jahre 1965 auf 24,6 Prozent 1984 zurückgegangen.

Durch 1979 drastisch einsetzende Steigerungen der städtischen Gebäu-



Boeing hat beim Countdown für die Mitte Dezember erwartete Vergabe des lukrativen Auftrags für ein fliegendes Frühwarnsystem für die Royal Air Force das beste Angebot seiner Geschichte gemacht. (S. 14)

WELTWIRTSCHAFT

USA: Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten wird 1991 noch 100 Mrd. Dollar übersteigen und damit weit von dem für das betreffende Jahr vom Gramm-Rudman-Gesetz vorgeschriebenen Ausgleich bleiben. (S. 15)

Emissionen: Fast täglich wird die Pariser Börse mit neuen Übernahmeangeboten konfrontiert, für die bereits von zahlreichen Unternehmen eine „Kriegskasse“ unterhalten wird. (S. 15)

Italien: Für den gesamten Bereich der italienischen Staatsbetriebe wird die Übernahme von Alfa Romeo durch Fiat nicht ohne Folgen bleiben. (S. 15)

Ägypten: Nachdrücklich hat sich Hosni Mubarak in einer Rede zur Parlamentsöffnung gegen ausländische Versuche verwahrt, Einfluß auf wirtschaftspolitische Entscheidungen des Landes zu nehmen.

Brüssel: Mit der Paraphierung eines Textil-Abkommens mit Uruguay hat die EG-Kommission in dieser Woche eine Serie bilateraler Verhandlungen zur Ausfüllung des neuen Multifaserabkommens beendet. (S. 14)

Giganten-Abnahme: Obwohl jetzt Iran den größten Tanker der Welt, den „Seavise Giant“ abgenommen hat, beklagt die Genfer Welthandelsorganisation Unctad die weltweite Schiffsfahrtskrise. (S. 14)

FÜR DEN ANLEGER

Spanien: Ein Sekundärmarkt, das heißt ein Markt für Aktien, die im Freiverkehr gehandelt werden, wird in Madrid eröffnet. (S. 15)

Table with 4 columns: Commodity, Price, Change, % Change. Includes items like Kurogewinner, Bremer Vulkan, Veith Pirell, etc.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Basel: Zwei unterschiedliche Haftungs- und Anspruchsgrundlagen konkurrieren im Versicherungssektor des schweizerischen Chemieriesen „Sandoz“, der für die Rheinverschmutzung verantwortlich ist. (S. 16)

Ergebnisbeleg: Mit einem Wertberichtigungsbedarf, der die aus früheren Jahren gewohnten Beträge übersteigen wird, rechnen die Deutsche Hypothekbank AG für das laufende Geschäftsjahr. (S. 16)

Inbetriebnahme: Das modernste Biotechnikum Europas ist jetzt im oberösterreichischen Biberach von der Dr. Karl Thomae GmbH in Betrieb genommen worden. (S. 16)

Extrusionsanlagen: Für 1986 erwartet die Reifenhäuser GmbH & Co. KG eine Umsatzsteigerung von zwölf Prozent auf 250 Mill. DM sowie einen Gruppenumsatz von rund 300 Mill. DM. (S. 17)

Steinkohle: In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat die Ruhrkohle AG, Essen, neun Prozent weniger Steinkohle verkauft als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

VEW: Die Aktionäre der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG können für 1986 mit etwa dem gleichen Ergebnis wie im Vorjahr rechnen. (S. 16)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Table with 6 columns: Product, 11.11.86, 10.11.86, 1.1.86, 1.8.85, 1973. Includes items like Südpetrol, Heizöl, Gasöl.

MÄRKTE & POLITIK

Sozialrecht: Ausgesprochen gering ist die Zahl der Anträge auf Witwenrente nach dem Tode einer rentenversicherten Frau. (S. 17)

Streit: Die privaten Krankenversicherer haben an die Beamten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) appelliert, sich nicht von den „Gesetzlichen“ irreführen zu lassen. (S. 17)

Coca-Cola-Urteil: Die Aufforderung zu einem Geschmacksstest konkurrierender Getränke ist nicht in jedem Falle wettbewerbswidrig. (S. 16)

WER SAGT'S DENN? Ein Vorstand, der die Abschreibungen nicht verdient, muß damit rechnen, daß seine Verdienste abgeschrieben werden. Aus dem Hause Preussag

Großhandel: In der Bundesrepublik werden die Verkaufspreise im Oktober um 8,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Dollar und Pfund wieder schwächer

dpa/VWD, Frankfurt Die New Yorker Devisenhändler, die am Mittwoch nach dem Bankfeiertag in den USA (Veterans Day) wieder in das Geschäft eintraten, fanden einen deutlich niedrigeren Wechselkurs des Dollar vor. An der Frankfurter Devisenbörse notierte die US-Währung mit 2,0380 DM nach 2,0347 DM am Dienstag. Nachbörslisch lag sie noch leicht unter diesem amtlichen Mittelkurs. Händler sprechen von technischen Faktoren, aber auch schon von der Spekulation mit den nächsten US-Konjunkturdaten.

Die „stille Emigration“ der Bielefelder Wirtschaft

HELMUT BREUER, Bielefeld In einem dramatischen Appell haben 100 Unternehmer und Wirtschaftsvertreter die Kommunalpolitiker in Bielefeld aufgefordert, den weiteren „Niedergang“ der von einer rot-bunten Mehrheit regierten Ostwestfalen-Metropole zu stoppen. Die Unterzeichner der ungewöhnlichen Initiative, darunter die Verleger beider Bielefelder Tageszeitungen, Repräsentanten des Oetker-Konzerns, der Delius-Gruppe, der Seidensticker GmbH, der Gildemeister AG und des Bankhauses Hermann Lampe, überbrachten gestern dem Bielefelder Oberbürgermeister Klaus Schwicker (SPD) eine Untersuchung über die „besorgniserregende“ Situation und Entwicklung der Stadt.

In dem Dokument werden die Kommunalwahlen 1979 und 1984 als entscheidende „Zäsur“ bezeichnet, die damals Abgeordnete der grünen

bunten Liste in den Rat eingezogen seien, die traditionell regierende SPD die Mehrheit verloren habe und seitdem alle für die Wirtschaft Bielefelds wesentlichen Entscheidungen mit den Stimmen der grün-bunten Abgeordneten getroffen worden seien.

Als Folge dieser rot-grünen Mehrheit habe man ein dringend notwendiges neues Verkehrskonzept für Bielefeld nicht erarbeitet, seien die vorhandenen Verkehrsströme „bewußt behindert“ worden, wodurch Bielefeld von der ostwestfälischen Region abgehandelt werde. Der durch Staat belastete City-Bereich habe so zwangsläufig an Attraktivität verloren, der Kaufkraftindex Bielefelds sei gesunken, der Anteil der auswärtigen Kunden eines Innenstad-Warenhauses sei von 48,7 im Jahre 1965 auf 24,6 Prozent 1984 zurückgegangen.

Durch 1979 drastisch einsetzende Steigerungen der städtischen Gebäu-

ren und eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 290 Prozent im Jahre 1979 auf einen Hebesatz von heute 420 Prozent habe sich der Abstand zu den Umlandgemeinden immer krasser gezeigt. So müsse ein Bielefelder Unternehmer, der nach Gewerbesteuer das gleiche verdienen wolle wie ein Betrieb der 15 Umlandgemeinden, einen 25 Prozent höheren Gewinn erwirtschaften.

Das Pfund Sterling sackte deutlich auf 2,9980 (2,9260) DM ab, nachdem der britische Zentralbankchef Robin Leigh-Pemberton erklärt hatte, eine Vollmitgliederschaft Großbritanniens im Europäischen Währungssystem (EWS) sei weiter aus politischen Überlegungen nicht aktuell.

In dem Dokument werden die Kommunalwahlen 1979 und 1984 als entscheidende „Zäsur“ bezeichnet, die damals Abgeordnete der grünen

ren und eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 290 Prozent im Jahre 1979 auf einen Hebesatz von heute 420 Prozent habe sich der Abstand zu den Umlandgemeinden immer krasser gezeigt. So müsse ein Bielefelder Unternehmer, der nach Gewerbesteuer das gleiche verdienen wolle wie ein Betrieb der 15 Umlandgemeinden, einen 25 Prozent höheren Gewinn erwirtschaften.

Trotz dieser Steuer- und Gebührenentwicklung verzeichne Bielefeld heute die höchste Schuldenzunahme aller Städte Nordrhein-Westfalens, die zwischen 1981 und 1985 32,8 Prozent betragen habe. Obwohl Bielefeld eine Pro-Kopf-Verschuldung von fast 3000 Mark aufweise, solle sich der „ohnehin überprüfenswerte“ Stellenplan der Stadt 1987 um weitere 70 Planstellen erhöhen.

In einem Akt der „stillen Emigration“, wie es in der Studie heißt, hät-

ten inzwischen namhafte Bielefelder Unternehmen Betriebsteile ins Umland verlagert und auswärtige Betriebsteile stärker ausgebaut. Seit 1971 seien der Stadt 500 Firmen - mit tendenzieller Steigerung verlorengegangen. Bezeichnend für die Situation in Bielefeld sei auch: Die Kompetenz für die Ansiedlung neuer Unternehmen - die auch noch auf ihre „gesellschaftliche Verträglichkeit“ hin untersucht würden - sei einem untergeordneten Amtssteller ohne Erfahrung überlassen worden.

So wundere es kaum noch, daß Bielefeld nach den Planungen der Landesregierung zwar 1685 Hektar Gewerbefläche ausweisen müsse, tatsächlich aber das aktuell vorhandene Angebot keine acht Hektar betrage. Dies sei weniger als der Bedarf eines einzigen ansiedlungswilligen Betriebes, der deswegen nicht nach Bielefeld kommen wird.

Geldmenge in den Industriestaaten stark ausgeweitet

VWD, Washington

Eine starke monetäre Expansion und eine trotzdem nur langsam steigende Industrieproduktion kennzeichnen im ersten Halbjahr 1986 die Entwicklung in den Industriestaaten. Dazu stellt der Internationale Währungsfonds (IWF), Washington, fest, beschleunigte sich das jährliche Wachstum der eng definierten Geldmenge in den Industriestaaten im zweiten Quartal 1986 um 11,2 Prozent, verglichen mit 9,9 Prozent im vorangegangenen und 8,5 Prozent im entsprechenden Quartal 1985. Der durchschnittliche Anstieg der eng definierten Geldmenge dieser Länder im zweiten Quartal (Bargeld und Sichteinlagen sowie private per Scheck verfügbare Spareinlagen, nichtprivate per Scheck verfügbare Festgeldinlagen und nichtprivate per Scheck verfügbare Einlagen mit Kunden

Vranitzky setzt auf wirtschaftspolitische Themen

Nur noch zehn Tage bis zu den Nationalratswahlen - WELT-Gespräch mit Österreichs amtierendem Bundeskanzler

Wenn der amtierende österreichische Bundeskanzler, Franz Vranitzky, für die Nationalratswahlen am 23. November seine Reden hält, stehen wirtschaftliche Probleme im Vordergrund. Denn Österreichs rosige Zeiten sind vorbei. Inzwischen steht das Land vor Schwierigkeiten, die früher nicht bestanden. Bruno Kreisky verschrieb Schuldenmachen gegen die Arbeitslosigkeit. Doch dieses Rezept darf nicht mehr verordnet werden. Vranitzky erkennt Sachzwänge, die ein Entrinnen verbieten. Diese wirtschaftliche Kompetenz ist die Stärke des Bundeskanzlers. Daher hat er trotz Sympathieeinbußen der SPÖ auch nach dem 23. November gute Chancen, als Regierungschef Verantwortung zu tragen.

Für diesen Fall skizziert der österreichische Kanzler in einem Gespräch mit der WELT die wirtschaftspolitische Marschroute: Budgetsanierung, Steuerreform, Privatisierung und Sanierung von Staatsbetrieben, eine neue Industriepolitik und ein engeres Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft kennzeichnen die wesentlichen Ansatzpunkte.

Eine Annäherung zur EG soll sowohl die Handelspolitik als auch Forschung, Entwicklung und Kooperationen betreffen. Aufgrund der geographischen Nähe zum Ostblock will Vranitzky in Zukunft die Orientierung an den westlichen Demokratien hervorheben. „Unsere Neutralität bedeutet ja schließlich nicht, daß wir uns nicht wirtschafts- und gesellschaftspolitisch eindeutig orientieren dürfen“, stellt der Kanzler klar.

Mit seinen Lösungsvorschlägen für anstehende Probleme bleibt Vranitzky Pragmatiker. Die Diskussion um die Reprivatisierung, die sich in den letzten Wochen zu einem herausragenden Wahlkampfthema entpuppte, hat das bewiesen. Während er bei der Opposition keine klare Linie erkennen kann, legt Vranitzky sich fest: Eine generelle Privatisierung werde es nicht geben, sondern nur eine selektive, nach betriebswirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Maxime müsse sein, die Unternehmen von sich aus wettbewerbsfähig zu machen. Dann sei auch der Eigentümer nicht so wesentlich. Zunächst gehe es darum, notwendiges Eigenkapital über die Börsen aufzubringen; oh dann weniger oder mehr als 50 Prozent der Anteile in private Hände übergeht, spiele eine untergeordnete Rolle. Auch Teilverkäufe an Unternehmen oder Kooperationen seien angestrebt. Vranitzky weiß, daß die Sanierung insbesondere im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie nicht schmerzlos erfolgen kann. Er trachte jedoch, soziale Härten durch flankierende Maßnahmen und durch die Schaffung anderer, produktiver Arbeitsplätze zu vermeiden.

Ebenso wenig ideologisch sieht Vranitzky die Budgetsanierung. Während der Kanzlerkandidat der Opposition, Alois Mock, das ausufernde Staatsdefizit mit der Gewissensfrage nach dem Staatsanteil in der Wirtschaft verbindet, drückt Vranitzky sein Ziel mit nüchternen Zahlen aus: Binnen fünf Jahren müsse das Netto-



FOTO: POLY-PRESS

defizit von 5,2 auf 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gedrückt werden. Der Kritik der Opposition, daß ihm dies als Finanzminister schon nicht gelungen sei, setzt der Kanzler die schlechten Rahmenbedingungen entgegen.

Zum einen seien in den weltwirtschaftlich schwierigen 70er Jahren zur der Erhaltung der Beschäftigung Staatsschulden eingegangen worden, deren Bedienung statt damals 3,5 Prozent inzwischen sieben bis acht Prozent der Gesamtausgaben des Staates ausmacht. Heute seien zudem unvorhersehbare Ausgaben in Höhe von mehreren Milliarden Schilling unter dem Titel „Tschernobyl-Folgen“ für die Landwirtschaft hinzugekommen. Die Arbeitslosenzahlen und damit auch die Folgekosten seien hö-

her ausgefallen als es die Wirtschaftsforscher prognostiziert hätten. Und schließlich seien die Steuereinnahmen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil die schwächere Konjunktur zu einem Mehrwertsteuerausfall geführt habe und andererseits sich das Gesetz vom abnehmenden Ertrag insbesondere bei der Einkommensteuer bestätigt habe.

Einen Abbau des Defizits versuchte Vranitzky auch durch eine Steuerreform zu erreichen. Doch während die Opposition eine generelle Senkung der Steuern verspricht, lehnt Vranitzky einen Radikalschnitt ab. Der bereits beschlossene Senkung des Lohnsteuerarifs per 1. 1. 1987 soll eine Durchforstung der in Österreich üppig wuchernden Subventionen folgen, so daß im Gegenzug beispielsweise der Körperschaftsteuersatz von 55 auf 40 Prozent gesenkt werden könnte. Insgesamt sollen zwei verschiedene Steuerreform-Varianten der Bevölkerung zur Auswahl angeboten werden, die sich dann im Wege einer Volksabstimmung entscheidet. Das in Österreich besonders sensible Thema der Besteuerung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bleibt in dieser Form bei Vranitzky weiterhin tabu, die Sonderzahlungen könnten aber durchaus bei der Bemessung der gesamten Jahressteuer zur Berücksichtigung kommen.

Daß eine Sanierung des Budgets eine Reform des Pensionssystems nach sich ziehen muß, ist Vranitzky klar. An einem Entwurf wird gearbeitet. WOLFGANG FREISLEBEN

Schiffbaukrise nicht entschärft

Verluste der Banken von mehr als 20 Milliarden Dollar

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die Genfer Welt Handelsorganisation Unctad, die vor allem die Interessen der Dritten Welt wahrnimmt, plädiert für eine konzentrierte weltweite Aktion, um das chronische Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage im Seeverkehr abzubauen. Es wird vorgeschlagen, 1987 eine internationale Konferenz aller Beteiligten - Reederei- und Wertverbände, Gewerkschaften, Banken und Regierungen - einzuberufen und eine gemeinsame langfristige Strategie zu erörtern. Ein Bericht des Unctad-Generalsekretariats zur Welt-Schiffbaukrise wird gegenwärtig im Rahmen ihres in Genf tagenden Schiffbauausschusses diskutiert.

Inzwischen ist der Tonnageüberhang zwar von seinem 1983 erreichten Höchststand von 196 Mill. Tonnen Tragfähigkeit (tzw) auf 162 Mill. gesunken (Mitte 1985), liegt damit aber immer noch bei 24,3 Prozent der Welthandelsflotte verglichen mit weniger als neun Prozent vor zehn Jahren. Im Tankerktor beträgt der Tonnageüberhang noch 37 Prozent, bei den Trockenfrachtern 23 Prozent. Ein erhebliches Überangebot besteht nun auch im Containerbereich. Hier drückt das rasche Vordringen von „Rund um die Welt“-Diensten die Frachtpreise.

Dazu kommt, daß die Schiffbaukapazitäten immer noch um rund 40 Prozent zu groß sind und immer noch zu viele Neubauten begonnen werden, um den Markt von der Angebotsseite her zu entlasten. Die Verfasser des Berichtes finden auch keine An-

zeichen dafür, daß sich die heutige krisenhafte Situation allmählich durch die Kräfte des Marktes korrigieren wird. Niedrigere Frachten und ungünstige Aussichten allein haben bisher nicht ausgereicht, um den notwendigen Anpassungsprozess zu beschleunigen.

Der Hauptgrund dafür liegt in der protektionistischen Schiffahrtspolitik vieler Länder und vor allem in den unverändert hohen Staatsbeihilfen durch Steuererläß und Subventionierung zu Gunsten der Werften. Nach Schätzungen von 1983 wurde der Schiffbau weltweit mit nahezu fünf Mrd. Dollar subventioniert oder zu durchschnittlich einem Viertel der kontrahierten Preise. In traditionellen Schiffbauländern wurden die Neubauten in den letzten Jahren sogar noch stärker - mit rund 40 Prozent - subventioniert.

Hier liegt die Hauptursache der andauernden Krise. Aber auch die allzu großzügigen Finanzierungsbedingungen der Banken seit den siebziger Jahren - oft über den Eurodollarmarkt - haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Heute sehen sich die Banken Verlusten von über 20 Mrd. Dollar gegenüber.

Schließlich ist auch von der Nachfrageseite her in den nächsten Jahren keine wesentliche Entlastung zu erwarten. Alle Prognosen deuten auf eine nur mäßige Zunahme des Welt Handels bis in die 90er Jahre hin. Als einziger Ausweg bleibt daher der schrittweise Kapazitätsabbau, unter anderem durch schnellere Verschrottung veralteter Tonnage.

Interessante berufliche Positionen bietet Ihnen die BERUFS-WELT!

Wichtig ist, daß Sie über alle Berufs-Chancen für qualifizierte Bewerber rechtzeitig informiert sind. Nutzen Sie deshalb regelmäßig die BERUFS-WELT, den großen Stellenkatalog für Fach- und Führungskräfte mit wichtiger Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Jeden Samstag in der WELT.

Auf Wunsch 4 Wochen kostenlos, Telefon 0130-6060 (zum Ursprung), Oder Postkarte an

DIE WELT

Postfach 30253 30, 2004 Hamburg 36

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Urteile im Dezember

Luxemburg (VWD) - Der Europäische Gerichtshof (EGH) will am 5. Dezember die Urteile in den Vertragsverletzungsverfahren verkünden, die die EG-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Dänemark und Irland wegen Behinderung des freien Versicherungsmarktes eingeleitet hat. Es wird sich dann zeigen, ob sich die Kommission mit ihren Bestrebungen durchsetzt, die nationalen Versicherungsmärkte aufzubrechen. Hinter zum Teil technischen Problemen verbirgt sich letzten Endes die Frage, ob Unternehmen am Markt eines anderen Mitgliedsstaates tätig werden können, ohne dort über eine Niederlassung zu verfügen.

Abkommen unterzeichnet

Bern (AFP) - Die Schweiz und China haben am Mittwoch in Peking ein Kooperationsabkommen im Nuklearsektor unterzeichnet, das u.a. den Austausch von spaltbarem Material, Ausrüstung und Technologie vorsieht. Dies wurde in einem in Bern veröffentlichten Kommuniqué des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten bekanntgegeben.

Drei-Jahres-Tief

New York (VWD) - Der vom Conference Board ermittelte Index des Vertrauens der US-Verbraucher im Oktober

ber auf seinen tiefsten Stand seit mehr als drei Jahren abgesackt und stellte sich auf 88,3 nach 92,8 im September. Rückläufig sind die Pläne der Verbraucher, Pkw, Eigenheime und Großgeräte anzuschaffen.

Datenaustausch unterstützt

Brüssel (VWD) - Die Aktienbörsen der Europäischen Gemeinschaft haben zur Förderung des Austauschs von Kursinformationen eine neue Gesellschaft gegründet. Der Schritt, der von der EG-Kommission unterstützt wird, ist der jüngste in dem Bestreben der EG, die Entwicklung eines einheitlichen Kapitalmarktes in Europa zu beschleunigen. Die neue Gesellschaft firmiert mit „Interbourse Data Information System (Idis)“ und hat ihren Sitz in Brüssel. Sie ist mit einem Grundkapital von 192 000 bfrm ausgestattet. Sie fungiert als ein Gemeinschaftsunternehmen der Mitglieder aller Börsen in der EG mit Ausnahme Griechenlands.

US-Gewinne steigen

New York (dpa/VWD) - Die amerikanischen Industrieunternehmen haben im dritten Quartal 1986 zum ersten Mal seit Ende 1984 deutliche Ertragssteigerungen erzielt. Nach einer vierteljährlichen Erhebung der Zeitung „The Wall Street Journal“ stieg bei den in der Umfrage erfaßten 507 Unternehmen der betriebliche Gewinn um vier Prozent im Vergleich zum dritten Quartal 1985. Der Nettotertrag erhöhte sich danach um sieben

Prozent nach fünf Prozent Rückgang im zweiten und zwei Prozent im ersten Quartal.

Verkäufe geplant

New York (dpa/VWD) - Die finanziell notleidende BankAmerica Corp., San Francisco, Amerikas zweitgrößte Geldinstitur, will bis Sommer 1987 Vermögenswerte im Wert von 7 bis 8 Milliarden Dollar abstoßen, um ihre Kapitalbasis zu verbreitern. Damit sollen nach Angaben der Bank Verluste im Kreditgeschäft ausgeglichen und gleichzeitig eine Abwehr gegen den Übernahmeversuch durch die Bankgesellschaft First Interstate Corp. (Los Angeles) aufgebaut werden.

Millionen-Kredit

Peking (AFP) - Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird Peking laut Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Neues China noch in diesem Jahr einen Kredit in Höhe von 600 Mill. Dollar gewähren. Die vom IWF an China vergebenen Kredite werden damit insgesamt über eine Milliarde Dollar betragen. China hatte bisher 930 Mill. Dollar beim IWF geliehen, inzwischen aber wieder 550 Mill. Dollar zurückgezahlt. Der Gouverneur der Chinesischen Staatsbank, Frau Chen Muhua, erklärte am Dienstag auf einem Symposium des Internationalen Währungsfonds, China benötige fünf Jahre zur Restrukturierung des Finanzsystems.

Boeing lockt mit Auftragsvergabe

He, London

Beim Countdown für die Mitte Dezember erwartete Vergabe des lukrativen Auftrags für ein fliegendes Frühwarnsystem für die Royal Air Force hat Boeing das beste Angebot seiner Geschichte gemacht: Statt 100 will Boeing nun 130 Prozent der Anschaffungskosten seines E3 Avcw Flugzeuges durch Auftragsvergabe an die britische Flugzeug- und Elektronikindustrie während der nächsten acht Jahre im Rahmen eines Offsets-Fakets decken.

Boeing-Vizepräsident Jerry King betonte in London, für jede 100 Mill. Pfund, die London für das Avcw-System ausgabe, werde Boeing 130 Mill. durch Auftragsvergabe an britische Firmen aufwenden, darunter SDI-bezogene Projekte. King nannte keinen Endpreis, stellte jedoch die Schaffung von 50 000 Arbeitsplätzen während der acht Jahre in Aussicht und bob hervor, daß nur zehn Prozent der Offsets-Aufträge Avcw-bezogen wären. GEC Avionics, Boeings britischer Konkurrent mit seinem Nimrod-Frühwarn-System, wollte die Behauptung, Avcw sei billiger und werde mehr Arbeitsplätze schaffen, nicht gelten lassen. GEC-Managing Director Bill Alexander sprach von „starker Übertreibung“ und dem auf einen Schlag drohenden Verlust 2500 britischer Arbeitsplätze. Da die Möglichkeit eines Ankaufs von Avcw auch durch die Franzosen die Kosten senken würde, bleibt der Ausgang bis zuletzt ungewiß. (SAD)

EG läßt mehr Textilimporte zu

Serie bilateraler Verhandlungen in dieser Woche beendet

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit der Paraphierung eines Textil-Abkommens mit Uruguay hat die EG-Kommission in dieser Woche eine Serie bilateraler Verhandlungen zur Ausfüllung des neuen Multifasertextilabkommens beendet. Es ist der 26. Vertrag über eine „freiwillige“ Begrenzung der Textileinfuhren dieser Länder in die Gemeinschaft. Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq wird dem Brüsseler Ministerrat am 24. November einen zusammenfassenden Überblick über die Verhandlungen geben.

Insgesamt haben die unter das 3. Welttextilabkommen (1987 bis 1991) fallenden Länder im vergangenen Jahr 677 000 Tonnen in die Gemeinschaft geliefert. Hinzu gerechnet werden müssen noch die Importe aus der Volksrepublik China, die 10 700 Tonnen ausmachten. Das bilaterale Textilabkommen mit Peking läuft erst Ende 1986 aus. Über Stand und Entwicklungsaussichten der chinesischen Industrie informiert sich in diesen Tagen gerade eine Delegation des deutschen Verbandes Gesamttextil.

Die EG-Abkommen sehen für die kommenden fünf Jahre eine gewisse Öffnung des europäischen Marktes vor, wengleich die den Entwicklungsländern eingeräumten Zuwachsraten mit maximal 6 Prozent sehr gering sind. Die sogenannten dominierenden Exportländer (Hongkong, Korea, Macao und Taiwan) können bei „sensiblen“ Erzeugnissen (Baumwollgarne und -stoffe, Synthetikfa-

sern, T-Shirts, Hemden, Blusen, Hosen und Pullover) sogar nur mit Mehrprozenten von höchstens einem Prozent rechnen.

Keine bilateralen Abkommen wurden diesmal mit einigen Ländern ausgehandelt, deren Exporte nicht ins Gewicht fallen. Die Quoten für Taiwan wurden wie in der Vergangenheit autonom festgelegt, da die Gemeinschaft mit dem fernöstlichen Inselstaat keine diplomatischen Beziehungen unterhält und folglich auch nicht offiziell verhandeln kann. Die Vereinbarungen mit Bangladesch und Uruguay sehen keine mengenmäßigen Importbeschränkungen mehr vor.

Nicht unter das Welttextilabkommen fallen die Einfuhren aus den Ländern, mit denen die Gemeinschaft Präferenzabkommen abgeschlossen hat, vor allem im Mittelmeerraum. Die EG-Importe aus dieser Region machen gegenwärtig rund 48 Prozent der Gesamteinfuhren an Textilien und Bekleidung aus. Obwohl diese Abkommen grundsätzlich im gewerblichen Bereich keine Einfuhrbeschränkungen mehr zulassen, gab es schon bisher „Arrangements“ über Lieferbeschränkungen auf der Grundlage der Schutzklausel dieser Präferenzabkommen. Sie sollen auch in Zukunft den Textilhandel regeln. Einige der bisherigen „Arrangements“ (Malta, Türkei) sind noch nicht ausgelaufen, mit Marokko und Tunesien stehen Sondergespräche über deren Erneuerung bevor.

TEST
ERLEBNIS

Ein Wochenende im CX.

Jetzt können Sie was erleben: einen CX. Und mit etwas Glück haben Sie ja sogar schlechtes Wetter. Dann können Sie ein Wochenende lang nicht nur einen CX, sondern auch seine Wintertauglichkeit testen: Sein beruhigend sicheres Citroën HP-Fahrwerk (Hydropneumatik) mit automatischem Niveaueingleich. Seinen spurstabilen Frontantrieb. Sein diehmoment-optimiertes Triebwerk. Sein stufenlos einstellbares Belüftungssystem. Seine automatische Heizungsregulierung. Oder das bei den meisten Modellen lieferbare Anti-Blockier-System (ABS). Aber testen Sie selbst: Sie schicken uns den Coupon, und wir vermitteln Ihnen einen Citroën-Händler, der Ihnen für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Einverstanden?

Citroën CX, 25 Modellvarianten. Von 54 kW/75 PS bis 122 kW/168 PS. Als Diesel oder Benziner, mit und ohne Turbo. Als Limousine oder Break. In insgesamt 15 schadstoffarmen Versionen, mit und ohne Katalysator. Leicht zu finanzieren und zu leasen durch die Citroën Partnerbank, die P.A.-Creditbank. Citroën empfiehlt Total.

Einverstanden.

Ich schicke Ihnen diesen Coupon, Sie vermitteln mit einem Citroën-Händler, der mir für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Hier ist meine Anschrift:

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon: _____

(Bitte senden Sie diesen Coupon an die Citroën AG, Abteilung Vertrieb, Nikolausstr. 84 - 80, DW 4, 5000 Köln 90.)

CITROËN

Die Kraft der Kreativität

30 نوفمبر 1986

Übernahmefieber in Frankreich

Viele Unternehmen haben sich „Kriegskasse“ zugelegt

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris Die Pariser Börse wird inzwischen fast täglich mit neuen Übernahmeangeboten konfrontiert. Dadurch wollen sich kapitalkräftige, französische wie ausländische Unternehmen oder Unternehmer einen beherrschenden Einfluss auf kleinere, mitunter aber auch größere Aktiengesellschaften der gleichen oder anderer Branchen verschaffen. Meist geht es um finanzielle Engagements, die aber durchweg nicht auf die Realisierung von Kursgewinnen ausgerichtet sind.

Insofern unterscheiden sich diese Bewegung von der großen industriellen Fusionswelle, zu der es in Frankreich unter Staatspräsident Pompidou gekommen war. Damals wollte die Regierung oft unter Bereitstellung gewaltiger staatlicher Hilfen Industrieunternehmen „europäischer Größenordnung“ aufbauen. Dieses Ziel versuchte später die sozialistische Regierung unter anderen Vorzeichen mit ihren Verstaatlichungen zu erreichen. Inzwischen hat die neue Regierung mit ihrer Liberalisierungspolitik auch an der Börse für Bewegung gesorgt.

Das Wiedererwachen der Übernahmeangebote ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß sich der Abstand zwischen den starken und den schwachen Unternehmen in letzter Zeit wesentlich vergrößert hat. Alle Unternehmen, die heute Übernahmeangebote machen, haben sich für diese Zwecke - meist über Kapitalerhöhungen - eine „Kriegskasse“ zugelegt. Sie wird jetzt systematisch eingesetzt.

Nestlé interessiert

Am stärksten betroffen ist die Lebensmittelindustrie. Hier hatte im Sommer der Branchenführer BSN mit dem Kauf von Generale Biscuits das Signal gesetzt. Dem folgte jetzt der Zuckerkonzern SLB mit einem Übernahmeangebot mit dem im Speiseöl führenden (größeren) Gesellschaft. Lesieur, womit er zum zweitgrößten Lebensmittelkonzern Frankreichs mit 15 Mrd. Franc Umsatz aufsteigen will. Inzwischen baut auch die italienische Lebensmittelgruppe Buitoni (de Benedetti) ihre französische Position zu einer Umsatzgröße von mehr als 4 Mrd. Franc

aus, und Nestlé will Vittel (Mineralwasser) übernehmen. Demgegenüber sind die zahlreichen Zusammenschlüsse und Beteiligungen in der Luxusindustrie vor allem auf die Diversifizierung abgestellt. Betroffen sind die Haute-Couture-Häuser Balmain, Grès, Balenciaga, Yves St. Laurent und Ted Lapidus sowie Veuve Clicquot-Gevenchy (Champagner-Parfüm), die in der gleichen Reihenfolge an Zaninotti, Estérel, Bogart, de Benedetti, Boussac-Dior und Louis Vuitton gehen. Als nächstes soll die Cognac-Firma Martel an der Reihe sein.

Banbranche in Bewegung

Aber auch in der Bauwirtschaft sind die Fronten in Bewegung geraten. So sucht der Bauunternehmer Francis Buyses sich die zur Schneiderei-Gruppe gehörende Weltfirma Spie-Belgionnen einzuverleiben, nachdem er schon durch die Übernahme der Seneg Branchenführer geworden ist. Gleichzeitig hat er das Warenhaus Trois Quarters erworben und seine Kandidatur für den zu privatisierenden Fernsehsender TF 1 angemeldet.

Dieses Medienziel verfolgt auch de Benedetti, nachdem er - auf den Verkaufserlös für die französische Olivetti-Beteiligung gestützt - den Autzulieferer Valeo erworben und in Frankreich verschiedene Informatikgesellschaften (Umsatz 3 Mrd. Franc) gegründet hat, während der Brice Jimmy Goldsmith, neben seinem verstärkten Engagement bei Goodyear auf sein Nachrichtenmagazin „L'Express“ gestützt, die französische Zeitungsgruppe Press de la Cité (zusammen mit Benedetti) übernehmen und außerdem beim Kanal 5 einsteigen will.

Der größte Brocken, um den sich ausländische Interessenten streiten, ist aber die Telekommunikationsgesellschaft CGCT (früher IFT-France), die allerdings nicht über die Börse, sondern durch einen Kompensationsverkauf privatisiert werden soll. Kandidaten sind die amerikanische AT & T und die deutsche Siemens AG. Der starke Wandel der französischen Industrieandschaft wird nun wohl auch in der Bundesrepublik wahrgenommen.

Virgin Group ist an die Londoner Börse gegangen

Branson hat schon acht Prozent am britischen Schallplattenmarkt erobert - Einstieg in USA steht jetzt bevor

SIEGFRIED HELM, London

Richard Branson (36), den Margaret Thatcher gerne als leuchtendes Beispiel für die Art Unternehmertum hinstellt, von dessen Wiederbelebung sie sich wahre Wunder verspricht, ist mit seinem Unterhaltungskonzern Virgin Group jetzt an die Börse gegangen. Branson, der 1970 blühend mit einem Plattenvertriebsgeschäft angefangen hatte, der auf der Welle von Pop und Rock mit namhaften Stars Furor machte und heute acht Prozent Marktanteil im britischen Plattenmarkt hält, will jetzt ganz groß auf dem US-Markt einsteigen. Dazu braucht er Geld. Deshalb die Ausgabe von bis zu 50 Millionen Aktien zum Mindestpreis von 120 Pence, was 20,5 Prozent des Werts seines Unternehmens entspricht.

Bransons Hoffnung auf einen Marktwert von mindestens 217 Millionen Pfund wird sich City-Experten zufolge mehr als erfüllen, die ihm bereits einen Aktienpreis von 150 Pence und einen Marktwert von 270 Millionen Pfund prophezeien. Bransons erklärter Ehrgeiz: Virgin zum größten

Unterhaltungskonzern Englands und binnen fünf Jahren zu einem Milliardenkonzern zu machen.

Richard Branson, der mit einer Schnellboot-Spezialversion mit deutschen Motoren das „Blau Band“ für England zurückeroberte, den Frau Thatcher zu ihrem „Mr. Sauberemann“ für ein Jugendarbeitsbeschaffungsprogramm ernannte, will mit dem Schritt zur Börse mehrere Ziele erreichen. Über 90 Prozent der dem Unternehmen jetzt zuzuführenden Mittel sind für Investitionen in seinem erst im Oktober gegründeten Privatunternehmen Voyager vorgesehen, das die Fluggesellschaft Virgin Airline (Bransons Konkurrenz-Unternehmen zu dem Billigflieger auf der Nordatlantik-Route People Express), seine Nachtclub- und Hotelinteressen aufkaufen soll. Sie seien dem Image von Virgin nicht zuträglich.

Der Erwerb von Aktien betrifft drei Säulen der Virgin-Gruppe: Musik, Einzelhandel und Fernsehen. Der Konzern beschäftigt heute 1600 Menschen in 17 Ländern. Er umfaßt das Geschäft mit Platten (so betreibt Vir-

gin 74 Plattenläden, den Verlagszweig Virgin Books, das Videogeschäft und das Satellitenfernsehen. Erst vor kurzem erwarb Virgin einen Anteil von 17,5 Prozent bei Superchannel und wurde damit zum zweitgrößten Investor dieses europäischen Unterhaltungskonzerns.

Richard Branson hatte schon als Neuling bei Pop und Rock ein feines Ohr für zukünftige Stars. Er nahm Mike Oldfield unter Vertrag, dessen Riesenerfolg mit „Tubular Bells“ zum Wachstumshormon für den Giganten Branson wurde. Inzwischen hat er an die hundert klangvolle Namen der Branche unter seinem Dach, darunter Veteranen wie Brian Ferry und Phil Collins. Virgin ist immer hart am Ball. Ritzu kamen die neuen Erfolgsgruppen China Crisis, Simple Minds und Human League und Pete Townshend.

Wenn Branson seine frohe Botschaft verkündet, klingen seine Worte denen der bewunderten Lady zum Verwechseln ähnlich: „Ich bin überzeugt, daß die Leute mehr arbeiten, wenn man sie zu Miteigentümern ihres Unternehmens macht.“ betonte

er. Deshalb reservierte er zehn Prozent des Aktienpakets für seine Belegschaft. Betriebsangehörigen gewährt er günstige Überbrückungskredite bis zu 500 Pfund zum Aktienkauf. Als Frau Thatcher das Fernmeldewesen durch Schaffung von British Telecom privatisierte, hatte Branson mit solchen Überbrückungskrediten für seine Angestellten schon einmal nachgeholfen, um sie zu Aktionären zu machen.

Richard Branson ist der heutzutage selten gewordene Fall des superreichen Selbstmadem. Mit 14 von der Schule abgegangen, hat er sich, was man im Geschäftsleben wissen muß, selbst beigebracht. Das Flair fürs Geschäft brachte er freilich mit. Er ist zuversichtlich, daß, wer auf Virgin setzt, auch Millionär werden kann: „Wer vor drei Jahren bei uns eingestiegen wäre, wäre heute ein reicher Mann. Wir sind eins der am schnellsten expandierenden Unternehmen Englands. Aber wir haben nur britische Künstler unter Vertrag. Über die Börse können wir in Amerika groß einsteigen.“

Niederlande wollen die Kohle stärker nutzen

htz. Den Haag

Die Vereinigung der niederländischen Elektrizitätsbetriebe (SEP) will den Energieträger Kohle in Zukunft wieder stärker nutzen. Geplant sind drei neue Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von je 6000 Megawatt. Sie sollen die Stromversorgung in den 90er Jahren zusammen mit anderen Energieträgern wie Gas, Öl und Kernkraft gewährleisten. Insgesamt, so wird im Haager Wirtschaftsministerium betont, wird die Kohle als Energieträger bei der Stromversorgung künftig wieder eine höhere Priorität genießen.

Als Investitionsvolumen für den Bau der drei Kohlekraftwerke wurde von der SEP ein Betrag von drei Mrd. Gulden veranschlagt. Für jedes der Kohlekraftwerke werden nach Angaben des Haager Wirtschaftsministeriums jährlich rund 1,2 Mill. Tonnen Kohle benötigt. „Diese Kohle“, so der energiepolitische Sprecher des Haager Wirtschaftsministeriums Jules Wilhelmus gegenüber der WELT, „werden wir hauptsächlich aus der Bundesrepublik, Polen und Australien beziehen.“

Das erste Kohlekraftwerk soll spätestens 1993 ans Netz gehen. Der Bau ist nach Angaben der SEP unerlässlich, da in den nächsten zehn Jahren mit einem Stromverbrauchszuwachs von etwa 1,3 Prozent jährlich gerechnet wird. Außerdem müssen in den 90er Jahren bestehende Kapazitäten bei Energieversorgungsunternehmen erneuert werden.

Sorge bereitet der SEP die nach wie vor bestehende Unsicherheit in Sachen Kernenergie. Da die christlich-liberale Haager Regierung nach der Tschernobyl-Katastrophe erst einmal einen Ausbaustopp für zwei weitere bereits fest geplante Kernkraftwerke verfügt hat, sei es aber durchaus möglich, daß in Zukunft ausschließlich Kohlekraftwerke den wachsenden Energiebedarf in den Niederlanden zu decken haben. Sollte allerdings ein weiterer Ausbau der Kernenergie von der Haager Regierung beschlossen werden, so könne dieser Energieträger bis 2000 rund 30 Prozent des holländischen Strombedarfes decken, betont die SEP.

Börsenstimmung ist vergiftet

Nicht nur Chemieaktien leiden unter Sandoz-Katastrophe

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die gute Stimmung die sich an der Schweizer Börse in der vergangenen Woche anzubahnen schien, hat durch die Umweltkatastrophe des Baseler Chemiekonzerns Sandoz einen Dämpfer erhalten, auch außerhalb des Chemiebereiches. Bei Börsenabschluß lag der Gesamtindex der Schweizerischen Bankvereine in Basel heute um knapp zwei Prozent niedriger als am vergangenen Freitag. Bei den Chemiewerten, wo die Baisse am Mittwoch andauerte, ergab sich ein Rückgang um fünf Prozent.

Die Versuchung des Rheins durch Sandoz werfe in den Augen ausländischer Anleger einen Schatten über die „saubere Schweiz“, heißt es in Basel. Verkäufe sind denn auch vor allem aus dem Ausland gekommen. Diese Tendenz spiegelt sich in den starken Verlusten der auch Ausländern zugänglichen Sandoz-Titel wi-

der, besonders bei den Partizipations-scheinen die seit Freitag von 1740 auf 1420, also um über 16 Prozent gesunken sind. Auch die beiden anderen chemischen Großkonzerne, neben Hoffmann insbesondere die Firma Ciba Geigy, deren Sicherheitsmaßnahmen ebenfalls kritisiert werden, haben deutliche Einbußen erlitten.

Sandoz jedenfalls wird noch auf einige Zeit unter Druck bleiben, da zunächst nicht abzusehen ist, wie groß die Schadensersatzansprüche aus dem In- und Ausland sein und in welchem Umfang sie von der Firma selbst getragen werden müssen. Der Bankverein empfiehlt dennoch seinen Kunden Sandoz als eine gute Anlage auf mittlere Sicht zu behalten. Auch andere die Katastrophe nichts an den sehr günstigen fundamentalen Tendenzen und Aussichten der schweizerischen Wirtschaft und damit auch der Börse.

Haushaltsdefizit bleibt hoch

Auch Privatverschuldung in USA erreicht Rekordstand

AFP/AP, Washington

Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten wird 1991 noch 100 Mrd. Dollar übersteigen und damit weit von dem für das nächste Jahr vom Gramm-Rudman-Gesetz vorgeschriebenen Ausglichen bleiben. Dies geht aus dem vom Weißen Haus ausgearbeiteten, noch vertraulichen Schätzungen hervor.

Das Defizit wird in dem am 1. Oktober begonnene Steuerjahr 1987 noch 163 Mrd. Dollar anstatt der im Gesetz vorgesehenen 144 Mrd. Dollar betragen. 1988 wird mit einem Defizit von 162 Mrd. Dollar anstatt 108 Mrd. Dollar und 1991 mit 102 Mrd. Dollar anstatt eines ausgeglichenen Haushalts gerechnet. Diese Schätzungen stützen sich auf einen unveränderten Ausgaberrhythmus mit Ausnahme einer regelmäßigen Erhöhung des Verteidigungsbudgets von jährlich drei Prozent über der Inflation.

Die vom Budgetbüro des Weißen Hauses berechnete Defizitkurve wird von privaten Wirtschaftsexperten als noch viel zu optimistisch eingestuft, da für das nächste Jahr ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent eingesetzt wurde und damit die erwarteten Steuereinnahmen stark aufgebaut werden seien. Private Experten sehen ein Wachstum von 2,8 Prozent als wahrscheinlicher an und rechnen für 1991 mit einem Haushaltsdefizit von 162 Mrd. Dollar.

Auch die Haushalte und Privatunternehmen in den USA haben in diesem Jahr einen Rekordschuldensstand erreicht. Wie der Direktor der US-Depotversicherungsgesellschaft FDIC, William Seidman, auf der Jahrestagung des Sparkassenverbandes in San Francisco mitteilte, verdoppelte sich die Privatverschuldung seit 1980 von 3,6 Bill. auf sieben Bill. Dollar.

Dramatische Preisentwicklung

Exporte aus Korea beunruhigen Elektronik-Hersteller

dpa/WVD, München

Eindeutig auf Export ausgerichtete Überkapazitäten bei koreanischen Herstellern von elektronischen Speichern und Bildröhren lassen die Branche „dramatische Preisentwicklungen“ erwarten. Über einen Anschluß der Europäer an das US-Dumping-Verfahren gegen japanische Anbieter sei noch nicht entschieden, sagte auf der Electronica 86 (11. bis 15. November) in München Jürgen Knorr vom Fachverband Bauelemente der Elektronik im Zentralverband elektrotechnische und Elektronik-Industrie (ZVEI).

Mit einem Boom seit 1987 auf dem bundesdeutschen Bauelementemarkt nicht zu rechnen, abgesehen von der Konsumelektronik werde sich der Markt ab Frühjahr aber beleben. Der Inlandmarkt für Bauelemente der Elektronik soll laut ZVEI 1987 um 7,2 (0,7) Prozent auf 12,1 Mrd. DM wachsen, besonders in den Sparten Kfz-Elektronik, Büroelektronik und Datentechnik.

Weltweite Überkapazitäten bei Standard-Speicherchips seien 1985 nur gut zur Hälfte ausgelastet gewesen, sagte Knorr. Auch bei der erst seit kurzem produzierten Megabit-

Chip-Generation erwarte man innerhalb von drei bis vier Jahren Preistürpe wie bei den Vorgängern. 256-K-Speicher etwa würden von koreanischen Herstellern „den regierungsgestützt“ für die Hälfte des in der Bundesrepublik kostendeckenden Preises angeboten. Die betroffene Konkurrenz habe die Produktion auf ein Minimum reduziert. Ähnlich sei die Lage bei Bildröhren. Hier habe Korea bei 1,5 Mill. Stück Eigenbedarf pro Jahr mit japanischer Technologie eine Kapazität von etwa zwölf Mill. Stück aufgebaut.

Mit Elektromechanischen Bauelementen, etwa Steckverbindungen, Schaltern oder Leiterplatten sollen 1987 gut 4,1 (3,9) Mrd. DM im Inland umgesetzt werden. Die größte Dynamik erwarte die Branche künftig vom Abnehmer Kfz-Industrie. Auf lange Sicht seien Wachstumstendenzen von zehn bis zwölf Prozent zu übertrafen. Mittelfristig werde sich der Anteil der Elektronik am Durchschnittsauto von heute etwa 20 US-Dollar verzehnfachen, schätzte Knorr. Das sei ein „dramatisch wachsender Bedarf“, selbst wenn die weltweite Automobilproduktion von etwa 30 Mill. Fahrzeugen jährlich stagniere.

Madri der Börse schafft Zweitmarkt

WVD, Madrid

Einen Sekundärmarkt, das heißt einen Markt für Aktien, die im Freiverkehr gehandelt werden, wird die Wertpapierbörse in Madrid am Montag eröffnen. Dieser Schritt ist Teil der Bemühungen um eine Ausweitung der noch begrenzten Anzahl spanischer Unternehmen, deren Aktien öffentlich gehandelt werden. Wie das „Wall Street Journal/Europe“ schreibt, würden an dem neuen Markt aber zunächst nur die Aktien eines einzigen Unternehmens, der Mercapital S. A., gehandelt. Das Unternehmen aus dem Finanzdienstleistungsbereich will 20 Prozent seines Aktienkapitals zur öffentlichen Zeichnung anbieten. Dies ist zugleich der Mindestsatz, den die staatlichen Richtlinien für diesen neuen Markt vorsehen. Ein Mitglied der Börsenleitung erklärte, mehrere Dutzend andere Gesellschaften hätten an dem neuen Markt ihr Interesse bekundet. Voraussichtlich würden noch vor Jahresultimo die Aktien eines weiteren Unternehmens in den Freiverkehrshandel eingeführt. Welche Gesellschaft dies sein wird, ließ er zwar offen, er deutete jedoch an, daß es ein Hersteller von mechanischen Anlagen sein dürfte.

Alfa-Romeo-Verkauf hat Signalwirkung

Italiens Staatsbetriebe unter Rationalisierungsdruck - Verkäufe werden fortgesetzt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der Verkauf des Automobilunternehmens Alfa Romeo an Fiat durch die staatliche Bereichsholding IRI-Finmeccanica wird für den gesamten Bereich der italienischen Staatsbetriebe nicht ohne Folgen bleiben. Experten sind sich einig in der Auffassung, daß der Alfa-Verkauf den Trend, Verlustbringer oder Unternehmen aufzugeben, die nicht mehr in den strategischen Rahmen der Staatsbetriebe passen, noch weiter beschleunigen wird.

Zwischen Januar 1983 und Juni 1986 verkaufte allein die Staatsholding IRI Beteiligungen und Tochterunternehmen im Wert von 2073 Mrd. Lire (rund 3,1 Mrd. DM). Davon entfielen 879 Mrd. Lire auf die Teilprivatisierung der IRI-Banken. IRI hat 1985 ihren Verlust um 500 Mrd. Lire auf 1590 Mrd. Lire verringert und erwartet 1986 erstmals wieder eine ausgeglichene Bilanz, teilte IRI-Präsident Romano Prodi jetzt mit. Der Verkauf von Alfa Romeo an Fiat habe einen Meilenstein in der Politik der Privatisierung der Staatsbetriebe gesetzt. Diese Politik werde mit dem Verkauf des Zementunternehmens Cementir fortgesetzt, erklärte Prodi.

Druck aus Parteikreisen

Staatliche Experten erwarten, daß jetzt der Druck aus Parteikreisen, der um Alfa Romeo erleichterten Bereichsholding Finmeccanica neue Bereiche zuzuführen, bald konkrete For-

men annehmen wird. Durch den Verkauf des Automobilunternehmens an Fiat verliert Finmeccanica nicht nur ihren größten Verlustbringer, sondern auch 45 Prozent des Umsatzes (8700 Mrd. Lire 1985) und die Hälfte der Beschäftigten. Geblieben sind ihr jetzt nur noch das Flugzeugbaunternehmen Aeritalia, die 25-Prozent-Beteiligung an dem Flugzeugbaunternehmen Aeritalia sowie der Kraftwerksbau (Ansaldo), der Bau von rollenden Eisenbahnmotoren (Ansaldo Transporti) und der Motorenbauschleunigen wird.

Um die Lücke zu schließen, werden, so die Experten, vor allem die Parteibemühungen zunehmen, den von der kleinsten italienischen Staatsholding, Enim, kontrollierten Hubschrauberbereich mit Aeritalia zu verschmelzen. Die Bemühungen, den von Enim kontrollierten Helikopter-Hersteller Agusta unter die Fittiche von IRI-Finmeccanica zu geben, datieren seit 1970 und waren vor kurzem fast in die Zielgerade geraten. Nach sechsmonatigen Diskussionen kamen die dafür eingesetzten drei Parlamentsausschüsse vor wenigen Monaten aber zu dem Ergebnis, daß dafür die Stimmen der Sozialisten und Sozialdemokraten fehlen.

Die zwei sozialistischen Parteien opponieren gegen eine Ausweitung von Enim, weil sie als zweite Stufe ein völliges Verschwinden dieser Ministerium befürchten. In diesem Fall würde das Proporz-Gleichgewicht ins Wanken geraten, demzufolge die

Christdemokraten die größte Staatsholding, IRI, die Sozialisten den staatlichen Energiekonzern ENI und die Sozialdemokraten Enim als Pfänder betrachten dürfen.

Vertrag mit Buitoni

Die Rationalisierung des staatlichen Teils der italienischen Wirtschaft dient zuletzt dem Zweck, die begrenzten Ressourcen auf die eigentlichen „strategischen“ Bereiche wie Chemie, Stahl, Elektronik, Nachrichten und Transportwesen zu konzentrieren. In dieses Konzept paßt heute weder die Automobil- noch die Lebensmittelindustrie. Schon 1985 hatte IRI den Versuch unternommen, den über die Finanzholding SME kontrollierten Nahrungsmittelbereich abzutreten. Es wurde auch ein Verkaufsvertrag mit der Firma Buitoni abgeschlossen, die zu der Firmengruppe des Industriellen Carlo de Benedetti gehört. Dieser Vertrag wurde jedoch vor allem von den Sozialisten angefochten und in der Folge für nichtig erklärt, worauf die Firma Buitoni vor Gericht auf Vertragserfüllung klagte.

Dieser Prozeß ist noch im Gange. Da inzwischen außer Buitoni noch andere private Interessenten auf dem Plan erschienen sind, steht aber nicht mehr das Verbleiben von SME im Finanzverband von IRI zur Debatte, sondern nur noch zu welchen Bedingungen SME aus dem Finanzverband entlassen wird.

WIR SIND NICHT NUR IN BAYERN EIN GEFRAGTER BANKPARTNER

Kapitalbeschaffung in internationalen Dimensionen setzt eine solide Placierungskraft und den weltweiten Operations-Radius einer Bank voraus. Sind diese Kapazitäten gefordert, ist die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale eine der ersten deutschen Adressen.

Die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale gehört zu den führenden deutschen Emissionshäusern. Mit Anschluß an alle Börsen- und Finanzplätze der Welt und über 5.000 Korrespondenz-Banken.

Dank unseres finanziellen Backgrounds und der Kompetenz unserer Experten-Teams genießen wir das volle Vertrauen unserer Kunden, mit denen wir gemeinsam Erfolg haben.

Wenn Sie also Ihr Finanz-Management optimieren wollen, sollten Sie sich von uns beraten lassen. Wir bieten professionelle Konzepte.

Bayerische Landesbank Girozentrale

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg. Außerdem in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanz). Sie erreichen uns auch über Btx: #38000

Blue Chip?

Bm. - Man schrieb das Jahr 1986. Da machte sich ein kommunaler Stromversorger auf, seine Rathausfesseln abzulegen und am Kapitalmarkt durchzuatmen. VEW in Dortmund wurden ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen. Natürlich muß man trommeln, wenn man seine Ware an den Mann bringen will. Das gilt auch für Aktien, und insbesondere für solche, die aus kommunalen Händen feilgeboten werden. Es war also legitim, daß man die junge VEW-Aktie mit dem Nimbus eines Blue Chip umgab.

Ist daraus inzwischen ein Blue Bird geworden? Keineswegs. Der Ausgabekurs betrug damals 112,50 DM. Gestern notierte die Aktie 153,20. Wenn man bedenkt, daß das Aktienkapital von damals 360 auf heute 1000 Mill. DM gestiegen ist und die Bezugsrechte immer attraktiver waren, so haben die alten Aktionäre einen guten Schnitt gemacht. Der relativ niedrige Kurs - gemessen an benachbarten Versorgern - könnte die Spekulation auf morgen anregen. Zunächst aber muß einmal dafür bezahlt werden, daß die idealisierte Landespolitik den Versorgern Kernkraftabstinenz auferlegt. Nur baut VEW in Niedersachsen - für 5 Mrd. DM, was Verluste bis zur Inbetriebnahme 1988 in Höhe von rund einer Milliarde bedeutet.

Doch Anfang der neunziger Jahre wird VEW erneut durchatmen und Luft bekommen für eine hoffnungsvollere Dividendenpolitik. Paart sie sich mit der Innovationskraft dieses Hauses, so kann VEW ein feines Chip sein - wozu gerade blue?

Es bleibt bei zwölf Prozent

Die Gesamtleistung des VEW-Konzerns hat sich ermäßigt

HANS BAUMANN, Essen

Rechnet man die ersten neun Monate auf das Geschäftsjahr 1988 hoch, so werden die Aktionäre der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, mit einem Ergebnis rechnen können, das sich im großen und ganzen mit dem des Vorjahres vergleichen läßt.

Die Gesamtleistung des Konzerns ermäßigte sich um 20 Mill. auf 4,66 Mrd. DM. Entlastet wurde die Rechnung jedoch von einem um 175 Mill. DM niedrigeren Stoffaufwand. Doch das Bruttoergebnis wird nicht um die rechnerischen 155 Mill. DM besser sein, da für Personal per 30, 9. rund 890 Mill. DM mehr aufgewendet werden müssen, Fremdleistungen 26 Mill. DM erforderten und Abschreibungen, Steuern und Zinsen um 20 Mill. DM steigen. Bleibt unter dem Strich ein gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres verbessertes Bruttoergebnis von 30 Mill. DM.

Auf das ganze Jahr gerechnet werden es rund 50 Mill. DM sein, die dann aber auch erforderlich sind, um das erhöhte Kapital von 1 Mrd. DM zu bedienen und den Rücklagen wieder auf 25 Mill. DM zuzuführen. Für die Aktionäre bedeutet das eine gleichbleibende Dividende von zwölf Prozent je 50-DM-Aktie.

Wie die VEW in einem Aktionärsbrief mitteilt, ist die Gesamtversorgung mit Strom um 1,3 Prozent auf 18,8 Mrd. kWh zurückgegangen. Der Gasabsatz hat dagegen in den ersten neun Monaten kräftig um 14,3 Prozent auf 31,3 Mrd. kWh zugenommen. Der nach wie vor defizitäre Fernwärmeabsatz ermäßigte sich um 3,7 Prozent auf 1,4 Mrd. kWh.

Der Hochtemperaturreaktor in Schmehausen ist zur Zeit planmäßig abgeschaltet, nachdem er bereits 500

Mill. kWh Strom geliefert hat. Ende dieses Monats wird er voraussichtlich wieder angefahren und im März 1987 soll er dann an die Betreiber übergeben werden.

Zur Zeit wird die Kilowattstunde des Hochtemperaturreaktors mit 10,5 Pfennig kalkuliert. Bei Übernahme durch die Betreiber muß der Kostenpreis kalkuliert werden, der dann etwas höher liegen wird. Kalkulationsbasis ist eine jährliche Benutzungszeit von 6170 Stunden. Sollten dann Verluste eintreten, so tritt ein Verlustausgleichsvertrag zwischen der Betreibergesellschaft und der öffentlichen Hand in Kraft.

Völlige Unklarheit herrscht für die VEW (ebenso wie für andere Stromversorger) über den Ausgleich der Wärmepreisdifferenz nach dem Dritten Verstromungsgesetz, also über den Kohlepfennig. Geklärt werden muß, ob es bei den 4,5 Prozent Ausgleichsabgabe je Kilowattstunde bleibt oder ob der Mehraufwand gegenüber schwerer Heizöl aus dem Kassenkreditrahmen gedeckt werden soll. Da dieser Rahmen aber auf 500 Mill. DM beschränkt ist, wird seine Aufstockung erforderlich oder aber eine Erhöhung des Hebesatzes über 4,5 Prozent hinaus.

Die Elektrizitätswirtschaft erwartet aber keine Klärung vor der nächsten Bundestagswahl im Januar 1987. Sie gibt aber zu bedenken, ob es nicht sinnvoller sei, den Kreditrahmen zu erweitern, da damit der Weg über das Parlament erspart bleibt, der notwendig wird, wenn der Hebesatz über 4,5 Prozent hinaus erhöht werden soll.

Die VEW haben in den ersten neun Monaten 1988 rund 100 Mill. DM mehr an Kohlepfennigen erhalten als 1985, 1986 werden es insgesamt rund 280 Mill. DM sein.

Wer steht in der Pflicht?

Zwei unterschiedliche Haftungsgrundlagen bei Sandoz

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im Versicherungsschaden des schweizerischen Chemieriesen Sandoz konkurrieren zwei unterschiedliche Haftungs- und Anspruchsgrundlagen. Die Feuerversicherung der Schweizer Zürich-Gruppe und die Betriebs-Haftpflichtversicherung, die beim Kölner Gerling-Konzern abgeschlossen worden ist. Obwohl das Zustandekommen der Versicherungsverträge trotz Kenntnis der bekanntgewordenen Risikoanalyse seitens der Zürich zumindest für sie noch eine Fülle von Fragen aufwirft, der Gerling-Konzern ist eindeutig in der besseren Position, wenigstens versicherungstechnisch gesehen.

Tatsächlich: Für Gerling steht die Zürich als der Feuerversicherer in erster Linie in der Pflicht. Ein solches Zusammentreffen von Feuer- und Betriebs-Haftpflichtschaden kommt äußerst selten vor. Die Industrie-Feuerversicherung deckt die Schäden, die durch Brand oder Explosion mit anschließendem Brand an Gebäuden, technischen und kaufmännischen Betriebsanlagen sowie Vorräten, gleichgültig ob es sich um Rohstoffe, unfertige Waren oder Fertigerzeugnisse handelt, entstanden sind. Das gilt auch für Schäden durch Löschwasser, sofern es auf dem Betriebsgelände bleibt. Erst wenn das Wasser - wie im Fall Sandoz - das Gelände verläßt, also in den Rhein fließt und dort Schäden verursacht, kann die Betriebs-Haftpflichtversicherung herangezogen werden.

Das ist keine Haarspalterei. Diese Spezialform der Allgemeinen Haftpflichtversicherung deckt unter anderem alle Personen- und Sachschäden gegenüber Betriebsfremden, Regreßansprüche gegenüber Krankenkassen, allgemein gesagt gegenüber allen Dritten. Feuer- und Betriebs-

Haftpflichtpolice werden für Industrie und Gewerbe nach Art, Größe, Beschäftigtenzahl und Gefährlichkeit der Produktion tarifiert. Der Umfang der im einzelnen versicherten Risiken ist enorm. Risikoausschlüsse können im Versicherungsfall teuer werden, noch teurer als die ohnehin schon hohe Prämie.

Im Normalfall gibt es kaum Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den beiden Versicherungsparten. Im Fall Sandoz kann es trotzdem dazu kommen. Theoretisch könnte sich die Betriebs-Haftpflichtversicherung auf den Standpunkt stellen, der von ihr zu regulierende Schäden, beispielsweise der Rheinflut, sei durch mangelnde Sicherheitsvorkehrungen (fehlende Sprinkler, fehlende oder unzureichende Löschwasser-Auffangbecken) erst entstanden. In diesem Falle würde die mangelhafte Risikoanalyse des Feuerversicherers Zürich zur Sprache kommen.

Inwieweit sich die Zürich selbst aus der Regulierung stehlen kann, ist zweifelhaft. Vor ihr stammte schließlich die Risikoanalyse. Hier kann sie sich nur dann von hohen Zahlungen freihalten, wenn Chemikalien gelagert wurden, die nicht in den Gefahrenlisten standen und der Zürich nicht bekannt waren. Sandoz soll mit rund 600 Mill. DM versichert sein. Zu welchen Teilen gegen Feuer und Haftpflicht ist nicht bekannt.

Aber auch hier gibt es Auswege. Als vor Jahren das riesige Materiallager von Ford in Köln abbrannte, zahlten auch die Versicherer in Kenntnis der Tatsache, daß die Lagerhaltung, was Menge, allzu dichtes Beieinander und Stapeln leicht entzündlicher Artikel anging, unzulässig war. Schließlich wollte man Ford nicht vollends von der Kundenliste streichen müssen.

Thomae setzt auf Biotechnik

Neues Medikament zur Behandlung akuter Herzinfarkte

nl Biberach

Europas modernstes Biotechnikum, das Investitionen von 135 Mill. DM erforderte, ist im überschweblichen Biberach von der Dr. Karl Thomae GmbH, dem zum Firmenverband Boehringer Ingelheim gehörenden innovationsfreudigen chemisch-pharmazeutischen Unternehmen, in Betrieb genommen worden. Mit diesem finanziellen Kraftakt dokumentiert Thomae zugleich die großen Erwartungen, die an die Fortschritte in der Biotechnik geknüpft werden. Dies gilt zunächst insbesondere im Hinblick auf die für das erste Quartal 1987 für die Bundesrepublik erhoffte amtliche Zulassung eines neuen Wirkstoffs zur Behandlung akuter Herzinfarkte.

Bei diesem biotechnisch industriell hergestellten Stoff „t-PA“ handelt es sich um ein natürlich im menschlichen Körper vorkommendes Protein, das in der Lage ist, Blutgerinnsel (ohne Nebenwirkungen) aufzulösen. Der Preis soll, wie angedeutet wurde, unterhalb der Kosten für eine konventionelle Behandlung mit Katheter von 4300 DM liegen. An der Entwicklung dieses Stoffes arbeitete Thomae mit der amerikanischen Firma Genentech zusammen.

Zur Geschäftsentwicklung von Thomae war von Heinz Ried, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung,

zu hören, daß das Unternehmen im laufenden Jahr 1986 voraussichtlich mit einem um 20 Mill. DM geringeren Umsatz gegenüber dem Vorjahr abschneiden werde. In 1985 hatte Thomae seinen Umsatz um 6,5 Prozent auf 589 Mill. DM gesteigert. Als Grund für den Umsatzrückgang in diesem Jahr gibt Ried das Faktum an, daß immer mehr Präparate nachgeahmt und zu Niedrigpreisen auf den Markt gebracht würden. Zusätzlichen Schub verspreche man sich deshalb von neuen biotechnisch hergestellten Präparaten.

Bescheidener werde auch der Ertrag in diesem Jahr ausfallen. Ried rechnet mit einer Halbierung gegenüber dem Vorjahr, in dem man im Durchschnitt der forschenden Pharmaindustrie (3 bis 4 Prozent vom Umsatz) gelegen habe. In Sachanlagen investiert werden im laufenden Jahr 118 (1985: 85) Mill. DM, für 1987 sind 60 Mill. DM vorgesehen. Am Jahresende beschäftigte Thomae fast 3200 Mitarbeiter. Das neue Biotechnikum bietet rund 250 neue Arbeitsplätze.

Der Partner Genentech, an dem die Thomae-Mutter Boehringer mit 4,9 Prozent beteiligt ist, zählte rund 1000 Beschäftigte. In den ersten neun Monaten dieses Jahres steigerte er seinen Umsatz um fast 53 Prozent auf gut 97 Mill. Dollar, der Nettogewinn nahm auf 8,4 (3,4) Mill. Dollar zu.

Wertberichtigungen belasten Ergebnis

dos, Hannover

Die zur BHF-Bank gehörende Deutsche Hypothekbank AG (DHB), Hannover/Berlin, rechnet für 1986 mit einem Wertberichtigungsbedarf, der „die aus früheren Jahren gewohnten Beträge“ übersteigen wird. Der DHB-Vorstand bezieht sich bei dieser Aussage auf die noch immer unbefriedigende Lage auf dem Grundstücksmarkt. Dennoch werde ein insgesamt zufriedenstellendes Ergebnis erwartet. In den ersten neun Monaten 1986 habe sich das Teilbetriebsergebnis nur um 0,9 Mill. DM auf 28 Mill. DM verringert; der Zinsüberschuß allein sei leicht auf 47,3 Mill. DM gestiegen.

Im Berichtszeitraum erhöhten sich die Darlehenszusagen auf 1,23 (1,12) Mrd. DM. Davon entfielen auf Hypothekendarlehen 377 (345) Mill. DM und auf Kommunaldarlehen 850 (775) Mill. DM. Die Darlehensauszahlungen stiegen gleichzeitig auf 1,11 (0,94) Mrd. DM, die Zinsausgaben auf 1,23 (1,12) Mrd. DM.

Kapitalschnitt bei Hohner

nl Stuttgart

Bei der seit geraumer Zeit mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden Matth. Hohner AG, Trübsingen, dem führenden europäischen „Musikinstrumenten-Produzenten“, steht ein noch nicht näher präzisierter Kapitalschnitt bevor. Deshalb ist die Kursnotierung der Hohner-Aktie an der Stuttgarter Börse seit Dienstag ausgesetzt. Wie das Unternehmen mitteilt, werde einer für den 30. Dezember dieses Jahres einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung dem Aktiengesetz entsprechend ein Verlust in Höhe der Hälfte des Aktienkapitals angezeigt.

Das Aktienkapital von derzeit 14 Mill. DM liegt zu mehr als 60 Prozent bei der im Besitz der fünf Familienstämme Hohner befindlichen Orion-Stiftung. Morgen will der neuformierte Vorstand den Sanierungsplan erläutern. Der Umsatz war in 1985 um 11,2 Prozent auf knapp 123 Mill. DM zurückgegangen, wobei ein Betriebsverlust von 10 Mill. DM entstand.

Auf der Exportdrehseibe: Weichen für langfristig feste Finanzierungswege. Helaba Frankfurt.

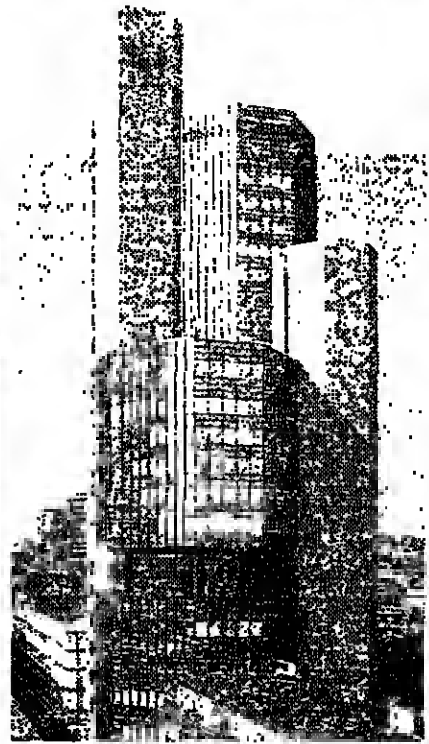


Es ist gut, wenn die Bank des exportierenden Unternehmers dort domiziliert, wo sich die internationalen Finanzierungen konzentriert haben.

Eine dieser exponierten Städte in Europa ist der Finanzplatz Frankfurt. Von ihm, seinen Banken, Organisationen und Hauptverwaltungen gehen entscheidende Impulse aus.

Im Zentrum dieses internationalen Wettbewerbs agiert für Sie die Helaba Frankfurt.

Sie kennt die Usancen der Abnehmerländer. Sie hat direkten Zugang zu den Experten und Expertisen am Finanzplatz. Kommunikationsstränge verbinden sie mit den Wirtschaftszentren und den internationalen Finanzmärkten.



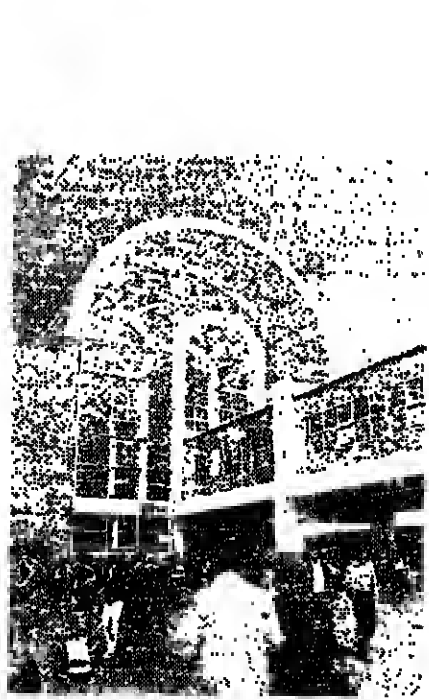
Im Zentrum des internationalen Wettbewerbs: Helaba Frankfurt.

Bank und Standort verschaffen Ihnen auf den Exportmärkten Vorsprung und geben Sicherheit.

Dem Background entspricht die konkrete Leistung. Im Mittelpunkt steht die Finanzierung auf DM-Basis zu festen Zinssätzen. Das ist die Stärke der Helaba Frankfurt.

Natürlich ist der Exportservice der Helaba Frankfurt mehr als nur „Kredit“.

So wickelt die Bank für Sie Akkreditive und Dokumentengeschäfte ab und diskontiert Ihre Auslandswechsel. Sie übernimmt Avale und Garantien, ebenso Ihren Zahlungsverkehr - auf der Basis moderner Banktechnologie, weltweit. Und sie sichert Ihr Auslandsengagement durch Termingeschäfte gegen Kursrisiken ab.



Der Standort verpflichtet zu Leistung.

Der Standort in der Frankfurter City, eine Eigenkapitalausstattung von rd. 1,3 Mrd. DM sowie über 69 Mrd. DM Geschäftsvolumen, mehr als 51 Mrd. DM Kreditvolumen und über 28 Mrd. DM Gesamtumlauf eigener Wertpapiere kennzeichnen die Leistungsfähigkeit der Helaba Frankfurt.

Hessische Landesbank - Girozentrale - Jungthustraße 18-26 6000 Frankfurt 1 Niederlassungen in Darmstadt und Kassel Auslandsstützpunkte in London, Luxemburg und New York

Helaba Frankfurt
Hessische Landesbank - Girozentrale

Geschmackstest ist zulässig

Urteil des Bundesgerichtshofs in Sachen Cola-Werbung

dpa/VWD, Karlsruhe

Die Aufforderung zu einem Geschmackstest konkurrierender Getränke ist nicht in jedem Falle wettbewerbswidrig. In einem vom Ersten Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) am Mittwoch veröffentlichten Urteil heißt es, es sei noch keine „wettbewerbswidrige“ kritisierende vergleichende Werbung, wenn die angesprochenen Verkehrskreise aufgrund der überragenden Marktstellung der Mitbewerber ohne weiteres eine gedankliche Beziehung zu dessen Produkt herstellen.

In dem vom BGH entschiedenen Fall hatte ein Verband zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs eine Fernsehwerbung als Verstoß gegen das Wettbewerbsgesetz angesehen, in der Jugendliche zu einem Geschmackstest zwischen „Pepsi-Cola“ und anderen, nicht namentlich genannten Cola-Limonaden aufgefordert werden. Bei der überragenden Marktstellung der Marke „Coca-Cola“

nehme der überwiegende Teil der Zuschauer ohne weiteres an, daß eines der anonymen Vergleichsgetränke „Coca-Cola“ sei.

Zwar stimmten die Karlsruher Richter der Ansicht zu, daß die meisten Fernsehzuschauer zu dem Schluß gelangen könnten, eines der anonymen Vergleichsgetränke sei „Coca-Cola“. Dies allein könnte aber noch nicht als herabsetzende Kritik an der Konkurrenzware aufgefaßt werden. Der Werbespot fordere nur das Publikum auf, die eigene und die Konkurrenzware selbst zu vergleichen. Darin liege in der Regel noch keine Wettbewerbswidrigkeit, vor allem handele es sich nicht um eine kritisierende Aussage des Werbenden über „die Eigenschaften, die Zusammensetzung, die Beschaffenheit oder sonstige objektiv feststellbare Eigenschaften der zum Vergleich stehenden Produkte“, hieß es in der Urteilsbegründung. (Az.: I ZR 11/85 vom 22. Mai 86)

Energie verträgt keine Hektik

VIK: An „Kohle plus Kernkraft“ festhalten

Bm. Essen

Ein so komplexes System wie die deutsche Energieversorgung verträgt keine kurzfristigen Neuerungen. Insbesondere aber die Elektrizitätsversorgung bedarf einer Strategie des langen Atems, die weit über das Tagesgeschehen hinaus gültig ist. Das sagt die Vereinigung Industrieller Kraftwirtschaft (VIK), Essen, in ihrem neuesten Tätigkeitsbericht. Sie lehnt die zunehmende Politisierung der Energiewirtschaft und die stärkere Einflußnahme des Staates ab.

Der laut gekübelte Vorwurf, in der Bundesrepublik werde in eklatanter Weise Energie verschwendet, lasse sich nicht rechtfertigen. Der spezifische Brennstoffverbrauch gebe zurück und die Wirkungsgrade erhöht sich. So sei der spezifische Brennstoffverbrauch der deutschen Industrie von 1960 bis 1984 um rund 50 Prozent zurückgegangen. Der Wettbewerb allein schon zwinge die Wirtschaft, den Produktionsfaktor Energie mit besonders spitzem Bleistift zu kalkulieren.

Der Forderung nach Kommunalisierung der Elektrizitäts- und Wärmeversorgung mit Überbetonung kleiner, dezentraler Heizkraftwerke stellt die VIK ihr Konzept der „Komplementären Kraft-Wärme-Wirtschaft“ entgegen. Dieses System sei kostengünstig und umfasse dezentrale Großkraftwerke ebenso wie dezentra-

le Heiz- und Heizkraftwerke, verbrauchsnah Blockheizkraftwerke und auch Wärmepumpen, Heizkessel und sonstige individuelle Energieerzeugungssysteme. Das Zusammenspiel dieses Systems vollziehe sich automatisch in der sozialen Marktwirtschaft, wenn der Staat seine Aufgaben darauf beschränke, den Ordnungsrahmen klar festzulegen. Das System aber funktioniere nicht, wenn der Staat in die sich selbst optimierenden Marktprozesse eingreife und dirigistisch Mehrkosten verursache.

Die VIK warnt davor, Technologien als Selbstzweck zu betrachten. Sie spricht sich dabei für eine weitere Nutzung der Kernenergie im Zusammenspiel mit der Kohle aus. Vertretbare Alternativen: regenerativer Energien und Kernfusion - stünden zur abschließbaren Zeit nicht zur Verfügung. Ein Ausstieg aus der Kernkraft sei für alle Bürger mit gravierenden Nachteilen verbunden.

Ein Ausstieg werde die Umwelt erneut belasten und für die strömungsintensive Grundstoffindustrie katastrophale Wettbewerbsfolgen haben. Verzicht auf Kernkraft bedeute nicht nur Verlust einiger hochwertiger Arbeitsplätze. Sie treffe vielmehr ganze Industriezweige. Gerade in Nordrhein-Westfalen, wo die Grundstoffindustrie zu 56 Prozent zu Hause sei, würden viele Teile der Zuliefer- und Verarbeitungsindustrie betroffen.

Schweizer Uhren wieder intakt

SMH-Konzern will fünf Prozent Dividende ausschütten

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Die vier Jahre erheblich aus dem Takt geratene schweizerische Uhrenindustrie hat wieder Tritt gefasst. So stieg diese Tage der mit Abstand größte eidgenössische Uhrenkonzern, die durch Fusion der SMH und der Asag entstandene SMH Schweizerische Gesellschaft für Mikroelektronik und Uhrenindustrie AG, Biel, für 1986 erstmals wieder eine Dividende (fünf Prozent) zahlen zu wollen. Dieser im Zuge eines tiefgreifenden Strukturwandels in einem wahren Kraftakt entstandene neue Uhrkonzern, unter dessen Dach sich Marken wie Omega, Tissot, Rado, Longines, Certina und nicht zuletzt die „Umsatzkrone“ Swatch befinden, schützt zwar sehr unter den Wirkungen der Dollarkurschwäche.

Dennoch glaubt man, in 1986 wie im Vorjahr die Umsatzmarke von 1,5 Mrd. Sfr im Uhrbereich - der gegen konsolidierte Umsatz wird bei 1,8 Mrd. Sfr liegen - zu überschreiten. Immerhin wird fast die Hälfte des Umsatzes in Dollar oder in dollarkursabhängigen Währungen erzielt. Der Mengendeckungsbeitrag der SMH dürfte in diesem Jahr um nicht weniger als 40 Prozent auf über 15 Mill. Fr. zuzunehmen. Demgegenüber wird der Ubrvertrieb mit rund 35 Mill. Stück voraussichtlich auf Vorjahreshöhe bleiben.

Aufgrund der Wechselkursverluste geht man bei der SMH in Bezug auf das konsolidierte Ergebnis von einer gleichem Größenordnung wie im Vorjahr (gut 90 Mill. Sfr) aus. Am SMH-Kapital von 300 Mill. Sfr ist eine Unternehmensgruppe von drei Unternehmern, dem SMH-Verwaltungsratspräsidenten Nicolas G. Hayek mit 51 Prozent beteiligt. Der Konzern umfasst 94 Gesellschaften und zählt über 11.500 Beschäftigte.

Belebung auf breiter Front

„Leicht aufgehellte Perspektiven“ für die eidgenössische Uhrenindustrie findet denn auch eine Branchenstudie der Schweizerischen Bankgesellschaft heraus. Fazit ihrer Umfrage: Mehr als die Hälfte der befragten Schweizer Uhrenhersteller rechnen für den Zeitraum 1986 bis

1988 mit einem „zunehmenden Geschäftsgang“. Eine überdurchschnittliche Belebung erwarten sowohl die Produzenten von Luxusuhren als auch von Billiguhren, wo sich der Swatch-Erfolg niederschlägt.

Deutlichstes äußeres Kennzeichen für die RobKru, der sich die schweizerische Uhrenindustrie in den letzten Jahren unterzogen, ist die Tatsache, daß die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche von 1970 bis 1985 von 89.500 auf 32.000 zusammenschmolz. Die Zahl der Betriebe verringerte sich in dieser Zeit von 1620 auf 600. Zusammenschlüsse, Umgruppierungen, energische Rationalisierungsanstrengungen waren und sind an der Tagesordnung.

Exportplus

Auf der Produktseite schaffen die Schweizer, die offenkundig die Marktattacken aus Fernost und den Vormarsch der elektronischen Uhrentechnologie falsch eingeschätzt hatten, gerade noch rechtzeitig eigene Stärken in die Waagschale zu werfen: Auerkannt gutes Styling, Markenprofilierung - ein immer wichtigerer Verkaufsimpulsgeber -, technische Innovationen und Diversifikation machten neue Kräfte frei.

In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 1986 hat sich der Export von elektronischen Uhren und Uhrenwerken aus der Schweiz der amtlichen Statistik nach Stückzahlmäßig weiter um 18 Prozent erhöht. Uhren aus „anderen Materialien“ (als vor allem Kunststoffuhren) kamen auf einen Zuwachs von über 52 Prozent. Rückläufig war hingegen der Absatz von Ankeruhren.

Produziert wurden in der Schweiz im Jahre 1985 60,3 (1984: 49,4) Mill. Uhren und Uhrenwerke im Werte von 4,09 (3,85) Milliarden Sfr. Exportiert wurden davon 57,3 (46,9) Mill. Uhren und Uhrenwerke im Werte von 3,80 (3,40) Milliarden DM. Auf dem Weltmarkt (ohne Staateshandelsländer) hält die Schweiz mengenmäßig einen Anteil von nur noch zehn Prozent, wertmäßig aber immerhin 45 Prozent. Demgegenüber entfällt auf Japan mengen- und wertmäßig ein Part von jeweils 35 Prozent.

Die „Privaten“ schießen aus allen Rohren

Streit um Forderung der Gesetzlichen Krankenversicherungen nach Teilkostentarifen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die privaten Krankenversicherer haben an die Beamten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) appelliert, sich nicht von der Forderung der „Gesetzlichen“ irreführen zu lassen, sie würden den Beamten Teilkostentarife anbieten können. Beamte, die dennoch darauf warteten, könnten einen irreparablen Fehler begehen, wenn sie von der vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1987 befristeten Öffnung der PKV auch für schlechte Risiken keinen Gebrauch machten. Die PKV bezeichnet die Informationspolitik der GKV für „unverantwortlich“.

Auf die Beihilfe abgestimmte Teilkostentarife seien den Gesetzlichen aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Dies sei am 12. August vom Bundesversicherungsamt eindeutig festgestellt worden. Solche Tarife würden gegen den Grundsatz verstoßen, „daß allen Mitgliedern die Leistungen nach den gleichen Maßstäben zu gewähren sind“.

Den Vorwurf, mit der Öffnung für Beamte ziele die PKV auf eine finanzielle Auszehrung zulasten der Kassen ab, wollen die Privaten nicht auf sich sitzen lassen. Die Öffnung für Beamtenanfänger und -zeitlich begrenzt - für den privatversicherten Beamtenbestand bestehe gerade darin, daß den schlechten Risiken der Beitrag ermöglicht werde. Gute Risiken könnten jederzeit Mitglied der Privaten Krankenversicherung werden. Den Hinweis auf Belastung der Kassen durch zu große Familien versucht die PKV mit dem Hinweis zu entkräften, für ein Ehepaar um 50 Jahre mit drei Kindern koste der Beihilfetarif der PKV mit rund 300 DM deutlich weniger als die Versicherung einer Person in der GKV (bis rund 500 DM).

Scharf zurückgewiesen wird der Vorwurf von „Dumping-Beiträgen“. Die Aufnahme von Beamten sei nicht mit Beitragsvergünstigungen verbunden. Das Bundesversicherungsamt für die Versicherungswesen bestehe sogar

darauf, daß für das ausgesprochen schlechte Risiko ein begrenzter Risikozuschlag erhoben werde.

Der Verband der privaten Krankenversicherer betont dagegen den „nahezu runden Wettbewerb“ der Kassen untereinander um die heilfürsorgeberechtigten Berufssoldaten und Polizeibeamten. Hier hätten die Kassen in den letzten zehn Jahren die Beiträge von rund sechs auf rund drei Prozent gesenkt. Die PKV: „Davon lassen sich nicht einmal die Kosten der Krankenversicherung der Rentner, zu der die Heilfürsorgeberechtigten nach ihrer Pensionierung gehören, geschweige denn die der Angehörigen decken.“

Es sei auch zu fragen, was die Ortskrankenkassen Bayerns berechtige, trotz entgegenstehenden Urteils des Bundessozialgerichts vom 4. 12. 1985 die Beiträge ihrer eigenen beamtenrechtlich abgesicherten Dienstleistungs-Angestellten wieder zu rund 50 Prozent aus den Mitteln der AOK zu bezuschussen.

Trend zum individuellen Auto

Techno-Einkauf: Zubehörmarkt wächst überproportional

Wb. Wiesbaden

Der deutsche Markt für Kraftfahrzeug-Zubehör - ohne das Ersatzteilgeschäft derzeit bei einem Volumen von rund 4 Mrd. DM - verspricht für die Zukunft überproportionales Wachstum, meint Fritz Haberl, Aufsichtsratsvorsitzender der K.G. Techno-Einkauf GmbH, Hamburg, eines Zusammenschlusses von 109 Autohändlern der Marken Audi/VW, Opel, Ford, BMW und demnächst auch Daimler Benz.

Haberl, auch Präsident des Zentralverbands des Kraftfahrzeuggewerbes, sieht solche Chancen im Geschäft rund ums Auto trotz des Trends zur immer reichhaltigeren Ausstattung ab Werk: „Die Leute wollen ihre Wagen immer stärker individualisieren, um sich damit identifizieren zu können.“

Vom Wachstum dieses speziellen Marktes soll auch der Einkaufsverband der Techno profitieren. 1986 soll die gesamte Gruppierung - einschließlich der Auslandsaktivitäten in Österreich und Dänemark - einen

Umsatz von 450 (400) Mill. DM erreichen, davon 230 (336) Mill. DM allein in Deutschland. Das Gesamtumsortiment umfaßt 40.000 bis 50.000 Artikel (Haberl: „Man muß sich konzentrieren“) und ist so gestaltet, daß man möglichst wenig mit den Automobilherstellern kollidiert.

Aus dem Teile-Geschäft halten wir uns wöllig raus“, unterstreicht Haberl. Erste Priorität hat derzeit das Reifengeschäft. „Viel wichtiger als der Preisvorteil ist die Sortimentsgestaltung und die Möglichkeit, durch zwischenbetrieblichen Vergleich zu einer Renner-Liste zu kommen.“ So unterhält Techno auch kein eigenes Lager, sondern läßt die Händler von der Lieferanten direkt im Streckengeschäft bedienen.

Techno versteht sich selbst weniger als Einkaufs- denn als Marketing-Organisation: „Viel wichtiger als der Preisvorteil ist die Sortimentsgestaltung und die Möglichkeit, durch zwischenbetrieblichen Vergleich zu einer Renner-Liste zu kommen.“ So unterhält Techno auch kein eigenes Lager, sondern läßt die Händler von der Lieferanten direkt im Streckengeschäft bedienen.

Erfolg mit Extrudertechnik

Gute Umsatz- und Ertragsaussichten für Reifenhäuser

Py. Düsseldorf

Die ausschließlich auf die Produktion von Extrusionsanlagen, Maschinen zur Herstellung von Kunststoffgranulaten, von Ummantelungsanlagen für Kabel und Drähte sowie Maschinen für Blas- und Flachfolien konzentrierte Reifenhäuser GmbH & Co. KG, Troisdorf, erwartet für 1986 eine Umsatzsteigerung von zwölf Prozent auf 250 Mill. DM sowie einen Gruppenumsatz von rund 300 Mill. DM. Das vor 75 Jahren aus einer Schmiede entstandene, auch heute noch in Familienbesitz befindliche Unternehmen bezeichnet zur „Kunststoffmesse 86“ in Düsseldorf seine Ertragslage rückwirkend wie vorausschauend als gut. Die Nettoerträge seien bei steigenden Umsätzen verbessert worden.

Dabei kommt dem Unternehmen einmal die gute Konjunktur im Kunststoffbereich entgegen. Für 1987 werden die Aussichten als „sehr gut“

angesehen. Der Auftragsbestand für das nächste Jahr liege schon heute bei 200 Mill. DM. Noch wichtiger erscheint die hohe technische Innovationsfähigkeit in diesem Markt. Reifenhäuser gilt weltweit als eines der führenden Unternehmen in diesem Sektor. Der Umsatz, allein im Werk Troisdorf 1985 bei rund 1000 Beschäftigten etwa 186 Mill. DM, verteilt sich gleichmäßig auf alle fünf Geschäftsbereiche einschließlich der Planung und des Bau von schlüsselfertigen Produktionsanlagen für den Inlands- und Auslandsmarkt.

In diesem Jahr werden 15 (12) Mill. DM investiert, die aus Eigenmitteln und langfristigen Fremdfinanzierungen stammen. Zusätzlich werden 14 Mill. DM an Entwicklungskosten aufgewendet. Lizenzen werden nach China, Jugoslawien und Indien vergeben. In Brasilien setzte ein eigenes Werk mit 350 Mitarbeitern 20 Mill. DM um.

PERSONALIEN

Prof. Dr. Hans Diergarten, zuletzt Sonderbeauftragter der Geschäftsführung der SKF GmbH, Schweinfurt, wird heute 85 Jahre.

Dr. Manfred Brede, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Doornkaat AG, wurde zum Vice President Finance and Administration der The Allen Group International Inc., Offenbach, gewählt.

Johannes First von Thurn und Taxis übernimmt am Jahresende die Verwaltung seines Vermögens selbst und trennt sich nach 14 Jahren im Einvernehmen von Hermann Memmer, Generaldirektor der Gesamtverwaltung.

Helmut Ritter, seit 1978 Geschäftsführungsvorsitzender der Ustermeiergruppe Schunk, Heuchelheim, wird am 15. November 60 Jahre alt.

Norbert Fränken, Vorstandsmitglied der Stöhr & Co. AG, München-Gladbach, wurde zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aeschaffenburg: Werner Rosenberger GmbH; Berlin Charlottenburg: Malereiwerkstatt Ragusa GmbH; Nachh. & Gertrud Gundersmann gab Bekleidungs-WKS-Consulting Beratungsgesellschaft für Organisationsentwicklung u. Informationsverarbeitung mbH; Inge Hans Tischler GmbH; Bremen: KG in Firma Hermann Engels Busen-Waschfabrik GmbH & Co.; Johann Bothe GmbH & Co.; Delmenhorst: ISOFOR Selbstbausysteme GmbH; Harpedort: Herbert Windhorst & Co. GmbH; Harpedort: Düsseldorf: Nachh. & Hans Bernhard Peter Gustav Hermann Kauer, Monheim; Essen: ORGA Verwaltungen GmbH; Hamm: Bönnighaus Tiefbau- u. Verwaltungen-GmbH; Krefeld: Ulrich Beyer, Nettetal; Botzweil: Gebr. Jauch Uhrenfabrik GmbH, Delfingen; Küsselsheim: S T A R O GmbH; Stuttgart: Schwarz Tiefbau GmbH; Neckartenzlingen: Westfal Zweifelhöle Brannfels; Lob Wobbe-Collection GmbH, Solms.

Anschlusskonkurs eröffnet: Baden-Baden: Elebau elektronische Bauteile GmbH, Bühl/Baden. Vergleich beantragt: Niebüll: Tack GmbH; Alex Berndt Bahnsen; Wilhelmshaven: BGM Moser Betriebsges. mbH.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Thyssen kauft Krause

Düsseldorf (J. C.) - Mit „zunächst“ 50 Prozent will sich der zur Thyssen Industrie AG, Essen, zählende Thyssen Maschinenbau am Bremer Familienunternehmen Johann A. Krause Maschinenbau GmbH & Co. KG beteiligen und hat dafür eine Absichtserklärung unterzeichnet. Die neue Thyssen-Konzernfirma (120 Mill. DM Umsatz, 500 Beschäftigte) ist auf Montageanlagen besonders für die Autoindustrie spezialisiert. Der Thyssen Maschinenbau (gut 800 Mill. DM Weltumsatz, 5600 Beschäftigte) verspricht sich von diesem Engagement eine Ergänzung seiner auf gleichem Gebiet (von Transtrassen bis zum Werkzeugbau) bereits breiten Angebotspalette.

Vermögen gesteigert

Frankfurt (VWD) - Der von der Deutsche Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH, Frankfurt, betraute offene Immobilienfonds Grundbesitz-Invest überschritt den Vermögenswert von 2 Mrd. DM. Wie die Fonds-Verwaltung mittelt, sind 1,5 Mrd. DM in 30 Immobilienobjekten angelegt, die überwiegend in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik liegen. Der Fonds wurde 1970 aufgelegt. Allein in den letzten vier Geschäftsjahren flossen ihm rund 535 Mill. DM zu.

Zweites Darlehen

Frankfurt (ada.) - Zur Sicherung der Finanzierung von deutschen Lieferungen und Leistungen an Pakistan im Zusammenhang mit dem weiteren

Ausbau der Energieausbeute am Tarbela-Staudamm wurde jetzt bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau ein zweites Mischfinanzierungsdarlehen über 100 Mill. DM unterzeichnet (40 Mill. DM Bundesmittel, 60 Mill. DM KfW-Eigenmittel). Für die Zulieferung der Generatoren haben die Firmen Siemens und BBC, Mannheim, ein Konsortium gebildet.

Stiftung „Privat Haushalt“

Düsseldorf (Py.) - Die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, hat mit einem zunächst 3 Mill. DM betragenden Kapital die selbständige und gemeinnützige Stiftung „Der private Haushalt“ gegründet. Über sie sollen Forschungsarbeiten, die Aus- und Weiterbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte sowie die Herausgabe von Publikationen und die Veranstaltung von Kongressen über Probleme des privaten Haushalts und seiner finanziellen Bedürfnisse gefördert werden.

Höherer Betriebsgewinn

Rotterdam (dpa/VWD) - Der Betriebsgewinn der britisch-niederländischen Nahrung- und Waschmittelgruppe Unilever NV, Rotterdam/London, ist in den ersten drei Quartalen 1986 um 16 Prozent auf 3,17 Mrd. Gulden (2,81 Mrd. DM) gestiegen. Der den Aktionären zustehende Gewinn lag mit 1,58 Mrd. Gulden um 13 Prozent über dem Ergebnis der ersten neun Monate des Vorjahres. Niedrigere Rohwarepreise und damit geringere Verkaufserlöse haben dagegen zu einem Umsatzrückgang um sechs Prozent auf 47,07 Mrd. Gulden ge-

führt. Dazu beigetragen hat aber auch die Veräußerung einer Anzahl von konzerneigenen Unternehmen.

Deutschland-Repräsentanz

Frankfurt (VWD) - Die finnische Kansallis-Banken-Gruppe ist über ihre Luxemburger Tochter, die Kansallis International Bank Luxembourg, jetzt auch offiziell in der Bundesrepublik vertreten. Die Aktivitäten der Repräsentanz in Kelkheim sollen sich nicht auf die Betreuung der über 150 finnischen Unternehmen in der Bundesrepublik beschränken. Auch den über 1300 deutschen Unternehmen, die Geschäfte mit Finnland abwickeln, steht sie zur Verfügung.

Sehr reges Neugeschäft

München (sz.) - Ein sehr lehrhaftes Neugeschäft verzeichnete die Münchner Hypothekbank eG, München, in den ersten neun Monaten 1986 mit einem Anstieg der Darlehenszusagen um 38,7 Prozent auf über 2,04 Mrd. DM. Vom Zinsniveau kräftig stimuliert wurde dabei die Nachfrage nach Hypotheken (plus 47,9 Prozent auf 1,06 Mrd. DM). An Kommunaldarlehen wurden mit 983 Mill. DM aber auch noch 28,3 Prozent mehr bewilligt. Entsprechend kräftig stiegen die Auszahlungen um 46,7 Prozent auf 1,88 Mrd. DM, darunter bei Hypotheken um 75,7 Prozent auf 873 Mill. DM. Im Passivgeschäft wurden 2,37 (1,88) Mrd. DM Schuldverschreibungen platziert. Angesichts eines Zinsüberschusses von 53,3 (48,5) Mill. DM rechnet das Institut für 1986 mit einem „befriedigenden“ Ergebnis.

Wenn Witwer Witwen gleichgestellt sind

Die Zahl der Anträge auf Witwerrente nach dem Tode einer rentenversicherten Frau ist ausgesprochen gering. Vermuteter Grund: Die seit dem 1. Januar 1986 geltende Neuregelung, nach der Witwer unter denselben Bedingungen wie Witwen Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, ist weitgehend unbekannt.

Möglicherweise haben aber auch viele Witwer den Rentenanspruch deshalb nicht gestellt, weil sie glauben, Witwerrente wegen der Höhe der eigenen Einkünfte nicht beanspruchen zu können. Dabei übersehen sie zweierlei:

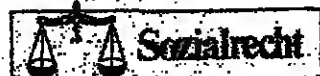
- Das eigene Nettoeinkommen wird in Höhe von 920 DM monatlich gar nicht, der darüber hinausgehende Betrag nur zu 40 Prozent von der Witwerrente abgezogen.

- Für die ersten drei Monate nach dem Tode der Frau steht unabhängig von der Höhe des eigenen Einkommens Rente zu - und das sogar in der Höhe, die die Frau selbst zu beanspruchen hätte, also nicht nur in Höhe von 60 Prozent.

Bei lediglich zum Beispiel 2020

DM Nettoeinkommen des Mannes würde ihm im Anschluss an die dreimonatige Vollrentenzahlung eine Witwerrente von 160 DM pro Monat zustehen (2020 DM minus 920 DM Freibetrag = 1100 DM, davon 40 Prozent = 440 DM Anrechnungsbetrag; 600 DM errechnete Witwerrente minus 440 DM = 160 DM Zahlbetrag).

* Berechnen gesetzliche Krankenkassen Rentenbeziehern, die ihnen



freiwillig angehören, höhere Beiträge als erlaubt? Dabei handelt es sich um Rentner, die der Kasse deshalb nicht als Pflichtmitglied angehören, weil sie die dafür erforderliche Vorversicherungszeit in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht erfüllt haben. Diesen Rentnern steht (unter Bedingungen) ein freiwilliges Beitrittsrecht zu einer gesetzlichen Krankenkasse zu. Solche

freiwillig versicherten Rentner sollen Beiträge von denselben Einkommensarten zahlen wie die pflichtversicherten Rentner. Dem Wortlaut des Gesetzes nach dürfen demnach bei freiwillig versicherten Rentenbeziehern nur die Rente selbst, eine Betriebsrente beziehungsweise andere Versorgungsbezüge sowie Arbeitsverdienst oder -einkommen für die Errechnung der Kassenbeiträge angesetzt werden.

In der Praxis wird das aber vielfach anders gehandhabt. Weil nämlich für freiwillig Krankenversicherte ohne Rente sämtliche „Einkommen zum Lebensunterhalt“ die Grundlage für die Beitragsberechnung bilden - zum Beispiel auch Miet- und Zinseinkünfte - geschieht das bei freiwillig versicherten Rentnern ebenfalls.

Die Krankenkassen begründen das mit der Gleichbehandlung der freiwillig Krankenversicherten. Sie beziehen sich dabei auf eine Entscheidung des Bundessozialgerichts aus dem Jahre 1982 (Az.: 12 RK 57/81) WOLFGANG BÜSER

Informiert sein, in Verbindung bleiben. Mit Autotelefon C. Von AEG.

Jetzt macht Sie das Autotelefon C von AEG noch erfolgreicher: Sie müssen auf keine wichtige Information mehr verzichten, weil Sie mit einer einzigen Vorwahlnummer überall erreichbar sind. Niemand kann mithören. Es gibt eine Code-Karte für die separate Gebührenerfassung, einen großen selbstprogrammierbaren Rufnummern-

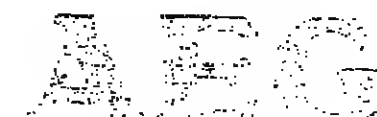
speicher, automatische Rückrufmöglichkeit, und, und, und... Das moderne Konzept des Autotelefonierens kommt von dem Unternehmen, das schon lange eine führende Rolle in der Entwicklung des Autotelefonspiels. Die AEG hat das erste Autotelefon auf den deutschen Markt gebracht und bietet mit dem Autotelefon C inzwischen die 4. Generation der Autotelefone an. Und selbstverständlich steht ein dichtes Händlernetz mit dem bewährten guten Service der AEG für Sie bereit. Über alles weitere informiert Sie unser Vertragshändler ganz in Ihrer Nähe. Er setzt sich sofort mit Ihnen in Verbindung - schicken Sie uns den Coupon.

Modern kommunizieren. Autotelefonieren!

Senden Sie mir bitte weitere Informationen über Autotelefon C von AEG:

Name _____
Firma _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____

AEG Aktiengesellschaft
Kommunikationstechnik
Sickingenstraße 20-28, D-1000 Berlin 21
Telefon: (030) 34 63-0, Telex: 181819



Nervöse Aktienmärkte

Noch immer Verstimmung über VW

Der Börsenboom stand im Zeichen massiver Verkäufe von VW-Aktien. Anlaß ist der empfindliche Rückgang des Konzernergebnisses in diesem Jahr. Im Verkauf wurde das Material hier wie auch bei den anderen Standardaktien aber flott aufgenommen, doch meist unter Wertzuschlägen.

VW-Vorzugsaktien, vorzeitigem Wochensatz von 450 DM emittiert, werden nicht nur mit 450 DM notiert. Es wird Kritik an dem Emissionspreis geübt, der nach Ansicht der Börse an der voranschreitenden Ertragsstagnation nicht berechnungsgemäß hat. Obwohl sich im Falle der neuen Heimat eine Lufte abzeichnet, die für die Banken akzeptabel zu sein scheint, gaben Bankaktien weiter nach. Bisher war ihre Schwäche mit den drückenden Verlusten bei der Neuen Heimat begründet worden. Schwach lagen Preussag-Aktien, eine Dividendenkürzung schint zwingend. Aus dem Rahmen fielen AEG-Aktien, die sich entgegen der nachgebenden Allgemotiten-

Table with columns for Düsselort, Frankfurt, Hamburg, München, Aktien-Umsätze. Lists various stocks and their prices.

Table with columns for Unnotierte Werte, Genüßscheine, Ausland in DM. Lists various international and specialty stocks.

Table titled 'Infant' listing various infant stocks and their prices.

Table with columns for Düsselort, Frankfurt, Hamburg, München, Aktien-Umsätze. Continuation of stock listings.

Table with columns for Unnotierte Werte, Genüßscheine, Ausland in DM. Continuation of international and specialty stock listings.

Segeln lernen. Segeln erleben: 4 Yachtschulen des DHH - deutscher Hochseesportverband 'HANSA' e.V. - in: Glücksburg/Ostsee, Steinhuder Meer, Priem am Chiemsee, Elba/Mittelmeer. Alle Segelscheine. Hochsee-Törns: Nord- / Ostsee und Mittelmeer. Bitte Jahresprospekt anfordern bei: DHH, Postfach 15 2034, 2000 Hamburg 13 oder Telefon: (040) 44 1142 50

Merrill Lynch: Schlechte Börsentage sind gute Käufertage. Auch für US-Aktien. Der US-Dollar zeigt Schwäche. Gute Zeiten für Anleger, die mit ihrer starken Markenchance reiche Papiere in den USA kaufen wollen. Nur, guter Rat heißt meistens „gut geraten“ und kommt dazu noch teuer. Was tun? Verlassen Sie sich bei der Wahl Ihrer Berater nicht auf Gefühl, sondern auf Fakten: Wir sind eine der größten Investmentbanken der Welt und auf dem US-Kapitalmarkt zu Hause. Um Ihnen ein Gefühl von unserer Kenntnis des Marktes und für unsere Arbeit zu geben, haben wir mit unserem Strategie- und Analyseteam vor Ort einen Investment-Brief erarbeitet. Er nennt Hintergründe und Fakten und soll Grundlage für ein fundiertes Beratungsgespräch mit einem unserer Financial Consultants sein. Fordern Sie uns. Dann können wir zeigen, wie gut wir für Ihr Geld arbeiten. Rufen Sie uns an oder schicken Sie den Info-Scheck an die nächste Merrill Lynch-Niederlassung.

Telefonische Anzeigenannahme. Essen-Kettwig (0 20 54) 1 01-5 24. DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Zentralredaktion: 5100 Hamm 2, Gleditschallee 80, Tel. (0 20 21) 30 41, Telex: 6 85 714, Fernpostfach 02 28 37 34 66.

Abonnieren Sie DIE WELT - Ihren täglichen Informationsvorsprung. An DIE WELT Vertrieb, Postfach 30 50 30, 2000 Hamburg 30, Telefon: (040) 3 47 38 13. Bitte liefern Sie mir vom nächstreichbarsten Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland: 37,10). Luftpost auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Info-Scheck. Schicken Sie mir bitte unverbindlich den aktuellen Investment-Brief mit den Empfehlungen zum US-Kapitalmarkt. Name, Straße, Ort, Telefon. Minimum-Einlage DM 100.000,-. Wenn Sie lieber gleich mit uns sprechen möchten, erreichen Sie uns ganz in ihrer Nähe. Repräsentant in Deutschland: Merrill Lynch AG, 2000 Hamburg 1, Paulstraße 3, Tel.: 040/321491-4000 Düsseldorf, Karl-Arnold-Platz 2, Tel.: 0211/4 58 10; 6000 Frankfurt, Ulmenstraße 30, Tel.: 069/71530-7000 Stuttgart, Lange Straße 9, Ecke Kronprinz, Tel.: 0711/2 22 00; 8000 München 2, Promenadeplatz 12, Tel.: 089/23 03 60.

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Redaktion: Axel Springer & Co., Postfach 10 15 10, 2000 Hamburg 10, Telefon: (040) 3 47 38 13. Die WELT ist eine der größten Tageszeitungen in Deutschland. Sie enthält alle Nachrichten, Berichte, Kommentare und Analysen. Abonnieren Sie DIE WELT heute!

EFFEKTEN/OPTIONSHANDEL/ANLEIHEN

Table with 2 columns: Country/Market (Ausland Amsterdam, Brüssel, Hongkong) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Kopenhagen, London) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Luxemburg, Madrid) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (New York) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Paris) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Singapore, Sydney) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Oslo) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Johannesburg, Stockholm) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Tokio) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Toronto, Zürich) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Inlandszertifikate) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Auslandszertifikate) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Optionshandel) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Rentenoptionen) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisenmärkte) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Junge Aktien) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisenmärkte) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisenmärkte) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisenmärkte) and various stock symbols with their respective prices.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisenmärkte) and various stock symbols with their respective prices.

Advertisement for Dr. Fritz-Aurel Goergen, featuring a large cross symbol, a portrait of the doctor, and text detailing his services and contact information. The text includes his name, birth date (geb. 11. Juni 1909), death date (starb in Genf am 4. November 1986), and a list of family members. It also contains a notice about the funeral service and a testimonial from Heinz Pentzlin.

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz – Orte und Hotels in der Bundesrepublik Deutschland empfehlen sich.

1 **Apartment-Hotel Upstalsboom**

Frische Gastlichkeit direkt am Nordsee-Deich.
Eine Alternative mit Pfiff:
Erfolgreich arbeiten, wo andere Urlaub machen!
Unser Pauschal-Angebot
Übernachtung im geräumigen Einzelzimmer
Frühstück, Kaffeepause, Menü am Mittag und Abend
Benutzung von Technik und Räumen
nur DM 85,- pro Tag

Sie erreichen uns über die B4E 23, Richtung WHV, Ab-
fahrt Hörumerfeld-Schilling, Parkplätze am Haus vorhan-
den.
Bitte fordern Sie den Tagungsprospekt an!
Apartment-Hotel Upstalsboom
Schillinghorn, 2949 Nordseebad Hörumerfeld
Telefon: 04425-88-0

11 **Intermar**
Glücksburg Marine Grönitz
Bad Segeberg

**Tagungen im
Intermar-Stil**

Tagungen, Konferenzen,
Seminare im Intermar-Stil
sind zu einem Begriff geworden.

Fordern Sie bitte unseren
Prospekt an!

Wir sind auch Ihr Partner für
Urlaub, Wochenend- und Freizeit-
Ihre Buchung nimmt jedes
Intermar-Hotel entgegen oder
informieren Sie sich bei der
Zentrale Reservierung,
12, Reibestr. 20
2000 Hamburg 11
Tel. 040/227 457-58, Telex 214 915

14 **HOTEL
Königshof**

mal raus aus den Toren der Stadt...
Tagen und Erholen im Allgäu
4 Räume, 10-80 Personen
TAGUNGS-VP-PAUSCHALE
zum Kennenlernen, 110,- DM

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und übersenden Ihnen gerne unsere
Informationsbroschüre.

Hotel Königshof, 8923 Lechbruck am See
Telefon 0 88 62 / 71 71, Telex 59 755

15 **Herzlich Willkommen
im Herzen des Siegerlandes**

Sie wollen komfortabel tagen
und wohnen.
Wir tun unser
Möglichstes dafür
Park Hotel Siegen
Koblenzer Str. 135
Telefon 0271/338 10

Wir freuen uns auf Sie
Park Hotel Siegen
AM KONGRESS-ZENTRUM
LECHBRUCKHALLE

2 **SEE SEMINARE
IM NORDSEEBAD
ST. PETER.**

Für erfolgreiche Tagungen bieten wir
Meer, 5 Räume für Seminare,
Tagungen, Festlichkeiten bis
zu 250 Personen, modernste
Konferenztechnik, 50 Zimmer,
Swimmingpool, Fitness-
Center, direkt am Meer.

Bitte fordern Sie
unseren Koffer- und
Tagungsunter-
lagen an

**AMBASSADOR
International**

16 **gasthof
franck**

Ihr Tagungs- und Urbinnschloß in der Heide

Wir haben Tagungs- und Festräume für 5-250 Pers.,
ausgestattet mit moderner Konferenztechnik, 60 Betten,
alle Zimmer mit Du/WC, Tel., TV-Anschl. Ausge-
zeichnete Küche, Schwimmbad, Sauna, Solarium, Kle-
gelbau, Tischtennis, Video, Französisch, Fahrradver-
leih, golfen, reiten, angeln, wandern, Tennis, Tagungs-
pauschale auf Anfrage

2121 Bietlingen, Bundesstr. 31b, Tel. 0 41 33 / 31 11

18 **ALLES
UNTER
EINEM
DACH**

600 Betten - 15 Konferenzräume von 6 bis 600 Personen

- gemütliche Restaurants
- Bierstube mit Kegelbahnen
- Hallenbad, Sauna
- Nachtbar
- Fitness-Räume
- Tennishalle und Freiplätze

Wenn Sie in absolut ruhiger Lage auf Nichts verzichten wollen, so sollte Ihr nächster Tagungsort
das Revita sein. Lassen Sie sich überzeugen - Sprechen Sie mit Frau Heilmann oder Herrn Seibert.

Dem Kunden mit Ihnen unsere Info-Mappe, die auch ein interessantes Freizeit-Programm enthält.
LASSEN SIE SICH ÜBERZEUGEN! - Sprechen Sie mit Frau Heilmann oder Herrn Seibert.

revita EIN FAMILIENBETRIEB
SYMPATHISCH - PRIVAT - PERSÖNLICH
Tagungs- und Kongresszentrum 3422 Bad Lauterberg im Harz Telefon (0524) 831

3 **Tagen mit Komfort Hotel
KIEFERNECK**

Ideal für Kongresse, Tagungen und Konferenzen
Alle Zimmer mit Dusche/WC, Radio/TV, Tel., Balkon, Schwimmbad,
Sonnensaal, z.B. Bade- u. Massagebad.

**3115 Bad Bevensen, Lüneburger Heide,
Telefon (0 58 21) 30 33-35**

4 **HOTEL FAHRHAUS**

Ringhotel Bad Bevensen

Eine Oase der Lebensqualität und eine strategische Adresse für Tagungen/Seminare, Kur
und Urlaub, ruhig am Wald - jeglicher Komfort, 2 Doppelzimmerräume, med. Bader-
einrichtung, alle Kassen Sonderpreisen 20, 10, bis 20, 12, 68: 3 Tage NP DM 234,- pro
Person, 7 Tage VP DM 595,-, Welt-achten-Silvester

„Ringhotels bieten immer ein bisschen mehr“

Telefon: (0 58 21) 70 94 - Karl Kieß - Lüneburger Heide - 3118 Bad Bevensen

5 **Hotel May** RESTAURANT

- Gutbürgerliches Tagungshotel
- mit idealen Räumlichkeiten für 5 bis 150 Personen
- Gesamte Tagungstechnik vorhanden (Filmpark, Overhead, Leinwand usw.)
- Alle Zimmer mit Du, WC, Telefon TV-Anschluss
- Günstige Preise Halbpension: DM 62,00, Vollpension: DM 72,00
- Sprechere Sie mit Familie Nordmann

Telefon: (0 53 04) 3040 - Soltau - Tel. (0 5191) 20 01

6 **Ringhotel Asendorf**

Das rustikale Haus
in herrlicher Waldlage,
aller Komfort,
100 Betten, Hallenbad,
Sauna, Solarium,
211b Asendorf/Hanstede
Telefon (04183) 2094

Fordern Sie unsere
5 attraktiven
Angebote an!
z.B. unsere Sonder-
Arrangements
für Familienfeiern,
Vereinsfeste, Tagungen
und Konferenzen

7 **Hotel
Handhaus
Höpen**

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
90 Betten, Hallenschwimmbad (9-13), Sauna, Solarium, Massagen,
Doppelzimmerräume, Verkehrsbus zum Dreieck Hamburg-Hannover-
Braunschweig (je 45 Minuten).

Fragen Sie uns - wir informieren Sie gern.

Telefon: (0 51 24) 2031 - Höpen - Tel. (0 51 24) 2031

8 **HOTEL Ringhotel Hermannsburg
Heidehof**

Hallenbad 7 x 12
mit Gogonatronanlage,
Sauna, Solarium

Restaurant im rustikalen Stil, altdiesche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du,
WC, Telefon, Radio, 2 T., mit Südbalkon, Lift, Bundeskesselbahnen, Garagen,
Parkplätze, Auto- und Tagungsraum bis 120 Pers.

Neu, nur 3 km entfernt:
2 komplette Ferienapartements
und 8 Pferde-Gastboxen. Ideales Reitgelände
3102 Hermannsburg, Lüneburger Heide
Tel. (0 50 52) 34 81 - 80 81

9 **Heidehotel Hudemühle**

Ideal für Tagung und Urlaub. Erstes Hotel mit ständigen
EDV-Schulungen, eigenen Trainern und eigenen Pro-
grammen: EDV-Grundkenntnisse und Spezial-Workshops,
1-3täg. Seminare zum Komplettpreis. Komforthotel mit
Schwimmbad, farn. Atmosphäre.

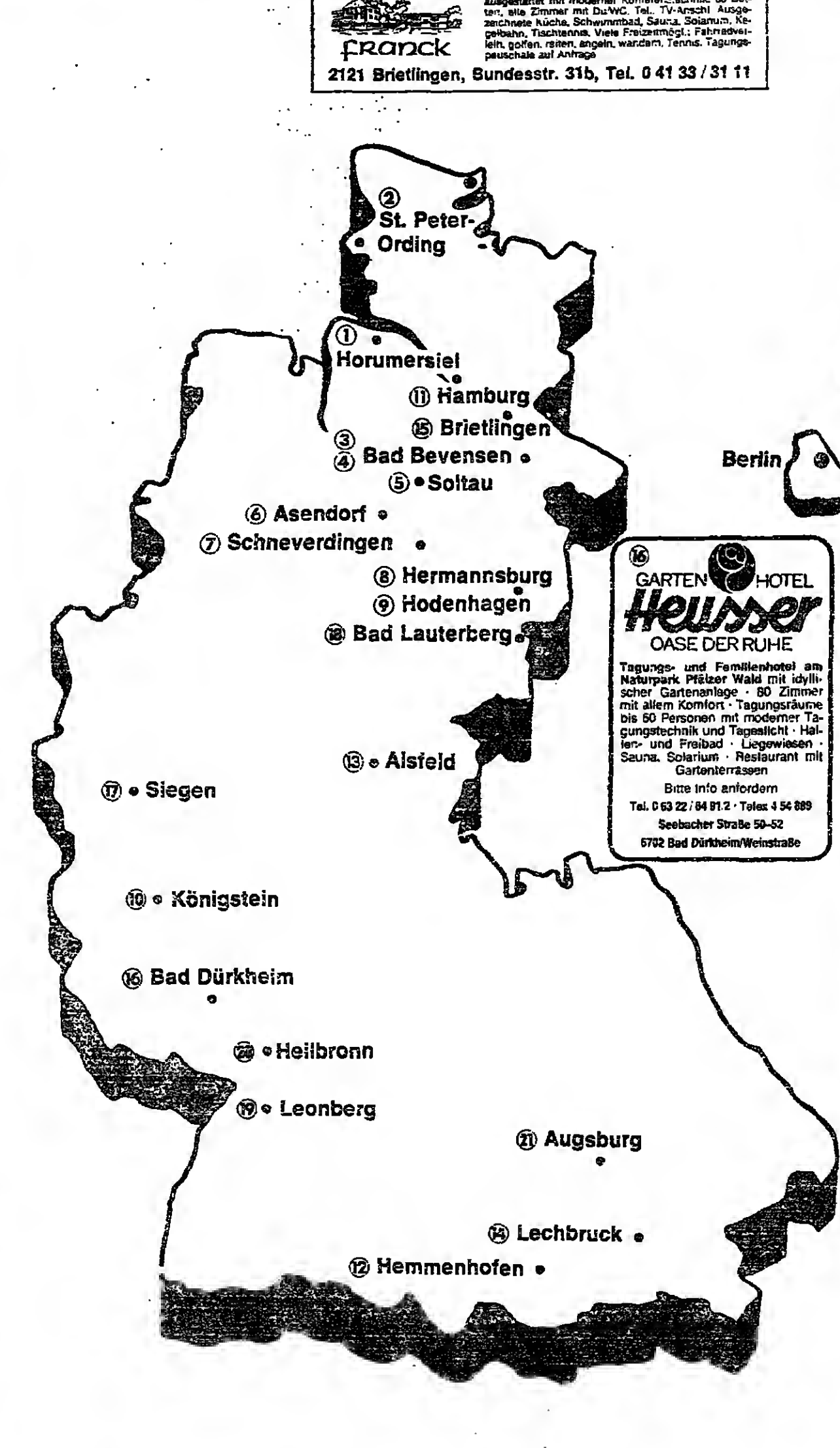
Inf. R. Eisenberg, 3035 Hodenhagen, Tel. 0 51 64 / 5 01

10 **Eine sehr gute ADRESSE ...**

... für erfolgreiche Arbeitessen, anspruchsvolle Konferenzen, Semina-
re, Tagungen, Festivitäten und als Standort im Rhein-Main-Gebiet.
Im ehemaligen Rothschild-Palais, mitten in einer idyllischen Parklandschaft
(100 000 m²), Südtagen bieten wir Ihnen eine Oase der Ruhe, um gute
Gespräche zu führen, Konzepte erarbeiten, kreativ schaffen - aber auch
„almatig hantieren“ in nischenartigen Räumen feiern zu können. Bei Ihren
Geschäftsreisen finden Sie hier ein Refugium abseits vom Alltag und doch
„nur einen Katzensprung“ (verkehrsünstig gelegen) vom Raum Frankfurt-
Main-Wiesbaden entfernt. Und unsere Küche, die Konditorei, der Weinbar-
ler - weihen Sie im Rhein-Main-Gebiet - stellen auch den Feinschmecker
zufrieden. Wir erwarten Sie gern mit vorbildlicher Gastlichkeit ...

... im zauberhaften Hotel im Park

SONNENHOF
Falkensteiner Straße 7-9 · 6240 Königstein/Ts.
Heilklimatischer Kurort
Telefon (0 61 74) 30 51 · Telex 04-10 636
Fordern Sie - bitte - unseren Hausprospekt an!



17 **WOHLGEMERKT**

Wenn Sie einen Tagungsort
mit perfekter Verkehrsanbindung suchen,
ist die Leonberg nicht vorbeizukommen.
Das wandelbare Raumprogramm und
sein modernes Management machen's möglich.
Ihre Seminare, Kongresse und Tagungen
in den rechten Räumlichkeiten zu rücken.

Städtische Leonberg - Telefon 07152/204490
Römerstr. 110 - Post: 1763 - 7259 Leonberg

**STADT
HALLE
LEONBERG**

20 **»... man soll die
Tagung nicht vor dem
Abend loben.«
Dann tagen Sie doch
in Heilbronn.**

Dem einseitig
• Verfügen wir in Heilbronn über
ausgezeichnete Räumlichkeiten
für Tagungen, Symposien,
Schulungen und Konferenzen,
Ausstellungen usw.
• Ausstattet für 18 bis 1800 Personen.
• Umzusetzen Sie Sie bei der Orga-
nisation
• und halten adäquate Hotelzimmer
bereit.

Andererseits:
• Sorgen unsere Gastronomen
bestens für Ihr leibliches Wohl.
Von schwach-rustikal bis inter-
national-elegant.
• laden gemütliche G&S- und
Weinstuben zum Entspannen und
Kennenlernen nach «Feierabend-
en».
• lernen Sie in unseren «Besen-
wirtschäften» von der besten Seite
kommen
• ist Heilbronn und seine herrliche

Umgebung für Damen- und
Beiprogramme geradezu präde-
stiniert.

Unser Raumangebot:
FESTHALLE HARMONIE
Räume für 30 bis 1800 Teilnehmer.
Mit großer Tiefgarage. Nur 5 Minu-
ten vom Hauptbahnhof.

BÜRGERHAUS BÜCKINGEN:
Der ideale Treffpunkt für Veran-
staltungen mit 25 bis 500 Gästen,
Tiefgarage.

DAS SCHIESSHAUS:
renoviertes Kleinod aus dem
Rokoko. Der stilvolle Rahmen für
feine Empfänge und Veran-
staltungen bis 140 Personen. Parken
ist kein Problem.

Außerdem:
• Sie eine große Anzahl von
Räumlichkeiten in allen Größen und
Verhältnissen in den hervorragend
geführten Häusern unserer Stadt für Sie
bieten. Bitte fragen Sie an!

Heilbronn
Verkehrsamt der Stadt Heilbronn, Rathaus 7100 Heilbronn
Telefon (0714) 54 24 46, Telex 729439

12 **KUR-UND
SPORTHOTEL
HORI**

D-7786 Hemmenhofen
Bodensee Tel. 0 75 35 / 81 10

bietet wirklich «Alles unter einem Dach» und damit den Rahmen für eine
erfolgreiche Tagung in ruhiger Lage, direkt am See. Unsere Häuser sind
bestens geeignet auch für Meetings auf Dreifloßebene. Alle technischen
Einrichtungen sind vorhanden.

In rustikaler Landhausatmosphäre verbringen wir Sie mit feiner, leichter,
Küche und Spezialitäten der Bodensee-Landschaft. Zimmer mit Bad, Du., WC,
TV und Telefon.

Freizeitangebote: Reithalle, Tennis, Wassersportschule, Hallenbad, Sauna,
Schonertalm, Naturheilpraxis u.a.

Unsere Tagungsmerkmale informieren Sie über alles.

13 **Die Tagungsorganisation sollten Sie nicht
irgend jemandem überlassen:**

- Wir sind Tagungs- und Seminarprofis
- mit optimal ausgestatteten Konferenzräumen
- mit komplettem Tagungsequipment
- mit ruhiger Lage, mitten in Deutschland
- mit seminaregerechter Ernährung
- mit Tennishalle, Schwimmbad, Sauna
- mit Kegelbahnen, Solarium, Massage

Lassen Sie uns Ihr Partner sein!

Best Western SPORTHOTEL VOGELSBERG
Kneipstraße 7, 6320 Altfeldmühlrod, Telefon (0936) 890

21 **Kongresszentren
Tagungshotels**

**Tagen
in
Augsburg**

immer sinnvoll
immer eindrucksvoll
in den Kosten immer maßvoll

Verkehrsverein Augsburg e. V. Abt. Kongresse
Bahnhofstraße 7 · 8900 Augsburg · Tel. 0821/36024

Augsburg - eine Stadt
mit 2000jähriger
Geschichte

Handwritten signature or note at the bottom right corner.

Warenpreise - Termine

Mit höchsten Gewinnen schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Fester notierte Kakao, schwächer ging Kaffee aus dem Markt.

Table with multiple columns listing various commodities like Gold, Silver, Copper, and their prices and terms.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table listing wool, fibers, and rubber prices.

NE-Metalle

Table listing non-ferrous metal prices.

Messingnotierungen

Table listing brass prices.

Deutsche Alu-Gießlegierungen

Table listing German aluminum casting alloys.

Edelmetalle

Table listing precious metal prices.

Internationale Edelmetalle

Table listing international precious metal prices.

Erweiterung - Rohstoffpreise

Table listing expansion raw material prices.

Westl. Metallnotierungen

Table listing Western metal prices.

New Yorker Metallnotierungen

Table listing New York metal prices.

Edelmetalle

Table listing precious metal prices.

Zinn-Preis Pesang

Table listing tin prices.

KUPFER (Lb/100)

Table listing copper prices.

Londoner Metallbörsen

Table listing London metal exchange prices.

Devisenmarkt

Table listing foreign exchange rates.

Geldmarktsätze

Table listing money market rates.

Euro-Geldmarktsätze

Table listing Euro money market rates.

Edelmetalle

Table listing precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table listing energy futures contracts.

Dollar-Anleihen

Table listing US dollar bonds.

Lux. Franc Bonds

Table listing Luxembourg franc bonds.

Rechnungs-Einheiten

Table listing accounting units.

Euro-Yen

Table listing Euro-Yen exchange rates.

Karibien

Table listing Caribbean market data.

Sawholz

Table listing lumber prices.

Devisenmarkt

Table listing foreign exchange rates.

Geldmarktsätze

Table listing money market rates.

Euro-Geldmarktsätze

Table listing Euro money market rates.

Edelmetalle

Table listing precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table listing energy futures contracts.

Dollar-Anleihen

Table listing US dollar bonds.

Lux. Franc Bonds

Table listing Luxembourg franc bonds.

Rechnungs-Einheiten

Table listing accounting units.

Euro-Yen

Table listing Euro-Yen exchange rates.

Karibien

Table listing Caribbean market data.

Sawholz

Table listing lumber prices.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table listing yields and prices of mortgage-backed securities.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table listing zero-coupon bonds in DM.

Rechnungs-Einheiten

Table listing accounting units.

Euro-Yen

Table listing Euro-Yen exchange rates.

Karibien

Table listing Caribbean market data.

Sawholz

Table listing lumber prices.

Die Geschenkidee für Anspruchsvolle.

Ein Weihnachtsgeschenk wie kein anderes: Rückblick und lebendige Zeitgeschichte.

40 Jahre Weltgeschehen 1946-1986. Dies ist eine einmalige Sonderausgabe in begrenzter Stückzahl.

Ein Geschenk von hohem zeitgeschichtlichen Reiz. Großformat 40 x 29 cm. 196 Seiten Umfang.

Bestellungen durch Vereinigungen des Betrages auf das Postgironkonto Hamburg 13 300 - 204 (BLZ 200 100 20) des Axel Springer Verlages.

In Hamburg ist das Buch auch bei den Geschäften des HAMBURGER ABENDBLATTES, Mönckebergstraße 5, und Dammtorstraße 1, erhältlich.

Bitte bis spätestens 1. Dezember 1986 bestellen! Nur dann kann der Sammelband rechtzeitig vor dem Fest geliefert werden.

Bitte bis spätestens 1. Dezember 1986 bestellen! Nur dann kann der Sammelband rechtzeitig vor dem Fest geliefert werden.

Bitte bis spätestens 1. Dezember 1986 bestellen! Nur dann kann der Sammelband rechtzeitig vor dem Fest geliefert werden.

Bitte bis spätestens 1. Dezember 1986 bestellen! Nur dann kann der Sammelband rechtzeitig vor dem Fest geliefert werden.

Bitte bis spätestens 1. Dezember 1986 bestellen! Nur dann kann der Sammelband rechtzeitig vor dem Fest geliefert werden.

Bitte bis spätestens 1. Dezember 1986 bestellen! Nur dann kann der Sammelband rechtzeitig vor dem Fest geliefert werden.

Bitte bis spätestens 1. Dezember 1986 bestellen! Nur dann kann der Sammelband rechtzeitig vor dem Fest geliefert werden.

taschenbuch magazin

Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Kostenlos im Buchhandel! Heft 4/86 des taschenbuch magazin ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage.

Getriebe der Demokratie: Das „Parteien-Handbuch“

Die kleinen Zahnräder

Wer weiß noch, daß Anfang der fünfziger Jahre in West-Berlin eine USPD existierte, die die Tradition der gleichnamigen Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts fortzuführen wollte? Oder wer ist das Kürzel FSU geläufig, das für „Freisoziale Union“ steht, einer Gruppierung, die seit mehr als drei Jahrzehnten, ebenso hartnäckig wie erfolgreich für eine Neuordnung des Geldwesens eintritt?

Im vierbändigen „Parteien-Handbuch“ herausgegeben von Richard Stöss wird der Leser über sämtliche 136 Parteien und Wählergemeinschaften informiert, die seit 1945 zu Bundestags- oder Landtagswahlen angetreten sind. Auf 2586 Seiten wollen die 17 Autoren (die fast alle von

matik als Stärke des Handbuchs, im Vergleich etwa zum Standardwerk Heino Kaackes „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems“, dem „beliebige Kompilation von Detailanalysen“ vorgeworfen werden. Doch die „systematisch erhobenen Datenkränze“ der Berliner Parteienforscher haben, auch ihre Tücken: Deren Raster wirkt manchmal wie ein Prokrustesbett. Wenn zu einem Rasterelement besonders viel Sekundärliteratur zur Verfügung steht, geht man in die Breite, findet man dagegen nur sehr wenig und vermag dieses Manko nicht durch Eigenforschung auszugleichen, werden die Auskünfte karg.

Der Forschungsansatz, die Sprache und damit die Begriffsbestimmungen zahlreicher Autoren (zu ihnen zählen u.a. der Sohn Willy Brandts, Peter Brandt; sechs hezeichnen sich als ÖTV, zwei als GEW-Mitglieder) sind „links“. Wir gehen davon aus, daß die westdeutsche Gesellschaft eine kapitalistische Klassengesellschaft ist“, schreibt Richard Stöss im einleitenden Theorie-Teil; entsprechend wird den Parteien im „bürgerlich-kapitalistischen System“ ihre spezielle „objektive“ Funktion zugeordnet, mal herrschaftsstabilisierend, mal systemüberwindend.

Trotz allem übertriebenen Strukturierens und aller links-sozialistischen Prämissen bleibt die zehnjährige Fleißarbeit des Autorenteams zu würdigen, das beim umfangreichen Parteienarchiv des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin aus einer schier unerschöpflichen Materialfülle schöpfen konnte. Die Darstellungen der Parteien, die Fülle der Personen-, Organisations- und Titelregister vermitteln dem Interessierten einen Überblick über „die Parteien der Bundesrepublik, die nach 1945 gegenüber den älteren politischen Mächten eine unangestastete Vormachtstellung erhielten. Gerade wegen der Bedeutung der Parteien hierzulande erscheint es daher um so beklagenswerter, daß konservative Korrekturen zu dem als Standardwerk einzuschätzenden „Parteien-Handbuch“ bislang fehlen und auch weit und breit nicht auszumachen sind. HANS KRUMP



1976 bis 1983 an dem zehnjährigen Forschungsprojekt der Freien Universität Berlin über das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt haben) eine empfindliche Lücke in der hiesigen Parteienforschung schließen. Dabei läßt sich kaum vermeiden, daß in den Bänden Mini- bis Kleingruppierungen ein übermäßiges Gewicht im Vergleich zu den etablierten Parteien erlangen. Dies entspricht nur spezifischen Sicht der Autoren. Der Politologe Stöss vergleicht Parteiensysteme mit Getrieben von Maschinen, bei denen nicht nur die großen Zahnräder von Bedeutung sind, sondern deren Funktionsfähigkeit ... auch von den scheinbar unbedeutenden kleinen Lagern abhängt, deren Versagen im Extremfall den gesamten Mechanismus blockieren kann“. Um dieses komplizierte Räderwerk zu erklären, werden 49 der „bedeutendsten“ Parteien nach einem Raster-System beschrieben. Das reicht von der Gründung, über Geschichte, Ideologie, Zu- und Abspaltungen, Wahlbeteiligungen, Organisation bis hin zur Propaganda und schließt jeweils mit einer Gesamtschätzung. Der Herausgeber preist diese Systeme



Ein großartiges Duo: Jack Lemmon (links) und Marcello Mastroianni in Ettore Scolas Film „Macaroni“

Nach „Le Bal“ nun eine Schüssel mit Nudeln: Ettore Scolas Film „Macaroni“

Am Ende schlägt die Camorra zu

Zwei Männer ziehen die Bilanz ihres Lebens in Ettore Scolas neuem Film „Macaroni“. Beide sind zu die sechzig. Beide werden durch einen Zufall oder durch die Laune des Schicksals noch einmal mit ihrer Jugend konfrontiert. Sie haben scheinbar nichts miteinander gemeinsam: der Amerikaner Robert, ein kühler Manager mit rüden Manieren, und der herzliche, lebenslustige Neapolitaner Antonio, ein kleiner versponnener Archivar, der in seiner Freizeit deftige Volkskomödien schreibt. Robert (Jack Lemmon) und Antonio (Marcello Mastroianni), ehemals gute Freunde, begegnen sich nach vierzig Jahren noch einmal in Neapel. Als Soldat gehörte Robert zu den amerikanischen Besatzern und war in Neapel verliebt. In den drei Tagen, die die Männer nun miteinander verbringen, finden sie die Wärme jener alten Freundschaft wieder, die sie damals verbunden hat. Eines freilich wundert Robert: In Antonios Familien- und Freundeskreis ist er bekannt wie ein bunter Hund; man scheint ihn lange erwartet zu haben und feiert ihn stürmisch. Bald weiß er warum: Antonio hat ihn

zu einem lebenden Mythos gemacht, hat in Roberts Namen seiner Schwester Maria lange Briefe geschrieben, in denen der Amerikaner, angeblich ein berühmter Reporter, von seinen Heldentaten aus allen Teilen der Welt berichtet. Robert steht fassungslos seinem idealisierten Double gegenüber, macht aber gute Miene zum bizzaren Spiel. „Macaroni“ ist ein zutiefst menschlicher Film, mitten aus dem prälen Leben gegriffen und in die verschleierte Schönheit Neapels getaucht. Natürlich stößt und fällt er mit dem herrlichen Duo Mastroianni/Lemmon, das sich geistreich und witzig die Bälle zuwirft. Diesen beiden Vollblutkomödianten zuzuschauen, ist ein rares Vergnügen: Wenn sie sich in der schmalen Gasse Neapels wie Laubbäume tummeln, die Gesichter voneinander verbrängen, finden sie die Wärme jener alten Freundschaft wieder, die sie damals verbunden hat. Eines freilich wundert Robert: In Antonios Familien- und Freundeskreis ist er bekannt wie ein bunter Hund; man scheint ihn lange erwartet zu haben und feiert ihn stürmisch. Bald weiß er warum: Antonio hat ihn

manungsvolle Dekors, etwa wenn die Kamera verliert über den gedeckten Familientisch streift, auf dem in tiefen Schüsseln die Macaroni dampfen, geben dem Film zusätzliche Würze. Die Begegnung von Robert und Antonio wird brüsk unterbrochen. Antonio, Opfer einer Intrige, wird von der Camorra im Hafen von Neapel brutal niedergeschlagen und stirbt in den Armen des Freundes. Selbstlos kümmert sich der ehemals so egoistische Businessman um Antonios Familie und läßt sogar sein Flugzeug sausen. Ein öisches ist er jetzt doch zu jenem Helden geworden, den Antonio in kühnen Tagträumen aus ihm gemacht hatte. „Macaroni“ ist weniger streng und präzise komponiert als Scolas beste Filme, etwa der Berlinale-Sieger „Le Bal“ von 1983. Auch hätte dem Drehbuch ein kritischer Rostriß gutgetan. Aber die schauspielerischen Kablenstückechen, die uns Lemmon und Mastroianni hier bieten, sind allerbestes Klappertier und machen diesen Streifen zum hübschesten italienischen Film, den wir seit langem gesehen haben. DORIS BLUM

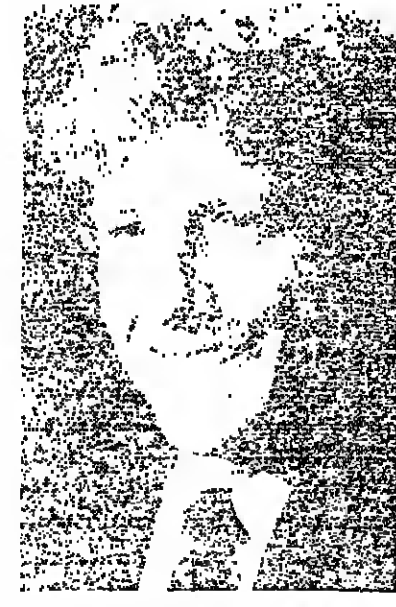
Der spontane Einsatz von Michael Schanze für die SOS-Kinderdörfer

Dabeisein und das Gute tun

Warum sprichst du so gut deutsch? Diese Frage stellt mir jeder beim ersten Kennenlernen. Wenn die wüßten, was sie mir damit antun, würden sie das Maul halten und erst mal kurz nachdenken“. Walter Lesniowski (30), Sohn eines farbigen Amerikaners und einer hellhäutigen polnischen Emigrantin aus Breisach, ist einer der ehemaligen SOS-Kinderdörferbewohner, die zur Fernsehveranstaltung mit Michael Schanze zu Gunsten der SOS-Kinderdörfer eingeladen worden sind. Sie dürfen von den Kameras, umrahmt von einer glühbrennenden Bilderdurch-Sonnenblende aus eigener Erfahrung berichten, wozu die 230 Kinderdörfer auf der Welt gut sind, und warum es hoffentlich bald zum ersten Spatenstich für ein weiteres Kinderdorf, das dritte auf mexikanischem Boden, kommt. Der selbständige Kunsthandwerker Lesniowski hängt wie eh und je zärtlich an seiner Dorfmutter. „Ohne sie stünde ich heute nicht hier“, sagt der erwachsene „Sohn“. Sie hat uns in der ländlichen Umgebung unseres Dorfes in Dessen am Ammersee Dinge nahegebracht, die keiner von uns eigenen

Milieu erfahren hätte: Den Sinn für Farben und Formen in der Kunst, für das lebendige Musizieren, für das Wandern in den Bergen, für die Pflanzen und Tiere in der freien Natur. Vor allem aber hat sie ihn, der seine Mutter nur ein einziges Mal und seinen Vater niemals gesehen hat, eine liebevolle Bindung ermöglicht in einem Geschwisterkreis, der noch heute zusammenhält. Sie hat den Heranwachsenden ermutigt, sein exotisches Äußeres und seine traumatischen Kindheitsverfahrungen zu akzeptieren und eine eigene Familiengründung zu wagen. Sein schönstes Erlebnis? Daß er bei der Geburt seiner Kinder dabeisein konnte!

Griechenland. Sie setzen eigene Urlaubstage ein und verzichten auf ihr Honorar. Duban Nikol, der Meistertrampolino aus Kolumbien, riskiert buchstäblich und gratis für den guten Zweck Kopf und Kragen beim Senkrechtsprung, zwischen die Seile der tückisch schwingenden Matte. Die Idee von Hermann Gmeiner, dem Gründer der SOS-Kinderdörfer, muß weiterleben“, sagt Michael Schanze dazu und geniert sich dann doch ein bißchen. Nach einer öffentlichen Aktion für Krebskranke, für Unicef und für Wild Life nun schon wieder die Sammelbüchse zu schütteln, ist nicht gerade fein. Trotzdem hat er gleich nach dem Begrüßnis von Gmeiner im Sommer spontan auf seine längst ausgemachte und einstudierte 90-Minuten-Galashow verzichtet und dem Südwestfunk statt dessen diese SOS-Kür auf Auge gedrückt. Warum? Der Sportler Schanze denkt dabei an seinen jüngeren Bruder, der als Kind an Kinderlähmung erkrankt ist, und an viele Kinder in der Schule für spastische Behinderte in Garzshausen, die er als Pate betreut. Der Sunnyboy mit dem Singemund und dem melancholischen Blick hält's mit



Michael Schanze, ein Entertainer, der zum Nachdenken zwingt

Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, es sei, man tut es. „Für die Kranken sind sechs Millionen, für die Tiere zwölf Millionen Mark zusammengekommen. Mal sehen, was die Kinder in Not in den SOS-Kinderdörfern den Leuten wert sind, witzelt Schanze. Aber er sieht dabei ziemlich traurig drein. INGRID ZAHN

D icht der „Mini-Serie“ um „V Die Außerirdischen“ auf den Video-Spitzenteleferren ist Anfang November Andrej Korchalovskys Streifen „Runaway Train“ mit John Voight und Eric Roberts in den Hauptrollen (VMP, 105 Min.), eine recht ungewöhnliche Flucht-aus-dem-Knast-Geschichte um Manny, der fürchterlich zu leiden hat unter den Schikanen des Gefängnisdirektors und in dem Boxer Buck den Retter aus aller Not findet: Der nämlich will auch zurück in die Freiheit, und als Transportmittel soll den beiden Brüdern im Leide ein mordmüdiges Ungeheim von Lokomotive dienen. Die beiden springen auf den Runaway Train drauf und merken nicht, daß der Lokführer vom Herzinfarkt gefällt wird - führerlos rasen die Ausbrecher hinaus ins Unbekannte. Eine Lausel für die Action-Fanatiker unter den Videasten.

Robot in Gestalt eines jungen Menschen meint, stammt von Simon Wincer und hat im Mittelpunkt einen aus dem Waisenhaus geholten Jungen, der nur aussieht wie ein solcher: In Wirklichkeit ist er ein omnipotenter Computer, moderne Ausgabe des kleinen Zauberers für alle Gelegenheiten, über dessen wahre, künstliche „Identität“ seine entläßt: seine Nachfahren (RCA Columbia, 96 Min.).

A propos E.T.: Steven Spielberg, spezialisiert auf die Inszenierung teigener Kindheitsräume, hat dem Regisseur Richard Donner das Team für „Die Goonies“ (Warner Home, 100 Min.) zusammengestellt, und Drehbuchautor Chris Columbus konnte mit seinen „Gremlins“ ja auch schon auf einschlägige Fantasy-Erzählung aufbauen - für dieses schön erzählte, temporeiche und mit jeder Menge netter Gags versehene Märchen, das unter dem Titel „Schatzsuche“ so ziemlich jedes Kind irgendwann mal bewegt hat. Auf einem Dachboden entdeckt eine Gruppe von Kindern, die sich als Clique „Goonies“ nennen, eines Tages eine alte Karte, die sich als Wegweiser zu jenem Schatz erweist, um den es bald gar nicht mehr geht. Denn sogleich hebt eine Abenteuerreise durch Gefahren und Höhen, Flüsse und unterirdische Pfade an, wie sie einem wohlgerateten Familienfilm bestens ansteht. ALEXANDER SCHMITZ

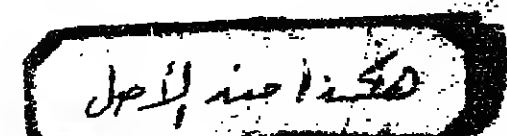


K inder. Kinder: Sie sind die Helden zweier anderer Video-Spitzentümer, „D. A. R. Y. L.“ und „Goonies“. Der erste Film, dessen neugierig machende Abkürzung einen datenanalytischen

Pflegeeltern nichts wissen. Daryls richtige Eltern sind Nasa-Tüftler, und die wollen den nach einer Einführung verschwundenen Wunder-Knaben zurückhaben. Was sich dann entspinnt ist ein Wetlauf zwischen den Nasa- und den Pflegeeltern, der noch dadurch intensiviert wird, als Daryl ganz wider alle Konstruktionsvermutung auch noch menschliche Gefühle entwickelt. Märchen auf modern. Gut gegen Böse, ganz liebevoll gestrickt: E. T.

Teletext and TV schedule for Sonntag (Sunday) on SAT 1. It lists various programs such as '9.45 Infos, Anbahn und Beruf', '10.00 Tagesschau, Tagesschau', '10.25 Hipparada', '11.00 Ein Platz für Tiere', '11.55 Unschou', '12.10 Mopazzo', '12.55 Presseschau', '13.00 Tagesschau', '15.00 Tagesschau', '16.00 Café in Text - Extrakt', '16.05 Ausschnitt aus den Jahren 1950-81', '16.45 Die Kinder vom Mühlental', '16.55 Das Versteck', '17.15 Ein Foto für die Oma', '17.15 Achtung, Kloppe!', '17.45 Tagesschau', '17.55 Regionalsportprogramm', '20.00 Tagesschau', '20.15 Ein Jude in Deutschland muß sich wehren', '21.00 Der 7. Sinn', '21.05 Show mit Michael Schanze', '22.50 Tagesschau', '23.00 Taten', '23.05 Der Mann mit den Rosen', '0.50 Tagesschau', '0.55 Nachtgedanken', '0.40 heute'. It also includes a section for 'WEST' and 'NORD' with their respective programs.

Teletext and TV schedule for SAT 1. It lists various programs such as '15.30 Programmvorschau', '15.35 Indian River', '16.00 Drei Mädchen, drei Jungen', '16.25 Die Wotzom', '17.00 Lou Grant', '17.10 Jos', '18.30 blick', '18.45 Im Glanz der Krone', '19.45 Taffelberg Tagger', '21.45 blick', '22.15 Reinhold Mey-Konzert', '22.45 Howard Mum-Null', '23.50 blick', '19.00 Titel, Thesen, Temperamente', '20.00 Tagesschau', '20.15 1 + 1 = 3', '21.40 Benjamin', '21.50 blick', '22.00 Tagesschau', '22.15 1 + 1 = 3', '22.45 Howard Mum-Null', '23.50 blick', '18.00 Mini-ZIB', '18.10 Sport-Zeit', '19.00 heute', '19.30 heute', '19.50 Derrick: Via Genoa', '20.50 Bundeschau', '21.15 Zeit im Bild 2', '21.45 Kultjournal', '21.45 Alles über Eva', '21.50 blick', '22.00 Tagesschau', '22.15 1 + 1 = 3', '22.45 Howard Mum-Null', '23.50 blick', '18.15 Stormix / Regional 7', '18.35 Kamen doch mal in die Küche', '18.55 7 vor 7', '19.22 Kuchens', '19.30 Insiders', '19.35 Kicker-Kids', '20.20 Filmvorschau', '20.30 IRL, ein Mädchen aus der Großstadt', '20.45 Der amerikanische Spielfilm (1957)', '21.00 blick', '21.15 1 + 1 = 3', '21.25 Poppy: Fortschritte Edition', '21.30 Heute im Kino', '21.35 Wetter/Horoskop/Bettgeheimnis', '21.50 Wolf Street Road'.



Seine... von Franz... Seine... von Franz... Seine... von Franz...

Wer löscht, lebt länger

Freut Euch, Brüder und Schwestern an den Radiokisten, freut Euch, die Ihr bislang zwischen der drosselnden Musik auch die Texteinblendungen habt anhören müssen, die der Radiomensch Euch vorabzählt, von Not und Unglück, von Freude und hellem Himmel, was schert uns das? Uns schert, daß wohlgemut uns ins Ohr schwängt, ohne den Geist zu tangieren, ohne das Hirn zu beanspruchen.

stört, hat auch hier Abhilfe geschaffen: Ein kleines Zwischenelement für paarmarktfähig, schnell in den Empfänger eingebaut, spürt mit Spezialsensoren auf, wenn statt der wohligen Musikberieselung Wörter auf den Lautsprecher zuströmen. Merkt der elektronische Aufpasser das, so blendet er den Ton aus. Hört das lästige menschliche Wort endlich auf, so gibt der schlaue Witzling den Ton wieder frei und damit das Dösen.

Masse und Asse: Warschauer Jazz Jamboree '86

Weißer Flecken getilgt

Das Jazzrio des Sowjet-Armies David Azarjan legte sich ins Zeug, wie es nur konnte. Doch in der frühen Morgenstunde war das Aufnahmevermögen der Nachtschwärmer im Warschauer Club 'Aquarium' doch arg begrenzt - der Geräuschpegel ging an die Grenze des Erträglichen. Der grauhaarige Herr Petrow zu meiner Rechten, Musikwissenschaftler in Ehren und zum siebten Mal beim Warschauer Jazzhappening Nummer eins, faßte die Lage in lakonischen Worten zusammen: „Das war ein Festival der Polen - und der Amerikaner.“

ein „Superkonzert“ wurde es nicht. Im späteren Trio mit dem Keyboarder Wojciech Karolak spitzten die Zuhörer dennoch die Ohren - beim über lyrischen Geigenstrich Urbaniaks und nicht zuletzt, wenn der legendäre Cieslaw Niemen nicht nur zaghaft die Tasten seines Umhänge-Pianos drückte, sondern in Titeln wie dem Blues „Jednego Serca“ - „Eines Herzens“ - zeigte, daß er immer noch eine delikate Sangesröhre besitzt.

Jeder einzelne Tanz setzte sich die Regel selbst - Zum hundertsten Geburtstag von Mary Wigman

Soli, die zur Einsamkeit verurteilt sind

Nichts im Leben der großbürgerlich umhengen Kaufmannstochter Marie Wiegman, heute vor 100 Jahren in Hannover geboren, wies darauf hin, daß sie ausgerechnet Tänzerin werden würde. Aus dem Alter, in dem man zu tanzen beginnt, war sie längst heraus, und die Wiesenthal-Schwester, die sie in Berlin sah und nach der Vorstellung ansprach, machten denn auch Marie beimahle mitteilend darauf aufmerksam, daß sie den Gedanken, zur Tanzbühne zu gehen, ganz einfach zu spät gefaßt hätte.



Sie war von Anfang an alles zugleich: Tänzerin, Choreographin, Lehrerin, Kinderin: Mary Wigman

dersetzungen innerhalb der Gruppen des Freien Tanzes. Frei war der Tanz von allen Bindungen an ein unverrückbares Reglement, wie das Ballett es besaß. Gerade gegen die akademische Regel mit ihren vorgeschriebenen Schritten und Körperhaltungen revoltierte der Freie Tanz in seiner emotionalen Unbedingtheit.

Es mußte sein. Das hat Marie Wiegman hinlänglich bewiesen; in einem Alter beginnend, in dem andere Tänzerinnen langsam anfangen, an den Rückzug von der Bühne zu denken. Die Wigman war 34, als sie 1919 die ersten Tanzschritte vor der breiten Öffentlichkeit wagte. Sie wurde anfangs verhöhnt, verlacht, als Wahnsinnige verschrien. Sie stiftete eine neue Ästhetik. Amerika erkannte sie zur „Hohenpriesterin“ einer neuen Tanzbewegung und nannte sie „German Dance“.

buchstäblich händeringend, verzweifelt, verstört, zutiefst geschockt auf und nieder. Plötzlich aber begann sie unvermutet dieses bewegungsarme Hin und Her zu genießen: Die Niederbrüche, die Verzweiflungsgebärden, der Jammersog sich um in einen Klagegesang der Bewegung. In ihm fand Marie Wiegman Trost. In diesem Augenblick war im Grunde Mary Wigman geboren. So und nicht anders hat sie es mir selbst erzählt.

Ausgebildet hatte man Miß Mary in Dresden-Hellerau im Institut Jacques-Dalcroze zur Gymnastiklehrerin mit allen vorgeschriebenen Diplomen. Sie aber verließ Rudolf von Laban, dem verführerischen Experimentator des Tanzes, Ideologe, Philosoph, Selbstenstärker und Animator in einem. Auf dem Monte Verità in Ascona fand die Wigman unter Labans Anleitung zu sich selbst - und zu ihm. Laban wurde der Lehrer, Förderer, Freund und Geliebte. Aus dieser starken Bindung im zutiefst Privaten erklären sich die späteren extrem leidenschaftlich geführten Auseinander-

Setzenbildende Kraft hatte der Freie Tanz schnell angesetzt, gruppenbildende Voraussetzung. Unter-schlupf bei staatlichen Subventionen fand er selten. Er blieb der Tanz der großen Einzelgänger. Auf eigen-schöpferische Leistung trainiert, zeigte er Tausende von Solisten. Er konnte mit der Massenbewegung der Vielen nicht harmonieren. Die Nazis erklärten die Arbeit der Wigman anerkennend für kultur-bolschewistisch. Man sah ihr mit Arg-wohn zu. Später schloß man ihre Dresdner Schule. Nach dem Kriege setzte sie sich nach West-Berlin ab und arbeitete am Rande des Grunewalds weiter. Doch die Zeit des Freien Tanzes schien durch die knospen-de Ballett-Renaissance vorbei. 1973 aber, im Jahr, in dem Mary Wigman starb, gründete Pina Bausch in Wuppertal ihr Tanztheater. Mary Wigmans Unabhängigkeitsdrang, Grundlage ihrer Tanzästhetik, ist heute lebendiger denn jemals zuvor seit dem Anfang der dreißiger Jahre.

JOURNAL

Lübeck erhält eine Urkunde zurück

Nach über 40 Jahren wird die Hansestadt Lübeck ihre von Kaiser Friedrich II. unterschriebene Urkunde zurück erhalten, mit der sie 1226 zur freien Reichsstadt erklärt worden war. Im Gegenzug wird unter anderem die Universität Rostock ihre Gründungsurkunde aus dem Jahr 1419 wieder in ihr Archiv aufnehmen können. Der Austausch der Dokumente ist Teil einer Vereinbarung von Kulturexperten beider deutscher Staaten, mit der eine mehr als vier Jahrzehnte dauernde, durch den Zweiten Weltkrieg verursachte Odyssee wertvoller Urkunden und Akten ihr Ende findet.

Eine Gedenktafel für Friedrich Wilhelm Hegel

Am 14. November, dem Geburtstag Hegels, wird in Heidelberg am Haus Plöck Nr. 48-50 eine Gedenktafel für den Philosophen eingeweiht. Aufgrund eines bislang unbekanntem Hegel-Autographs, den die Hegelforscherin Katharina Comoth im Heidelberger Rathaus entdeckte, konnte festgestellt werden, wo Hegel 1818 wohnte. Es handelt sich um ein Formular, auf dem die Hausbewohner ihr Dienstpersional aufgelistet hatten, um für sie einen bestimmten Beitrag an das akademische Hospital zu zahlen. Katharina Comoth berichtet über ihren Fund und die Identifizierung des Hauses in Band 20 der „Hegel-Studien“ (Bouvier-Verlag, Bonn).

Königliche Oper in London muß umziehen

Das Königliche Opernhaus Covent Garden in London sucht ein Ausweichquartier, das von 1991 an mindestens zwei Jahre lang als Ersatzgebäude für Opern- und Ballett-Inszenierungen dienen kann. Wie jetzt bei der Veröffentlichung des Jahresberichts von Covent Garden bekannt wurde, sind das Theatre Royal, Drury Lane, das Sadler's Wells Theatre und das Lyceum in London im Gespräch. Der Umzug wird durch umfangreiche Bau- und Renovierungsarbeiten erforderlich, die voraussichtlich umgerechnet 150 Millionen Mark kosten werden. Unter anderem soll der Zuschauerraum erweitert werden.

PEN-Club: 349 Autoren in aller Welt inhaftiert

Genau 349 Schriftsteller und Journalisten sind derzeit in aller Welt inhaftiert, wie der jüngste Bericht des Internationalen PEN-Komitees des Internationalen PEN-Clubs ausweist. Allein in Europa befinden sich 97 Autoren in Haft, im Nahen und Mittleren Osten 81, in Asien 84, in Afrika 37 und in Lateinamerika 50. Der PEN-Club hat den 15. November in „Internationalen PEN-Club inhaftierter Autoren“ erklärt. Damit soll auf das Schicksal von Schriftstellern in Gefängnissen und Lagern aufmerksam gemacht werden.

Spielbergs erster Zeichentrickfilm

US-Filmproduzent und -Regisseur Steven Spielberg hat seinen ersten Zeichentrickfilm produziert. „An American Tail“ kommt Ende November in den USA heraus. Der Film erzählt die Geschichte einer Mäusefamilie, die Ende des 19. Jh. aus Europa in der Neuen Welt ankommt und glaubt, die Straßen New Yorks seien mit Käse gepflastert und es gebe dort keine Katzen. Spielberg plant einen weiteren Zeichentrickfilm zusammen mit seinem Freund George Lucas.

Eduardo del Pueyo †

Der spanische Pianist Eduardo del Pueyo ist im Alter von 81 Jahren in Rhode-Saint-Genese bei Brüssel gestorben. Der aus Saragossa stammende Pianist war ein renommierter Beethoven-Kenner. Im Alter von 21 Jahren triumphierte er in Paris mit einem Konzert zum 100. Todestag Ludwig van Beethovens. Für die „Societe Philharmonique“ in Brüssel interpretierte er jährlich die gesamten 32 Beethoven-Sonaten. Er unterrichtete auch an der Königlichen Musikhochschule in Brüssel.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Natürlich kann man immer die Wahrheit sagen - wenn man einsam und von aller Welt gemieden leben will. Wer aber die Geselligkeit liebt, den Ernst des Lebens nicht gar so ernst zu nehmen gewillt ist, der sollte sich der schönen Kunst des Lügens befleißigen. Und wer dieses Metier nicht von Natur aus beherrscht, dem sei als Lehr- und Leit-faden „Die Welt will belogen sein“ empfohlen, Edgar Forschebachs „heiterer Wegweiser für Freunde des schönen Scheins“. Ungelogen, ein lesenswertes Opus. P. D. Edgar Forschebach: „Die Welt will belogen sein“, Ullstein, 240 S., 0,80 Mark

München erinnert an den Karikaturisten E. Thöny

Erfinder des Leutnants

Die Karikatur siegt allemal über die Wirklichkeit. Louis Philippe, den Bürgerkönig sehen wir nur als „Birne“, so wie ihn die Karikaturisten des „Charivari“ und der „Caricature“ wieder und wieder gezeichnet haben, obwohl diese Analogie - wie Photographien beweisen - recht weit hergeholt war. Und den preussischen Leutnant stellen wir uns so vor, wie er im „Simplicissimus“ zu finden ist. Das hat er vor allem Eduard Thöny zu verdanken, dem die Stuck-Villa in München eine Ausstellung widmet.

Das wird besonders deutlich, wenn er Militärs mit Zivilisten konfrontiert. Da gewinnt er den komischen Effekt aus der Konfrontation von stilistisch gegensätzlichen. Denn wenn der „realistische“ Bürger, vielleicht sogar noch freundlicher Gesicht, neben dem karikierten Offiziersstolz, sind die Sympathien klar verteilt.

Deutsch-deutsche Kunst oder Eve Rub in Berlin

Die Freunde im Tunnel

In der Berliner „Deutschlandinformation“ ist eine kleine, aber wichtige Ausstellung zu sehen. Sie verbreitet Grandezza und wirft zugleich ein wenig Licht in jenes Abseits, in das das deutsch-deutsche Kulturabkommen so viele Künstler stellt. Gezeigt werden Bilder von Eve Rub - fast ein Jahr, nachdem sie von Jena nach Berlin (West) wechselte.

dem sichtbar, geht dem Betrachter unter die Haut. Die Berliner Ausstellung umfaßt eine größere Auswahl wichtiger Arbeiten von Eve Rub. „Die Tunnel“, 1981 in Jena entstanden, wirken heute wie eine Rückblende in ihre kaum vergangene Gegenwart. Das Bild umschreibt nämlich den absurden Abgang ihrer Freunde in jenen Tagen. Mit der für sie typischen fahlen, erdigen Farbpalette gelingt es ihr, oft mit einfachsten Mitteln, monumentale Wirkungen zu erzielen.

Der erste Teil dieser Feststellung ist zweifellos richtig und deshalb glauben wir, daß es der zweite Teil auch sei. Aber in der Ausstellung hängen ein paar Photos aus Thönys Besitz, die das widerlegen. Sie zeigen diese Leutnants und andere Chargen wie sie wirklich aussahen. Der Vergleich von Photo und Karikatur erlaubt jedoch, die Technik des Karikaturisten zu erkennen. Thöny zeichnete die Uniformkragen ein wenig höher, die Nasen spitz, die Stirnen flach, schob den Kopf eine Kleinigkeit nach vorn, so daß sich diese Details zum Ausdruck des Blasierten und Degenerierten summierten. Die Texte, die dann die Redaktion hinzufügte, taten ein Übriges.



Der kleine Maler als großer Künstler mit Pöckelhaube: Adolph Menzel, alt er 1877 gezeichnet wurde, von Eduard Thöny karikiert

Obgleich die künstlerische Qualität von Eve Rubs Bildern nie in Frage stand - sogar von großzügiger Förderung war früher einmal die Rede - wurde alles hintertrieben, was die Malerin Anerkennung hätte verschaffen können. Seichte Kost hatte Eve Rub allerdings nicht anzubieten. Die staatlich bestellten Betrachter sahen sich in einigen Bildern mit ihren eigenen Gewalttätigkeiten konfrontiert. Viele Gemälde sprechen von der unerfüllbaren Sehnsucht nach Geborgenheit und mehr Menschlichkeit. Die Angst, die die Malerin immer wieder überfiel, wenn behördliche Maßnahmen anstanden, wird in ihren Bildern sichtbar.

Die erlebte Realität konnte eine so sanfte Künstlerin in ihren Bildern nicht immer aussparen. Aber sie ist nicht darauf fixiert. Katzen- und hundartige Getier sind für Eve Rub ein Lieblingssujet. In wilden Tänzen tolen dann solche seltsamen Wesen unter übergroßen Himmelskörpern über die Bildfläche - animalische Turbulenzen erzeugend. Aber bedrohlich sind sie nicht. Ein solches großes, bildfüllendes Mähnenier von unbelobter Majestät läßt sich unbedenklich reiten. (Bis 27. November) SIEGHARD POHL

KULTURNOTIZEN

„Die andere Berta Hummel“, die durch die „Hummel-Figuren“ weltberühmt wurde, stellt die Kunstsammlung des Bistums Regensburg im Diözesanmuseum Obermünster bis zum 1. Februar mit „unbekannten Werken einer bekannten Künstlerin“ vor. Rainer Küchenmeister ehrt die Staatsgalerie moderner Kunst in München zu seinem 60. Geburtstag mit einer Studioausstellung (Bis 30. November). „Stillgelegte Zeit - Industriewelt“ ist der Titel einer Ausstellung in der Bielefelder Kunsthalle über die Künstlichkeit der industriellen Ma-

Die neue Studie des Instituts für Museumskunde

Keine Chance für Klötze

Offenbar angespornt vom seit Jahren statistisch belegten eigenen Fleiß als Museumsgäste, haben die Deutschen 1985 noch einmal zugelegt. Mit 60 778 921 Besuchen im vergangenen Jahr wurde die Zahl von 1984 erneut übertroffen: um mehr als vier Millionen oder sieben Prozent, obwohl bereits gegenüber 1983 eine Steigerung von 4,7 Millionen zu verzeichnen gewesen war. Das ergibt sich aus der jüngsten veröffentlichten Erhebung des Berliner Instituts für Museumskunde (IfM) der Stiftung Preussischer Kulturbesitz.

Die Liste der in diese Untersuchungen einbezogenen Museen wird jährlich neu revidiert, wobei „die Kultur-höhen der Länder beachtet wird“, wie Bernhard Graf von dem Berliner Institut im Gespräch mit der WELT betont. Im Klartext heißt das: Was ein Museum ist, bestimmt nicht das IfM, sondern das tun die Länder. Diesmal wurden 2043 Einrichtungen für die Untersuchung herangezogen, nur 18 mehr als 1984. Wohl nicht zuletzt wegen des guten Rufes der Berliner Museumsforscher war die Rücklaufquote der Fragebogen mit 90,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (88,9) noch leicht verbessert. Wer da mehr oder minder notornisch nicht antwortet, sind überwiegend kleine oder kleinste Häuser.

Oh das Publikum beginnt, der immer größeren „Klötze“ der immer weiter ausufernden Superschaufen überdrüssig zu werden? Solche und andere kulturpolitischen Folgerungen will das Berliner Institut traditionell nicht ziehen. Sie sollen, wie IfM-Direktor Andreas Grote im Vorwort der jüngsten Erhebung schreibt, dem Deutschen Museumsbund, den anderen Gremien des deutschen Museumswesens und nicht zuletzt den Politikern vorbehalten bleiben. HEINRICH KÖNIG

